



Braunschweigische Heimat

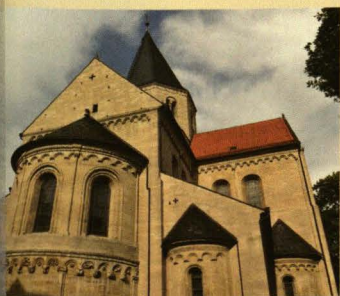


Braunschweigischer Landesverein für Heimatschutz e.V.

97. Jahrgang, Ausgabe 01/2011

UB Braunschweig

08 007 743



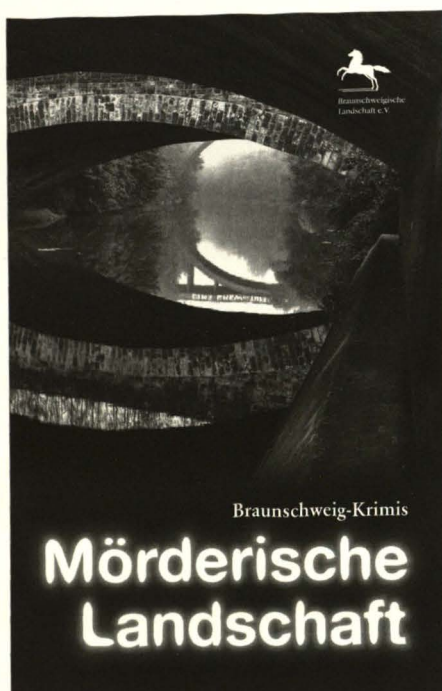
Aus dem Inhalt:

Ein kaiserliches Bauw **UB Braunschweig**

Der Omnibusbau der
BÜSSING in Braunsch

GG 7 17

Das Bauernhausmuseum in Bortfeld



Sie waren zehn und hatten nur ein Ziel: Sie wollten einen Krimi zur Welt bringen. Genauer gesagt: Sie wollten Texte für eine Anthologie mit Kurzkrimis aus unserer Region schreiben. Sie waren Autoren, Hobby-schriftsteller, die alle schon einmal irgendwo irgendwas veröffentlicht hatten, ehrgeizig, neugierig und mehr oder weniger kreativ. Sie waren entschlossen etwas zu bewegen, auf die Beine zu stellen, ein neues Buch sollte entstehen. Nur übersahen sie, dass das Geplante nicht ihr gemeinsames Ziel war. Jeder hatte seine eigenen Ideen, Vorlieben, Perspektiven. Schreiben ist selten ein kollektives Geschäft. Und wenn doch, kann es durchaus tödlich enden.

Krimis aus dem Braunschweiger Land. Herausgegeben von der Arbeitsgruppe Literatur der Braunschweigerischen Landschaft e.V. Mit Beiträgen von Lutz Tantow, Martina Bethe-Hartwig, Gernot Bischoff, Kirsten Döbler, Eva Ehmke, Linda Entz, Susanne Jasper, Sigrid Schwartz-Diefenbach und Helga Thiele-Messow.

AG Literatur der Braunschweigerischen Landschaft e.V., „Mörderische Landschaft“
Appelhaus Verlag, Braunschweig 2011, ISBN 978-3-941737-39-6, EUR 7,95

Abbildungen Titelseite:

oben:

Die Bibelgesellschaft
Braunschweig (Seite 25)

mitte:

Das Bauernhausmuseum in
Bortfeld (Seite 7)

unten links:

Der Kaiserdom in
Königslutter (Seite 3)

unten rechts:

Der Büssing-Bus der Linie
Wendeburg – Braunschweig
(Seite 10)

3	Ein kaiserliches Bauwerk von Norbert H. Funke	Die ehemalige Abteikirche St. Peter und Paul in Königslutter
7	Bauernhausmuseum Bortfeld – 100 Jahre von Rolf Ahlers	Das Bauernhausmuseum im Spiegel der Presse der letzten 100 Jahre
9	Das Wielbrot von Rolf Ahlers	Ein Gebilde örtlichen Brauchtums
10	Der Omnibusbau der Firma BÜSSING von Eckhard Fischer	Büssing-Omnibusse aus Braunschweig
13	Erinnerung an einen Bauernhaus-Veteranen von Wolfgang Meibeyer	Das Fleigesche Haus in Braunschweig-Melverode
16	Verkaufte Töchter – vergessene Söhne von Gerd Biegel	Die Heiratspolitik von Herzog Anton Ulrich
19	Denkmalschutz und Denkmalpflege von Rolf Ahlers	Einführender Text zum Lichtbildvortrag am 5. Oktober 2010 in Oppeln / Opole
21	„Für den Staat ... nur eine Last“ von Matthias Krüger	Wie das Juleum ins Eigentum des Landkreises Helmstedt kam
25	Die Anfänge der Bibelgesellschaft in Braunschweig von Otto Pfingsten	Aus der Geschichte der Braunschweiger Bibelgesellschaft
30	Erinnerungen an Wilhelm Raabe von Gerd Biegel	Die Wilhelm-Raabe-Warte in Blankenburg am Harz
32	Der Wiedehopf in Niedersachsen von Rolf Jürgens	Ein Vogel der Auen, Wiesen und Weidegebiete

Rubriken

Neue Bücher	2
Impressum	12
Termine	31

Ein kaiserliches Bauwerk –

die ehemalige Abteikirche St. Peter und Paul in Königslutter¹

Text von Dr. Norbert H. Funke

Am Nordhang des Elms, ganz in der Nähe der Süpplingenburg, der Stammburg Lothars III., lag das Frauenkloster Lutter, das sich seit Generationen im Besitz der Familie befand. 1135 entschloss sich der Kaiser zu einschneidenden Veränderungen. Die Kanonissen mussten ihren angestammten Ort verlassen und nach Drübeck am Harz übersiedeln. Statt ihrer zog ein Konvent reformierter Benediktinermönche unter Leitung von Abt Eberhard aus dem Kloster Berge bei Magdeburg ein. „Im selben Jahr“, berichtet der *Annalista Saxo*, „legten Kaiser und Kaiserin die ersten Steine zum Fundament und das neue Kloster wurde begonnen.“

Obwohl nicht ausdrücklich von der Grundsteinlegung einer Kirche die Rede ist, darf man davon ausgehen, dass dies gemeint ist. Es stellt sich jedoch die Frage, warum ein Neubau nötig war. Zum einen bestand am selben Ort bereits eine Kirche – St. Clemens, von der wir annehmen können, dass es sich um die alte Kirche des Damenstifts handelte –, zum anderen war auf dem Gelände der Süpplingenburg erst kurz zuvor eine stattliche Eigenkirche errichtet worden. „Wie es für die Ausbreitung des religiösen Kultus heilbringend ist, Neues zu schaffen, so ist es bei Gott nicht weniger verdienst-

voll, vor alter Zeit Geschaffenes, aber Vernachlässigtes zum Besseren zu ändern ...“, lesen wir in der Gründungsurkunde. Werden hier die Motive des Kaisers deutlich? Sicher ist der Bau einer Kirche immer als religiös motivierte Tat zu verstehen. Aber in Lutter ging es um mehr, und dies wird deutlich, wenn man sich den Hintergrund klarmacht, vor dem die Entscheidung für den Neubau gefallen ist.

Mit dem Tod Heinrichs V., 1125, ging die Epoche der Salier zu Ende. Gut ein Jahrhundert lang hatte die in Süddeutschland beheimatete Familie die Herrschaft im Reich ausgeübt. Bei der Königswahl im selben Jahr konnte sich Friedrich II. von Schwaben, der nächste Verwandte des verstorbenen Kaisers und dessen 'natürlicher' Nachfolger, nicht durchsetzen. Entgegen aller Erwartungen fiel die Wahl der anwesenden Fürsten auf den Herzog von Sachsen. Der damit losgetretene Konflikt mit den Staufern überschattete fast die gesamte Regierungszeit Lothars III. Erst 1134 unterwarf sich Friedrich, ein Jahr später auch dessen Bruder Konrad, der sich als Gegenkönig in Italien zu etablieren versucht hatte. Spätestens zu diesem Zeitpunkt, auf dem Höhepunkt seiner Macht, wohl aber schon bei seiner Krönung zum Kaiser im Jahr 1133 in Rom musste sich Lothar zum Neubau der Kirche



Abb. 1: Kaiserdom, Ostbau.



Abb. 2: Kaiserdom, Jagdfries.

entschlossen haben. Von einem bewusst politischen Akt, einer Demonstration des eigenen Machtanspruchs kann also die Rede sein.

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu. Lothar, der Kaiser, brauchte eine standesgemäße Grabeskirche. Als lebenslanger Opponent der Salier hatte er bestimmt zu keinem Zeitpunkt ernsthaft erwogen, den Speyerer Dom, die Grablege seiner Vorgänger, für sich selbst zu nutzen. Lutter sollte ihm als letzte Ruhestätte dienen, hier sollte nach seinem Willen die Memoria gepflegt, das heißt von den Mönchen bis zum Tag des Jüngsten Gerichts um sein Seelenheil gebetet werden. Mehr noch: Die neue Kirche war auch als Grablege für seine Nachfolger geplant. Ohne Zweifel war es Lothars Absicht, anknüpfend an die sächsisch-ottonische eine neue, nämlich sächsisch-welfische Dynastie zu begründen. Systematisch hatte er seinen Schwiegersohn, Heinrich den Stolzen, zum Nachfolger aufgebaut. Als Herzog von Bayern und Sachsen, belehnt mit den Mathildischen Gütern in Italien sollte dieser auch die Kaiserwürde übernehmen – dass sich die politischen Verhältnisse wenige Jahre später völlig anders entwickelten, war zu jenem Zeitpunkt nicht absehbar.

Lenken wir nun das Augenmerk auf das Bauwerk selbst und fragen, ob und inwieweit die Architektur den Ansprüchen des Stifters Ausdruck verleiht. Ist anderes denkbar, als dass der Kaiser sich ein besonderes, höchst ambitioniertes Bauwerk errichten lassen wollte? Die 'Kaiserlichkeit' der Kirche lässt sich schon am Äußeren erkennen. Allein die Größe des Bauwerks und dessen imposante Erscheinung – mit den drei hoch aufragenden Turmspitzen, dem Westriegel, der sich schroff und

breitschultrig dem Langhaus entgegenstellt, dem mächtigen Vierungsturm und dem Ostbau als einer reichen Kombination aus Kuben und Zylindern – beeindruckt noch heute jeden Besucher und muss für Zeitgenossen überwältigend gewesen sein. Mitte des 12. Jahrhunderts war in ganz Norddeutschland kein größeres Bauwerk zu finden. (Abb. 1)

Neue Maßstäbe setzt der Kaiserdom auch in Bezug auf die Bauskulptur – im Vergleich zu dem, was in Sachsen bis dahin üblich und bekannt war. Das dreifach gestufte Nordquerarmportal zeigt eingestellte Gewändesäulen mit Blattkapitellen (im 19. Jh. erneuert) und reich profilierte Archivolten. Noch beeindruckender ist das westlich davon gelegene, in das Seitenschiff Zugang gewährende Portal mit den zwei vollplastisch gearbeiteten, wandparallel kauern den Löwen, die auf ihren Rücken Säulen und den umlaufenden Sockel tragen. Zu beachten ist ferner die nach Osten zunehmende Dekoration und sorgsame Gliederung der Außenwände durch Oberflächenschichtungen, Rundbogenfriese, Lisenen und schlanke Säulchen mit ornamentierten Kapitellen. Den Höhepunkt des Baudekors am Äußeren bietet jedoch ohne Frage die Hauptapsis mit ihren Akanthusfriesen und vor allem mit dem Jagdfries, dessen figürliche Darstellungen durch ihre fast vollplastische und äußerst lebensnahe Gestaltung überraschen. (Abb. 2)

Nicht weniger deutlich als an der Skulptur erschließt sich die 'Kaiserlichkeit' des Bauwerks an den Mauern selbst. Die östlichen Bereiche – Querhaus, Chor und Apsiden – sind aus mächtigen, außerordentlich exakt behauenen Kalksteinblöcken gefügt. Kein Aufwand wurde gescheut, um mög-



Abb. 3: Kaiserdom, Gewölbe.

licht glatte Wandspiegel zu erzeugen. Dies gilt auch noch für die Außenwand des Nordseitenschiffs, wobei allerdings im zweiten Joch von Osten eine Baunaht erkennbar ist: Größere Quader treppen nach unten ab, Blöcke kleineren Formats schließen sich nach Westen hin an.

Das Bild ändert sich an der nördlichen Obergadenwand und vollends am Westbau sowie an den südlichen Außenwänden, wo unregelmäßig behauenes Bruchsteinmaterial vorherrscht. Großartige Architektur erwartet den Besucher auch im Inneren der Kirche, hier vor allem im Ostbau. Die quadratische Vierung gibt das Maß vor für die Querarme und das Chorbjoch. Kräftige Pfeiler mit Wandvorlagen und Gurtbögen sorgen für eine klare Gliederung der Raumteile. Haupt- und Nebenchöre sind miteinander verbunden. Interessant ist, wie der Architekt an diesen Stellen im Detail vorgeht: Er nutzt die großen Wandstärken, indem er jeweils vor eine Pfeilerarkade mit schmalen Rundbogenöffnungen eine sich weiter öffnende, von einer Vollsäule getragene Doppelarkade stellt. Wand- und Stützenarchitektur werden hier auf geschickte Weise miteinander kombiniert.

Einerseits ging es dem Baumeister dabei um das Hervorheben der Nebenchöre als eigenständige Raumteile – schon am Äußeren fiel das Bestreben nach klarer Fügung der verschiedenen Bauteile auf. Andererseits wollte er die Säulen mit ihren außerordentlich prachtvoll ornamentierten korinthischen Kapitellen, die den größten Schmuck im gesamten Kirchenraum bieten, zu besonderer Geltung verhelfen, indem er sie bewusst (und im wahrsten Sinn des Wortes) vor- und ausstellte.

Die monumentale Wirkung der östlichen Raumteile beruht vor allem auf den Gewölben, den frühesten Großgewölben über Hochräumen in Norddeutschland. (Abb. 3) Es handelt sich um Kreuzgratgewölbe, die von jeweils vier, in den Raumecken aufgebauten, schlanken Säulen getragen werden. Winkeldienste und Gewölbekörper bilden zusammen Einheiten des architektonischen Aufbaus, die – in der Vorstellung – unabhängig in dem Geviert der raumabschließenden Wände stehen. Formal weisen diese 'Baldachine' auf Vorbilder in Oberitalien hin.²

Italien ist auch als Stichwort im Zusammenhang mit der Bau- skulptur zu nennen. Schon seit langem ist der enge Bezug der Königsaltarsplastik zu verschiedenen Vorbildern in Piacenza, Verona und Ferrara bekannt.³ Auch wenn sich direkte Abhängigkeiten nur schwer nachweisen lassen, so kommt doch für die Skulptur des Kaiserdoms nur der Formenkreis um den berühmten Bildhauer Nicolaus infrage, zumal eine autochthone 'Erfindung' dieser außerordentlich originellen, floralen wie figürlichen Plastik auszuschließen ist. In Sachsen, der Heimat des streng-geometrischen Würfelkapitells (Hildesheim, St. Michael), tritt diese Skulptur unvermittelt auf. Zuvor hatten zwar schon in Quedlinburg italienische Bildhauer gearbeitet, doch Königsaltar zeigt eine ganz neue Qualität, die weit über das hinausgeht, was die aus Como stammenden und zuvor in Speyer tätigen Bauleute an St. Servatius geschaffen hatten (Weihe 1129 in Anwesenheit Lothars III., sicher deutlich früher fertig gestellt).

Speyer – nochmals kommt an dieser Stelle der rheinische Dom ins Spiel. Die Rede ist von „Speyer II“, dem großartigen Um-

und Ausbau des alten Konrad-Baus durch Heinrich IV. gegen Ende des 11. Jahrhunderts. Dem Salier ging es – vor dem Hintergrund des Investiturstreits – um Selbstdarstellung und um Machtdemonstration durch Einsatz modernster Bauplastik und Architektur. Die in alle Raumteile des Doms eingezogenen Gewölbe waren Vorreiter des großformatigen Gewölbebaus in Europa. Heinrich IV. hatte Standards gesetzt, unter die Lothar III. beim Bau seiner Grabeskirche nicht zurückfallen konnte. Allerdings war in Königsutter natürlich nicht an ein 'zweites Speyer' zu denken. Bewusst hat sich der sächsische Kaiser für eine 'monastische' Alternative entschieden, ohne allerdings auf die prachtvolle Ausgestaltung durch italienische Bau- und Skulptur zu verzichten, denen vor dem Hintergrund des salischen Vorbilds – auch noch in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts – eine 'kaiserliche' Symbolik zugeschrieben werden muss.

Lothar III. starb 1137, zwei Jahre nach Beginn der Bauarbeiten. Im Dezember jenes Jahres wurde er unter einem provisorischen Totenhaus beigesetzt. 1139 wurde Heinrich der Stolze, 1141 die Kaiserwitwe Richenza neben dem Kaiser bestattet. (Abb. 4) Zu diesem Zeitpunkt, nach sechs Jahren Bauzeit, dürfte der östliche Teil nahezu vollendet gewesen sein, vom Langhaus waren vielleicht die Fundamente gelegt und die unteren Bereiche der Mauern aufgeführt. Genaues lässt sich zum Baufortschritt nicht sagen, mit dem Datum 1141 ließe sich allerdings der 'Bruch' zwischen Ostbau und Langhaus gut erklären.

Das Langhaus ist deutlich schlichter und weniger aufwändig gestaltet als die östlichen Raumteile. Die Gewölbe, die heute den Raumeindruck im Mittelschiff wesentlich bestimmen, sind eine Zutat des 17. Jahrhunderts. Dass sie eine ursprüngliche Flachdecke ersetzen, zeigen etwa die einfachen Rechteckpfeiler und das Fehlen von Vorlagensystemen oder die axial auf die Arkaden bezogenen Fenster, deren Laibungen von den Gewölben überschritten werden – im Osten, unter den romanischen Gewölben, sind diese Konfliktpunkte durch das paarweise Zusammenrücken der Fenster vermieden worden. Die Frage ist, ob ein flach gedecktes Langhaus – anknüpfend an sächsische beziehungsweise hirsauische

Traditionen – zum Ursprungskonzept gehört oder ob wir mit einem Planwechsel während des Bauverlaufs rechnen müssen.⁴ Für Letzteres gibt es tatsächlich Indizien, zum Beispiel die Rücksprünge der Bogenansätze an den westlichen Vierungspfeilern, die darauf hinweisen, dass die Hochwände ursprünglich stärker ausgeführt werden sollten. In den östlichen Jochen der Seitenschiffe ist ferner zu erkennen, dass eine Wölbung dieser Raumteile beabsichtigt war (heutige Gewölbe gotisch) und die Vermutung liegt nahe, dass auch das Mittelschiff dem Muster des Ostbaus folgen sollte. Dazu ist es jedoch nicht gekommen. Kurz nach Baubeginn des Langhauses – nach dem Tod Richenzas 1141? – hatten sich ganz offenbar die Prioritäten verschoben. Im Vordergrund stand nicht länger die Umsetzung des imperialen Anspruchs des Stifters. In einer Zeit, in der das Mönchtum wesentlich durch die Vorstellungen der neuen Orden der Zisterzienser und Prämonstratenser geprägt war, entschied man sich in Königsutter zu einem demonstrativen Verzicht auf jegliche Prachtentfaltung.



Abb. 4: Kaiserdom, Grabmal.

Abbildungen:

Abbildungsnachweis: Fotoarchiv der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz, A. Greiner-Napp.

Anmerkungen

- 1 Gekürzte und bearbeitete Fassung eines 2008 erschienenen Beitrags des Verfassers (Norbert H. Funke: Der Kaiser und sein Bauwerk. In: Kaiserdom Königsutter, Geschichte und Restaurierung. Hg. von Tobias Henkel. – Petersberg, 2008.)
- 2 Harmen Thies: Sächsische Gliederungs- und Wölbsysteme. In: Romanik in Nieder-Sachsen. Forschungsstand und Forschungsaufgaben. Hg. von Harmen Thies. – Braunschweig, 1997, S. 69-91.
- 3 Ferdinand Eichwede: Beiträge zur Baugeschichte der Kirche des kaiserlichen Stiftes zu Königsutter. Diss. Hannover, 1904. Zum Italienbezug siehe ferner: Königsutter und Oberitalien, Kunst des 12. Jahrhunderts in Sachsen. Hg. von Martin Gosebruch u. Hans-Henning Grote. – Braunschweig, 1982.
- 4 Bruno Klein: Die ehemalige Abteikirche von Königsutter, Die Grablege eines sächsischen Kaisers am Beginn der Stauferzeit. In: Heinrich der Löwe und seine Zeit, Herrschaft und Repräsentation der Welfen 1125-1235, Kat. der Ausstellung Braunschweig 1995, hg. von Jochen Luckhardt und Franz Niehoff, Bd. 2. – München, 1995, S. 105-119.

Bauernhausmuseum Bortfeld – 100 Jahre 19.06.1911 – 1941 – 17.06.1968 – 2011

Text von Rolf Ahlers

Ein Dorfmuseum ist in Bortfeld eingerrichtet worden

Das Herzogpaar hat kürzlich den Ort besucht und dabei das Museum gewissermaßen eingeweiht, als es seiner herzlichen Freude über die Einrichtung und dem Wunsche Ausdruck gab, es möchte das kleine Museum doch recht viele Bewunderer finden. Tatsächlich hat das Museum sich inzwischen auch schon eines starken Besuches zu erfreuen gehabt. Außer vielen Einheimischen sind am Tage der Eröffnung 313 Besucher von außerhalb zur Besichtigung da gewesen.

Die alten Sachen sind sehr sehenswert. Da sieht man altes Hausgerät allerlei Art, insbesondere Truhen oder Laden, kostbare Handtücher mit schöner Stickerei, alte Trachten von Männern und Frauen, den herrlichen Brautschmuck, uralte Krüge, Zinngeschirr, Wocken, Haspel und dergleichen mehr. Viele alte Schätze dieser Art, die noch hin und her in den Häusern stecken, sind hier zur Schau gestellt. Bravo! Hoffentlich bleibt das Dorfmuseum in dem alten Hause erhalten.

(Aus: Braunschweigische Heimat, 2. Jg., Nr. 3, August 1911, Seite 118.)

Von der Besichtigungsreise des Herzogs-Paares

Der Regent des Herzogtums Braunschweig, Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, und seine Ehefrau, Prinzessin Elisabeth zu Stolberg-Roßla, am 19. Juni 1911 in Bortfeld. ... Darauf folgte die Besichtigung des alten Bortfelder Hauses von Fräulein Ilse Wolter, in welchem eine Ausstellung alter Bortfelder Sachen die hohen Herrschaften und das Gefolge sehr interessierte. Begrüßt von der Besitzerin des Hauses, besichtigten die Herrschaften in eingehendster Weise die wertvollen Altertümer und unterhielten sich außer mit der Besitzerin mit den dort tätigen Bortfelderinnen, welche nach alter Art den Flachs zubereiteten durch Treten, Braken, Schwingen, Heckeln und Spinnen. Sichtlich erfreut über alles verabschiedeten sich die hohen Herrschaften und fuhren weiter nach Wendeburg.

(Auszug aus: Braunschweigische Landeszeitung, vom 20. Juni 1911.)

Heimathaus des Kreises Braunschweig in Bortfeld

Einer Anregung des Br. Ministerpräsidenten Klagges folgend hat der Landrat Dr. Bergmann das Haus Nr. 50 in Bortfeld von den Erben der im Februar 1942* dreiundachtzigjährigen verstorbenen Ilse Wolter* mit Mitteln des Kreismuseumverbandes Braunschweig käuflich erworben. Dieses 1724** erbaute und noch mit Stroh gedeckte Niedersachsenhaus zeigt den hochaltertümlichen, im Lande Braunschweig nur noch selten anzutreffenden Typ des Zweiständerhauses mit niedrigen Seitenkübungen und verdient daher, als Bau-

denkmal erhalten zu bleiben, um den kommenden Generationen die aus altgermanischer Wurzel erwachsene Wohnweise der alten Bauerngeschlechter in Nordniedersachsen vor Augen zu führen. Zu diesem Zweck soll das Haus im Innern teilweise als eine Art von Freilichtmuseum eingerichtet werden, um die für den gesamten Landkreis Braunschweig typische bäuerliche Wohnkultur der alten Bortfelder vor 100 Jahren zu veranschaulichen.

Da ein beträchtlicher Teil des alten Hausrates der verstorbenen Ilse Wolter für diese Einrichtung zur Verfügung steht und noch fehlende Ausstattungsstücke voraussichtlich anderweitig beschafft werden können, besteht die Gewähr für eine stilechte bäuerliche Ausstattung des Hauses. Ein totes Dorfmuseum soll es aber nicht werden.

... (Auszug aus: Braunschweigische Heimat, 32 Jg., Nr. 2, 1941, Seite 57.)

Anmerkungen:

* Anna Ilse Marie Wolter 21.02.1857 – 12.02.1941;

** laut Inschrift: 1726.

Die behördliche Heimatpflege im Kreise Braunschweig

von Friedrich Bergmann, Landrat

... Im Jahre 1941 hat der Kreismuseumverband Braunschweig das niedersächsische Bauernhaus Nr. 50 in Bortfeld erworben, dessen letzte Bewohnerin ohne Leibeserben verstorben ist. Es wird mit einzelnen schönen Möbelstücken und Gebrauchsgegenständen ausgestattet werden und eine Spinn- und eine Webstube der Kreisbauernschaft, in denen die alten Handfertigkeiten gelehrt werden, aufweisen. Das Haus soll kein Museum sein, sondern ein Heimathaus, in dem die bäuerliche Kultur unserer Vorfahren zur Anschauung gebracht wird. ...

(Auszug aus: Braunschweigische Heimat, 33. Jg., Heft 3-4, 1942, Seite 51-56.)

Eröffnung des neuen Bauernhausmuseums in Bortfeld, Kr. Braunschweig

von Werner Flehsig

... Zum Landesmuseum hatte früher ein Bauernhaus von 1737 gehört, das 1928 auf Veranlassung des Museumsdirektors Prof. Dr. Karl Steinacker aus Bortfeld nach Braunschweig auf das Museumsgrundstück zwischen dem ehemaligen Ägidienkloster und dem Spohrplatz versetzt worden war, um es als Baudenkmal vor dem Verfall zu retten und es mit dörflichen Möbeln und Geräten aus Museumsbeständen auszustatten. Dieses Bauernhaus, zu dem ein Bauerngarten und ein „Schauer“ (Schuppen) für landwirtschaftliche Großgeräte gehörten, hatte anderthalb Jahrzehnte hindurch eine außerordentlich starke Anziehungskraft auf die Museumsbesucher

ausgeübt, bevor es am 15. Oktober 1944 durch Brandbomben bis auf den Grund zerstört wurde. ...

Um so erfreulicher war es, dass der Landkreis Braunschweig 1966 auf Vorschlag des Museumsdirektors Dr. Hagen und seiner Kollegen Dr. Schultz und Dr. Flehsig beschloss, das Heimathaus in Bortfeld dem Braunschweigischen Landesmuseum zur Ausstattung mit einem Teil seiner bisher zwangsläufig magazinierten volkskundlichen Sammlungsbestände zu einem Bauernhausmuseum zur Verfügung zu stellen und auf diese Weise der Volksbildung dienstbar zu machen.

Nachdem der Herr Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig diesem Plane zugestimmt hatte, ging der Landkreis 1967 daran, das Haus Nr. 50 in Bortfeld durch Kreisoberbaurat Kalanke unter beratender Mitwirkung des Bezirkskonservators Dr. Möller erneut restaurieren zu lassen. ... Nachdem die museal ausgestatteten Räume ihre Beschriftung erhalten hatten, konnten sie der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Dies geschah in einem schlichten Festakt am 17. Juni 1968, zu dem der Landkreis Braunschweig Vertreter des Kreistages und der Kreisverwaltung, der Ge-

meinde Bortfeld, des Verwaltungspräsidiums Braunschweig und des Braunschweigischen Landesmuseums sowie die Bevölkerung von Stadt und Land eingeladen hatte. Nach einer Begrüßungsansprache des Landrats Lauenstein übergab Oberkreisdirektor Geffers das Haus offiziell in die Obhut des Landesmuseums. Museumsdirektor Dr. Hagen dankte dem Landkreis und der Regierung für die großzügige Hilfe bei der Verwirklichung der Idee eines Bauernhausmuseums in Bortfeld und allen an der Instandsetzung und Einrichtung des Hauses Beteiligten für das gute Gelingen des Werkes. ...

(Auszug aus: Braunschweigische Heimat, Heft 2, 1968, Seite 57-63.)

Rechtliches Verhältnis

Der Landkreis Braunschweig, als Eigentümer des Bauernhausmuseums, vereinbarte im Überlassungsvertrag vom 08.08.1967/14.08.1967 mit dem Land Niedersachsen die zukünftige Nutzung durch das Braunschweigische Landesmuseum für Geschichte und Volkstum. Inzwischen wurde der Name des Museums geändert in Braunschweigisches Landesmuseum und infolge der Gebiets- und Verwaltungsreform wurde der Landkreis Braun-

schweig aufgelöst. Seit dem 01.03.1974 ist der Landkreis Peine neuer Eigentümer des Bauernhausmuseums und hat damit alle Rechte und Pflichten übernommen.

Das Bauernhausmuseum heute

Nach mehreren kleineren Instandsetzungen und Verbesserungen war das Gebäude deutlich „in die Jahre“ gekommen, sodass nunmehr eine Generalsanierung anstand. Seit 2006 ist das Haus geschlossen, die musealen Exponate sind herausgenommen. Das Reetdach ist inzwischen erneuert, die Umfassungswände sind neu gegründet und in ursprünglicher Bauweise instand gesetzt, auch im Inneren ist das Balkengefüge stabilisiert.

Fördermittel in erheblicher Höhe haben die Arbeiten ermöglicht, eine Tafel gibt Auskunft: „Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes. Auf Initiative des Landes Niedersachsen beteiligt sich die Europäische Union an der Förderung des Projektes: Sanierung der Fachwerkkonstruktion, Wiedereinbau der Queraussteifung am Bauernhausmuseum Bortfeld. Hier investiert Europa in die ländlichen Gebiete mit dem Programm zur Förderung im ländlichen Raum



Abb. 1: Das Bauernhausmuseum, Ansicht aus Südwesten. Foto: Bodo Fricke.

Niedersachsen/Bremen – PROFIL 2007 bis 2013.“ Das Braunschweigische Landesmuseum ist mit der Erarbeitung des musealen Konzeptes tätig. Wenn es vorliegt, können die darauf angepassten restlichen Bauarbeiten im Gebäude – welches selbst museales Exponat ist – erfolgen. Angelaufen sind begleitende Arbeiten auf dem Grundstück, der Gartenbereich ist bereits „in Kultur“. Das Julius-Kühn-Institut „Pflanzenbau und Bodenkunde“ ist eingebunden hinsichtlich historischer Nutzpflanzen, der Förderkreis Streuobstwiese Bortfeld wegen historischer Obstgehölze. Der Landkreis treibt die Planungen voran, um die für den Museumsbetrieb notwendige Infrastruktur in denkmalgerechter Weise auf dem Grundstück möglichst schnell herzustellen. – Zielführende Gespräche werden geführt, Aktionen vorbereitet.

Das Bauernhausmuseum in der Zukunft

Das Bauernhausmuseum liegt geografisch „inmitten“ des Ortes, es liegt aber auch kulturell „inmitten“ des Ortes. Die vorhandene reichhaltige kulturelle Landschaft äußert sich im Vereinsleben, viele Vereine und Gruppen haben schon jetzt ihre Bereitschaft erklärt, das kulturelle Angebot „Bauernhausmuseum Bortfeld“ mitzugestalten. Veranstaltungen, die das historisch-museale Konzept bewahren, betonen und fortentwickeln, ergeben die „Belebung“. Neue



Abb. 2: Die Volkstanz- und Trachtengruppe Bortfeld anlässlich ihres 25-jährigen Jubiläums vor dem Ostgiebel des Bauernhausmuseums. Foto: Hermann Otte.

Interessierte werden herangeführt und durch vermittelte Kenntnisse zum mitmachen und mitgestalten aufgefordert. – Eine größere Veranstaltung zum Jubiläum „100 Jahre Bauernhausmuseum Bortfeld“ ist für Sonntag, 02.10.2011, als Erntedankfest geplant.

Das Wielbrot

– ein Gebilde örtlichen Brauchtums

In unserer schnelllebigen, ja mitunter stressigen oder auch hektischen Zeit gibt es doch immer wieder einmal Anlass, um auf unsere örtliche Kultur, unser örtliches Brauchtum hinzuweisen.

In einigen Dörfern (nord-)westlich von Braunschweig, Kernpunkt sind möglicherweise die „Drei Dörfer“ Wendeburg, Wendezelle und Zweidorf gewesen, ist noch heute das Wielbrot bekannt. Als Ostergeschenk für die Patenkinder war es lange Zeit üblich. Siehe auch Schütte, Otto: Das Weilbrot. – Brg. Magazin, 1899, 2. 54-55. Zum Wielbrot fand ich jetzt nähere Erläuterungen in: Haberlandt, Michael: Zeitschrift für österreichische Volkskunde. – Wien, 1906.

Zitat:

Das kirchlich geweihte Osterbrot ward zum Hexen vertreibenden Mittel (Allgäu), (Reiser, 1. c. II, 113), aber auch zum Vorbilde für verschiedene andere Heiligenbrote, die der lokale Heiligenkult an verschiedenen Orten schuf. In Rostock nannte man solch österlich geweihte Brote: »Wiegel-, Weihel-, Weilbrot« oder in Wismar: Wigelfladen«; mnd. 1428 wiggelvladen (Schiller Lübben, II, 581). In einigen Dörfern westlich von Braunschweig erhalten die Kinder von ihren Paten zu Ostern das Weilbrot; es ist (als echtes Osterbrot) aus ungesäuertem Teige gebacken und heißt seiner derben Form wegen auch »ballholt« (»Ballschlagholz«), (Schiller-Lübben, V, 709). (Ob es zum Osterballspiel Bezug hat?) (Mannhardt, Waldkult, I, 471). Etymologischer Zusammenhang des Wigelfladens mit ags. wicca = Zauber (Hazlitt, II, 641) ist wohl abzulehnen.

Text und Foto von Rolf Ahlers

J. P. Schmidt (1. c. 29) schrieb 1752: »So weiter hat die Gewohnheit so genante Wiegel Broedte auf Ostern zu backen, ihren sicheren Ursprung daher, daß die Geistliche im Pabsthum den Layen nicht gerne erlaubt haben nach geendigter Fasten-Zeit wiederumb Fleisch und Brodt zu essen, bevor solches geweiht worden. Alß wodurch dann, weil dieses Einsegnen und Weihung am Ostertage geschah, und sich allmählich auf das Brot miterstreckete, man eben das Osterbrot: Wiegel-, Weihel- oder geweihte Kuchen genandt hat« (vergl. auch Büsching, Wöchentliche Nachrichten, I, 272). In der Zeitschrift für Österr. Volkskunde. XII. Suppl. H. IV. 3.



Wielbrote und Ostereier.

Der Omnibusbau der Firma BÜSSING in Braunschweig

– Teil 1 –

Text von Dr. Eckhard Fischer



Die ersten Lastkraftwagen, die in der von Heinrich Büssing 1903 gegründeten Firma gebaut wurden, mussten sich einer gründlichen Erprobung unterziehen. Versuche, das damals noch recht unvollkommene Zahnradwechselgetriebe durch die Konstruktion einer verstellbaren Riemenscheibe mit Antrieb auf die Hinterräder zu ersetzen, schlugen fehl. Durch Einbau elastischer Elemente wurde das Zahnradwechselgetriebe elastischer und brauchbarer gemacht. Jetzt war der Zeitpunkt gekommen, sich mit der Frage des Personentransports zu beschäftigen.

Auf das normale Lastwagenfahrgestell wurde ein geschlossener Wagenkasten montiert. Büssing machte sich von Beginn an Gedanken über die Ausführung der Karosserie. Der Kastenaufbau wurde in zwei Klassen geteilt und hatte Platz für 18 Personen.



Schon der erste Omnibus, der dann auf der Linie Wendeburg-Braunschweig eingesetzt wurde, hatte zwei Seitentüren und einen HeckEinstieg. Als Antrieb diente zunächst der Lkw-Motor mit 9 PS Leistung. Dieser wurde alsbald ersetzt durch den ersten 4-Zylinder-Motor mit einer Leistung von 20 PS. Die Holzräder mit Vollgummibereifung sowie der Kettenantrieb wurden ebenfalls vom Lkw übernommen. Die Geschwindigkeit betrug 20 km/h.

Bereits ein halbes Jahr nach dem Beginn der Lastkraftwagen-Produktion führte Heinrich Büssing die erste größere Ausfahrt mit seinem ersten Omnibus am 3. Juni 1904 nach Wendeburg. Dort hielt Pastor Otto Hayder, der sich besonders um das Zustandekommen der Omnibusverbindung verdient gemacht hatte, eine Ansprache und schloss mit einem „Hoch auf Herrn Heinrich Büssing“. Von Wendeburg aus folgten dann noch Probefahrten nach Groß Schwülper und Sophiental. Auf der Rückfahrt nach Braunschweig wurde zuvor in Bortfeld noch Station gemacht, von dort aus erfolgten Probefahrten nach Vechelde, Wedtlenstedt und Lamme. Eine Weitere Probefahrt führte Büssing am 4. Juni 1905 von Braunschweig aus zur väterlichen Schmiede in Nordsteimke.



Zur weiteren praktischen Erprobung der Omnibusse eröffnete Büssing als Nebenbetrieb am 5. Juni 1904 die Kraftomnibuslinie Wendeburg-Braunschweig, ab 1. September 1904 mit Postbeförderung und damit die erste erfolgreiche Kraftpost-Omnibuslinie der Welt. (Abb. 1)

Bereits kurze Zeit nach der Aufnahme des ersten Linienverkehrs, begann der Kraftomnibuslinienverkehr auf weiteren Überland-Strecken. So am 20. November 1904 von Lebstedt über Salder, Hallendorf, Bleckenstedt, Sauingen, Üfingen, Stiddien, Timmerlah und Rothenburg nach Braunschweig und 1905 wurde als erste Strecke im Harz der Linienverkehr Bad Harzburg – Radau Wasserfall eingerichtet.

Abb. 1 (oben): Der „Wendeburger“ Bus.

Abb. 2 (mitte): Der London-Omnibus.

Abb. 3 (unten): Der ABOAG-Omnibus.

Abb. 4 (rechts): Einer der ersten Dreiaxser-Omnibusse.

Mit gut entwickelten und erprobten Omnibussen konnte man inzwischen auch in das England-Geschäft einsteigen. Die erste Lieferung von Omnibussen nach England erfolgte am 10. August 1904. Im Laufe der kommenden Jahre wurden etwa 400 Omnibusse, bzw. Chassis in eigener Fertigung oder im Lizenzbau durch die Londoner Firma Straker & Squire Ltd. verkauft. Ein Teil davon ging an die „London General Omnibus Co“. (Abb. 2)

Diese Erfolge blieben auch in Deutschland nicht ohne Wirkung. Ein später bedeutender Kunde – die „Allgemeine Berliner Omnibus AG“ (ABOAG) – bezog bereits am 13. Juni 1906 den ersten BÜSSING-Omnibus (Mot. Nr. 79, Wagen Nr. 121). Bei der Auslieferung am 3. Juli 1907 an die ABOAG taucht erstmals der Begriff „Oberdeckomnibus“ auf. Die ABOAG bestellte im Jahr 1920, nach ausführlichen Versuchen, 40 BÜSSING-Omnibusse. (Abb. 3)

Bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1914/1918 war die Entwicklung der BÜSSING-Omnibusse stark voran-

getrieben worden. Aus dem mehr oder minder primitiven Wagenkasten für die Personen der ersten Omnibusse waren bequeme Karosserien entstanden. Die Fahrgestellabfederung war wesentlich verbessert (BÜSSING-Doppelabfederung). Die Motoren wurden verstärkt. Statt der 2-Zylinder-Motoren wurden jetzt 4-Zylinder-Motoren eingebaut, deren ruhiger Lauf besonders begrüßt wurde. Die Bereifung wurde von Vollgummireifen auf Luftreifen umgestellt. Der Kettenantrieb, der erheblichen Betriebslärm entwickelte und großem Verschleiß unterlag, wurde durch den Kardanantrieb ersetzt. Zu Beginn der 20er – Jahre wurde begonnen, die Omnibusse mit einer Verkleidung der Fahrgastkabine mit Blech zu versehen.

Am 27. August 1919 beschreibt der Konstrukteur Dr. Ing. Willy Staniewicz in einer Notiz:

Gesichtspunkte für die Konstruktion von Groszstadtomnibussen

Hauptbedingung Geräuschlosigkeit. Gelenke vermindern, an vorhandenen Gelenken Druckfedern anbringen. Alle Gelenke mit gehärteten Büchsen ausbuchen. Lenkhebel ausserhalb des Rahmenträgers anordnen, leicht abnehmbar, um bei Verbiegen schnell nachrichten zu können. An dem unter dem Führersitz liegenden Brennstoffgefäß keinen Ablaszhahn oder Verschraubung anbringen, welche bei un-

dichthalten auf die heisse Getriebebremse tropfen können, wegen der Feuergefahr.

1923 wurde der Dreiachser-Omnibus entwickelt. Er bestand aus einem Holzspantengerippe. Bei der Herstellung wurden über Wasserdampf gebogene Hölzer verwendet, die der Karosserie eine höhere Stabilität geben sollten. Die anfängliche Verwendung von Winkeln aus Stahl zur Verbindung der Holzelemente führte zu erheblichen Beanstandungen und Mängeln. Fahrgäste kritisierten während der Fahrt die quietschenden und knarrenden Geräusche. Diese ergaben sich auf Grund der Verwindungen der Karosserie, die durch den Straßenzustand bedingt waren.

Die Jahre des ersten Weltkrieges 1914/18 unterbrachen die weitere technische Entwicklung. 1924 entstand eine Art Niederfleromnibus mit bequemem Einstieg von der Straße aus. Im gleichen Jahr zeigte Büssing auf der





Abb. 5: Der „Lange Sachse“.

Berliner Automobil-Ausstellung den ersten Dreiachs-Omnibus der Welt mit zwei angetriebenen Hinterachsen. Dieser Fahrzeugtyp wurde für die weitere Entwicklung von bahnbrechender Bedeutung und hat den schienenlosen Verkehr stark gefördert. (Abb. 4)

Im Jahr 1929 wurde eine Entwicklung eingeleitet, die zu einer Konstruktion führte, die für BÜSSING typisch werden sollte: dem Trambus. Besonders erwähnenswert aus diesen Jahren 1934 ist eine Konstruktion im Omnibus-Bau (Typ 80 N Fdo), die unter der Bezeichnung „Langer Sachse“ großes Aufsehen erregte. Es handelte sich um einen Sechsradomnibus, der mit einem Doppel-Sechszylinder-Motor von 320 PS Leistung ausgerüstet war. Dieser

Omnibus wurde besonders für die Kraftverkehrsgesellschaft Sachsen entwickelt, die für ihren Liniennetz im Erzgebirge Fahrzeuge mit großer Leistung benötigte. Dieser Omnibus-Typ fand auch bei anderen Verkehrsunternehmen großen Anklang. (Abb. 5)

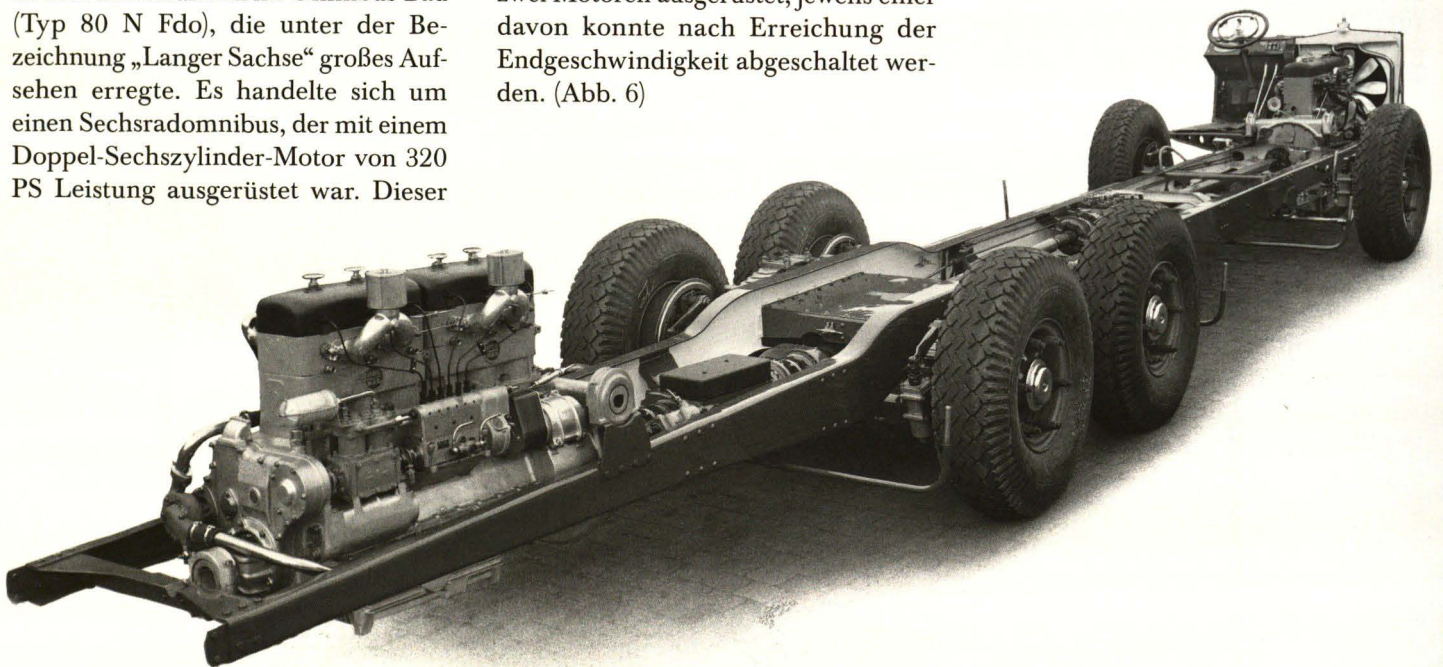
Auf der Internationalen Automobilausstellung 1935 in Berlin zeigte die Firma BÜSSING einen Spezialomnibus für den Reiseverkehr auf den Reichsautobahnen, den Reichsautobahnbus. Die bereits gesammelten Erfahrungen mit dem Typ 80 N Fdo (Langer Sachse) und mit der Motorisierung von 320 PS waren günstige Voraussetzungen. Während von diesem Omnibustypen die dauerhafte hohe Reisegeschwindigkeit auf normalen Straßen im Vordergrund stand, kam es bei dem Reichs-Autobahn-Omnibus (RAB) darauf an, eine hohe Spitzengeschwindigkeit über sehr große Entfernungen, aber auf hervorragend ausgeführten Straßen auszuführen. Dieses Fahrzeug war mit zwei Motoren ausgerüstet, jeweils einer davon konnte nach Erreichung der Endgeschwindigkeit abgeschaltet werden. (Abb. 6)

Die Realisierung des Unterflur-Gedankens begann im Jahr 1935. Auf der Internationalen Automobilausstellung 1936 in Berlin zeigte BÜSSING zum ersten Mal einen Trambus mit Unterflur-Diesel-Motor. Es war der Typ 900 TU mit vorn liegenden eingebauten 6-Zylinder-Unterflur-Dieselmotor. Die weitere technische Entwicklung kam durch den Zweiten Weltkrieg zum Erliegen.

Abb. 6 (unten): Chassis des Reichs-Autobahn-Omnibusses.

Quellenangaben:

Alle verwendeten Bilder:
Heinrich-Büssing-Archiv Nordstemke.
Fischer, Eckhard:
Die Firma Büssing. – Salzgitter 2010.



Impressum:

Herausgegeben vom Braunschweigischen Landesverein für Heimatschutz e.V.

www.bs-heimat.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion und des Braunschweigischen Landesverein für Heimatschutz e. V. wieder.

Vorsitzender:

Dieter Heitefuß, Buchfinkweg 10, 38122 Braunschweig, vorsitzender@bs-heimat.de

Redaktion:

Rolf Ahlers, Wendezeller Ring 10, 38178 Wendeburg, heimat@bs-heimat.de

Gesamtherstellung:

Ruth Printmedien GmbH, Braunschweig, www.ruth.de

Appelhaus Verlag, Braunschweig, 2011 · ISBN 978-3-941737-43-3

www.appelhaus-verlag.de

Erinnerung an einen Bauernhaus-Veteranen in Braunschweig-Melverode

Text von Prof. Dr. Wolfgang Meibeyer

Im Jahre 1965 fiel in Braunschweig-Melverode das letzte historische Bauernhaus nach gut 300-jähriger Standzeit dem Abriss anheim. Dieses nach seinem damaligen Eigentümer so benannte Fleigesche Haus hatte zu dem am westlichen Ende der Römerstraße gelegenen ehemaligen Schäfereihof gehört. (Abb. 1) Der 1663 in „Bauweise nach mitteldeutscher Art“ als sog. Streckhof errichtete Fachwerkbau – immer noch mit Gefachen aus Holzgeflecht und Lehm! – war durch Alter und Kriegseinwirkung in fortgeschrittenen Verfall geraten und wohl nicht mehr zu halten. Die ihm nun hier erwiesene Beachtung beruht nicht auf lokalpatriotischem Ehrgeiz, sondern darauf, dass seine Baugestaltung einer in unserer Region eher selteneren Abart des „Mitteldeutschen Einheitshauses“ angehörte, welche Richard Andree 1901 als „Erkeroder Typus“ der damals von Paul Jonas Meier in den Braunschweigischen Bau- und Kunstdenkmälern erfassten sog „thüringischen“ Hausform beschrieben hatte¹. (Abb. 2) Nicht nur Meier hat diesem Melveroder Bau 1900 besondere Würdigung zuteil werden lassen. In den 1930er Jahren wurde eine exakte Bauaufnahme davon erstellt und danach sogar ein Modell gebaut (beides im Historischen Museum in Hannover)². (Abb. 3)

Dieser Typus des Mitteldeutschen Einheitshauses repräsentiert die traditionelle Bauernhausform im Süden unserer Region. Weiter nördlich beherrscht das Niederdeutsche Hallenhaus (unkorrekt: „Niedersachsenhaus“) mit der großen Toreinfahrt am Vorgiebel ab etwa der Lössgrenze die alte Hauslandschaft. Beide sind „Einheitshäuser“, weil Wohnung, Stall und Scheune unter einem Dach vereinigt sind. In deutlichem Unterschied aber zum Hallenhaus, wo sich diese Nutzungen räumlich eng miteinander verzahnen, reihen sie

sich beim mitteldeutschen „Streckhof“ entlang der Firstlinie abschnittsweise hintereinander auf – daher eben auch diese dafür vorkommende Bezeichnung. (Abb. 4) Wirtschaftsteil und Wohnbereich sind also klar separiert. Die Gebäude sind stets zweigeschossig ausgeführt, wobei die langen Ständerbalken der Verbinde ungeteilt hinaufreichen von der Grundschwelle bis zur Traufhöhe mit einem frei abgestützten Dachüberstand davor. So gut wie immer ist der Streckhof mit seiner Firstlinie westöstlich so ausgerichtet, dass die dem Hofraum zugekehrte Zugangsseite des Hauses von der Mittagssonne beschienen wird („Solarorientierung“).

Um die Mitte des 17. Jahrhunderts begann man, bei Braunschweig verschiedentlich von der zuvor üblicherweise glatt durchlaufenden Längswand des Streckhofes abzugehen. Indem man den Wohnbereich gegen den Wirtschaftsteil sichtbar dadurch mehr herauszustellen versuchte, dass man den Stubenteil aus der hofseitigen langen Hausfront etwas vorspringen ließ, war damit P. J. Meiers „Erkeroder“ Sonderform geboren, deren kennzeichnendes Merkmal eben in dieser Besonderheit der Hausansicht bestand, so auch bei



Abb. 2 (oben): Die südexponierte Hofseite des Fleigeschen Hauses 1939. Gut erkennbar sind der Wagenschauher, das vorgezogene Stubenende und links daneben angeschnitten der Wohnhaus-Anbau von 1848 (Histor. Mus. Hannover).

Abb. 3 (unten): Das Modell des Fleigeschen Hauses zeigt die Hofseite des Gebäudes in seinem ursprünglichen Zustand noch vor der nachträglichen Erweiterung seines Wirtschaftsteils. (Histor. Mus. Hannover).

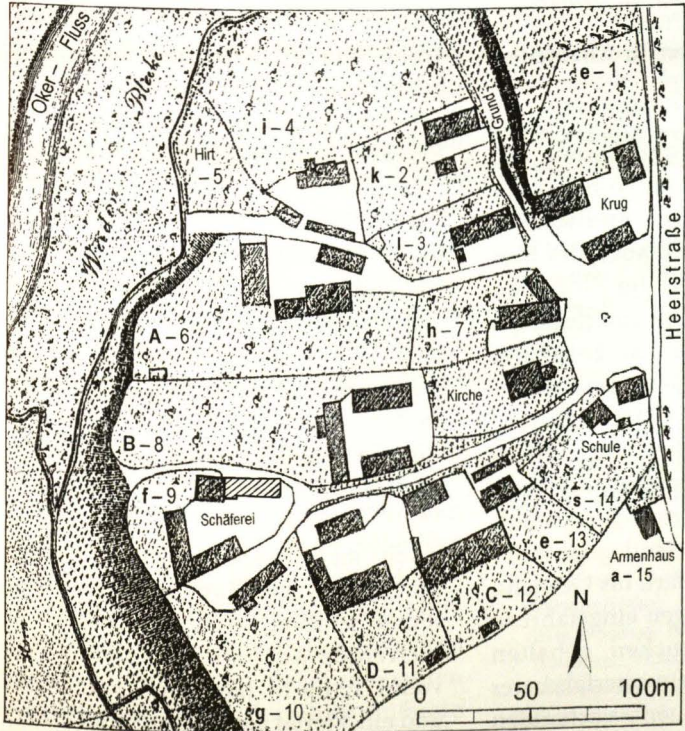


Abb. 1: Die Ortslage von Braunschweig-Melverode 1848. Das Fleigesche Haus ist auf dem Schäfereihof (f-9) schraffiert hervorgehoben.

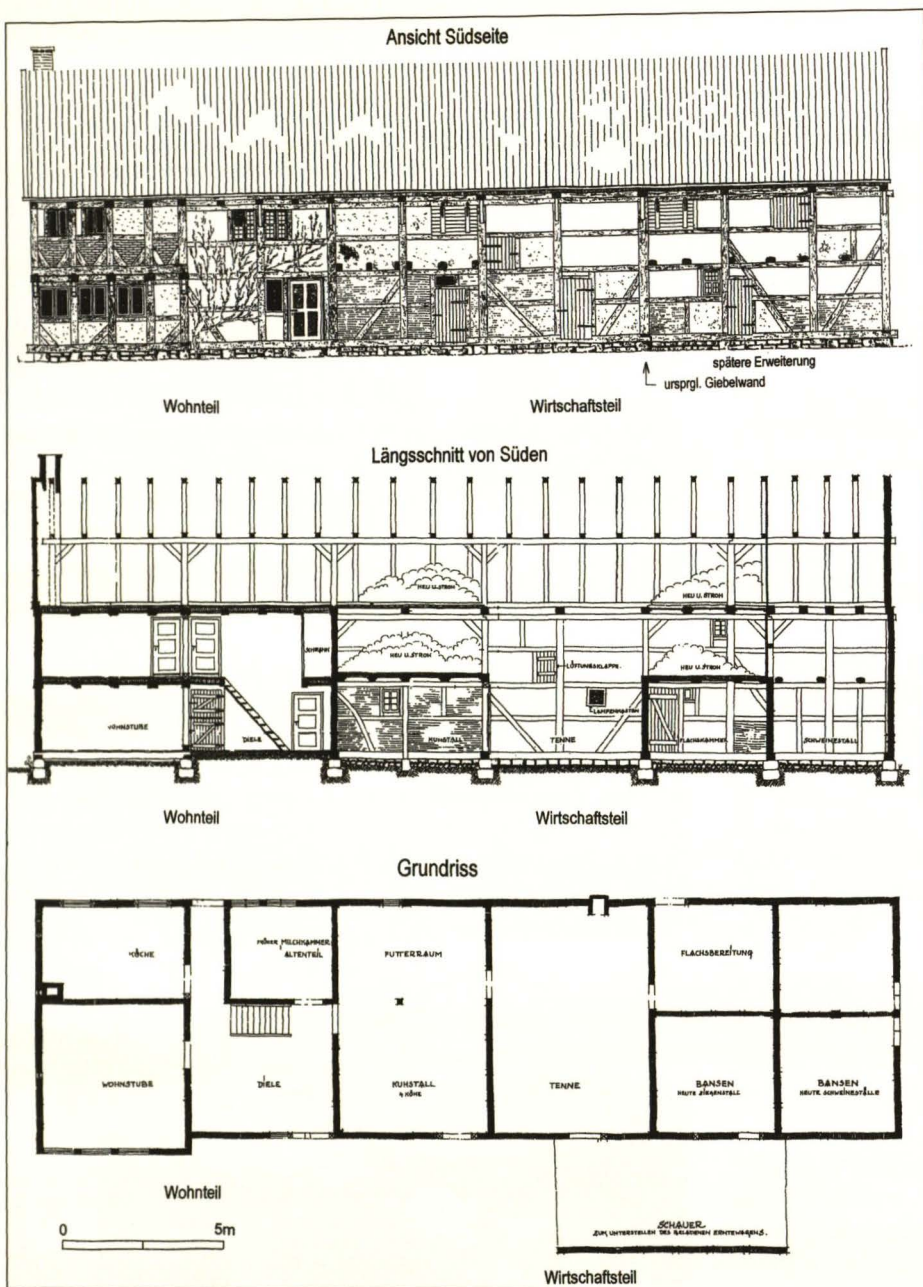


Abb. 4: Südansicht, Längsschnitt und Grundriss des Fleigeschen Hauses nach der Bauaufnahme der 1930er Jahre im Historischen Museum Hannover (vereinfacht durch Verf.).

dem Fleigeschen Bau. Optisch unterstrichen wurde dieser Wunsch nach repräsentativerem Äußeren der Gebäude zusätzlich durch eine leichte Vorkragung des nun für sich eigens abgezimmerten Obergeschosses. Die gesamte Stubenfront erhielt darüber hinaus noch ein dichter stehendes Ständerwerk, zusätzlich verziert mit aufwändigen Schrägverzimmerungen (Fußbändern). Die Balkenköpfe erfuhren gewisse künstlerische Gestaltung, und darunter leiteten sorgfältig profilierte Konsolen zu den Ständern des unteren Geschosses über. Hier lag stets die „gute“ Wohnstube und dahinter in der Regel die Küche. Die Schlafräume der Bauernfamilie befanden sich im Obergeschoss.

Abweichungen und Veränderungen von dieser Konzeption sind je nach den Umständen zu unterstellen, je nach

dem Bedarf an Räumen für Altenteiler, Gesinde usw. (Abb. 5)

Auch im Wirtschaftsteil konnte die innere Raumlagerung von Fall zu Fall durchaus variieren und scheint während der Standzeit auch des hier betrachteten Gebäudes im Einzelnen gelegentlichem Wechsel unterlegen zu haben. Jedoch pflegte man bevorzugt die (Pferde-)Ställe zunächst dem Wohnteil anzulegen und erst dahinter Scheune und Speicher. Dass diese Bauernhäuser keine befahrbaren Tore, sondern nur Türen und Luken aufwiesen, fällt als Nachteil gegenüber dem Hallenhaus insofern ins Gewicht, dass die etwa bei Regen eingefahrene Ernte nur dann trocken gehalten werden konnte, wenn ein unterfahrbares Vordach, ein „Schauer“, vorhanden war, von dem aus dann das Getreide zum Dreschen durch die Türen auf die

Deele bzw. Heu durch Luken trocken ins Haus gebracht werden konnte. Einen solchen Vorschauer mit direktem Türanschluss zur Deele besaß das Fleigesche Haus nachweisbar bereits seit seiner ersten Erfassung durch das Brandversicherungskataster 1753 bis in neueste Zeit. (Abb. 6)

Gar nicht selten spiegeln Bauernhäuser tief greifende Veränderungen in der Entwicklung ihrer Hofwirtschaften wider. Das ist auch in diesem Falle so. Man erfährt u. a. aus dem Erbregister des Amtes Wolfenbüttel von 1566, dass auf dieser zur Grundherrschaft des Braunschweiger Klosters St. Ägidien gehörigen Hofstelle (ab 1753 mit der Brandversicherungsnummer 9) von je her ein Schafmeister saß, welcher zusätzlich noch 10 Morgen Land bewirtschaftete und als (kleinbäuerlicher) Kötner eingeschätzt wurde³. Das blieb auch in der Folgezeit zunächst so. Untersuchung und Vermessung des Fleigeschen Hauses nach 1930 ergaben allerdings einen überraschenden Befund. Das grundrissmäßig mit einer Länge von 26,55 m und einer Breite von 7,84 m vorgefundene Haus hatte dieses aktuelle Längenmaß erst durch eine nachträgliche Verlängerung nach Osten hin um 7,5 m erhalten, also durch eine Vergrößerung des Wirtschaftsteils um etwa 75 v. H.! Die ursprüngliche Gesamtlänge des Gebäudes hatte gerade einmal 19 m betragen, jeweils etwa zur Hälfte Wohn- und Wirtschaftsteil. Konsequenterweise bezeichneten die beiden Bauaufnehmer Boedeker und Rebhahn den Erstbau von 1663 denn auch als „Mitteldeutsches Kleinbauernhaus“⁴. Für das 18. Jahrhundert wäre allerdings diese Einschätzung nicht mehr zutreffend gewesen. Der Hof erschien damals nämlich mit einem Ackerlandbesitz von nunmehr um 60 Morgen als regelrechter Mittelbetrieb und war zutreffend als Großkötner oder Viertelspanner eingestuft. Was war zwischenzeitlich geschehen?

Nach siedlungskundlichen Untersuchungen hat das Ägidienkloster seinen großen 8-Hufen-Ackerhof in Melverode wohl noch vor der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert aufgeteilt und ein Viertel von dessen Land (37 1/2 Morgen) an seinen Schäfereihof übertragen⁵. Dieser Landzuwachs ver-

anlasste nicht nur die erkannte Vergrößerung des Hauses, sondern zog auch die offenkundig grundlegende Neuordnung in der Raumaufteilung des Wirtschaftsteils nach sich. Dabei dürfte die für das Grundrissgefüge an sich auffällig geräumige Dreschdeele von etwa 37 qm überhaupt erst so eingerichtet worden sein. Auch den Wagenschauer muss man damals hinzugefügt haben. (vgl. Abb. 6) Die subtile Bauaufnahme bzw. die baulichen Veränderungen reflektieren also nicht nur einen wichtigen Prozess der Hofentwicklung, sondern helfen auch mit, diesen erst deutlich nach 1663, dem Errichtungsjahr des kleinwirtschaftlichen Ursprungsbaues, zu datieren.

Über die bauliche Situation des Schäfereihofes und im Dorf Melverode überhaupt hält die Schriftüberlieferung seit Mitte des 18. Jahrhunderts detaillierte Informationen bereit. Die Melveroder Dorfbeschreibung von 1752/53 im Aktenbestand der Braunschweigischen Generallandesvermessung (1746-84)⁶ vermerkt sämtliche bäuerliche Bauten im Ort in Fachwerkbauweise ausgeführt und mit Strohdach versehen und durchweg in mittelmäßigem Zustand. Alle Wohngebäude hatten Schornsteine.

Im Jahre 1753 wurde aber auch nach der Einführung der Pflicht-Brandversicherung eine akribische Erfassung sämtlicher Gebäude mit eingehender Beschreibung ihrer Art und Größe sowie ihres Wertes vorgenommen, z. T. ergänzt durch weitergehende nützliche Hinweise⁷. Aus der sehr häufig dabei wiederkehrenden Anmerkung, dass Wohnhaus und Stall – sowie auch manchmal die Scheune – „in eins gebaut“ seien, d. h. sich unter einem Dach befänden, lässt sich gestützt auch auf die vergleichsweise Heranziehung des damaligen Ortsplans für Melverode gesichert feststellen, dass damals dort ausschließlich das Mitteldeutsche Einheitshaus (Streckhof) – und kein einziges Hallenhaus – anzutreffen war. Dabei verfügten die Kötnerstellen fast stets nur über ein einziges (Streckhof-) Gebäude, während die großen Höfe der Reihelente darüber hinaus weitere separate Stall- und Scheunenbauten besaßen. Der Schäfereihof umfasste 1753 seiner besonderen Funktion gemäß über das „in eins gebaute“ Wohn-

haus und Scheune nebst Wagenschauer (Versicherungswert: 500 + 25 Rthlr) hinaus einen Schafstall (250 Rthlr) und einen weiteren 2. Stall (50 Rthlr) sowie einen „Anhang am Wohnhaus“ (25 Rthlr).

Aus den folgenden Brandversicherungskatastern bis 1846 lassen sich zunächst nur unwesentliche bauliche Veränderungen auf dem Schäfereihof entnehmen. Hervorzuheben ist, dass man dort an dem alten Traditionsbau von 1663 weiterhin festhielt, als nach 1800 ein zügiger Austausch der alt überkommenen bäuerlichen Bausubstanz auch in Melverode einsetzte und der Streckhof als solcher verschwand zu Gunsten neuer komplexer Gehöftanlagen. (vgl. Abb. 1) Schließlich wurde aber im Jahre 1848 an das alte Gebäude doch ein neuer geräumiger Fachwerk-Wohnhausteil mit größeren Geschosshöhen angebaut und der traditionelle Altbau nochmals in Firstrichtung – aber diesmal nach Westen – verlängert. (Abb. 7) Mit Durchführung der Separationsmaßnahmen ab 1859 wurden die Schäfereigerechte aufgehoben. Im Brandkataster von 1869 ist die einstmalige Altstruktur des Hofes kaum noch wieder zu erkennen.

Anmerkungen:

- 1 Andree, R. (1901): Braunschweiger Volkskunde. 2. Aufl. Braunschweig, S.194f. – Meier, P. J. (1900): Die Bau- und Kunstdenkmäler des Kreises Braunschweig. Wolfenbüttel, S. IX u. 105f.
- 2 Das Modell des Hauses wird z. Zt. nicht in der Dauerausstellung des Museums gezeigt. Herr Dr. Fahl machte die Bauaufnahme und Fotos des Hauses zugänglich. Dafür sei ihm hiermit herzlich gedankt.
- 3 Nieders. Landesarchiv Staatsarchiv Wolfenbüttel: 19 Alt 224.
- 4 Für die in mehreren sehr detaillierten Bögen im Maßstab 1:50 vorliegende, leider nicht datierte Bauaufnahme hat sich keine weitergehende Beschreibung finden lassen.
- 5 Meibeyer, W. (2010 in Druckvorbereitung): Das alte Melverode. Dorf, Höfe und Gotteshaus vom frühen Mittelalter bis 1850.
- 6 Nieders. Landesarchiv Staatsarchiv Wolfenbüttel: Dorfbeschreibung: 20 Alt 270; Feldriss: K 3452.
- 7 Nieders. Landesarchiv Staatsarchiv Wolfenbüttel: Akten der 1753 unter Herzog Carl I. eingerichteten Brandversicherung, hier: 104 Alt 1196-98, 1398, 1399.



Abb. 5 (oben): Bauliche Hervorhebung und Verzierung des Stubenendes des Fleigeschen Hauses um 1900 (P.J. Meier, 1900, S. 105, Abb. 39).

Abb. 6 (mitte): Blick durch den Wagenschauer auf das vorgezogene Stubenende des Fleigeschen Hauses um 1939. Beachtlich auch der frei abgestützte Dachüberstand. (Fam. Hüther, BS-Melverode).

Abb. 7 (unten): Teilansicht des Fleigeschen Hauses um 1939 mit dem Wohnhaus-Anbau von 1848. (Sammlung I. Weiss).

Verkaufte Töchter – vergessene Söhne

Text von Prof. Dr. h. c. Gerd Biegel

Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte an der TU Braunschweig

„Eine Prinzessin haben wir dem Papsttum, die andere dem Heidentum übergeben – wenn morgen der Teufel kommt, werden wir ihm die dritte Prinzessin übergeben.“ Mit diesen flammenden Worten kritisierte Superintendent Nitsch von der Kanzel die Heiratspolitik von Herzog Anton Ulrich (1633-1714): Seine Enkelin Elisabeth Christine (1691-1750) ehelichte den späteren Kaiser Karl VI. (1685-1740), Charlotte Christine Sophie (1694-1715) wurde mit Alexei (1690-1718), dem ältesten Sohn von Zar Peter I. (1672-1725) verheiratet. Die dritte Enkelin, Antoinette Amalie (1696-1762), heiratete Herzog Ferdinand Albrecht II. (1680-1735) aus der Nebenlinie Bevern, um die dynastische Erbfolge im Fürstentum zu gewährleisten. Die Kinder des Welfenhauses wurden zu „Figuren im großen Schachspiel Europas“ und im Interesse der Staatsräson verheiratet oder eingesetzt. Zarin Katharina beschrieb die Heiratspolitik der Welfen unter Herzog Anton Ulrich mit besonderem Blick auf dessen Sohn und Schwiegertochter Ludwig Rudolf (1671-1735) und Luise von Öttingen (1671-1747): „folglichs waren Maria Theresia, die römische Kaiserin, Peter II., Kaiser von Russland, Königin Elisabeth Christine von Preußen und Königin Juliane Marie von Dänemark ihre Enkel. Ihre Urenkel und Urenkelinnen werden Europa mit

Monarchen versorgen: die österreichischen Prinzessinnen einerseits, die Prinzen andererseits und drittens der Prinz von Preußen.“

Er war einer der profiliertesten Welfenfürsten, er war Literat, Kunstfreund und europäisch vernetzter Politiker, und er hasste seine hannoversche Verwandtschaft. Herzog Anton Ulrich von Braunschweig und Lüneburg (Wolfenbüttel) wurde am 4. Oktober 1633 in Hitzacker geboren. Er war der zweite Sohn von Herzog August dem Jüngeren (1579-1666) und dessen zweiter Gattin Dorothea von Anhalt-Zerbst (1607-1634). Sein Vater residierte zu diesem Zeitpunkt in der kleinen Herrschaft Hitzacker. Sein „Ithaka“, wie er es nannte, diente ihm von 1604 bis 1635 als Residenz und Mittelpunkt, wobei er als Gelehrter und Bücherfreund einen kulturell blühenden Hof des Barock unterhielt, an dem er auch mit dem Aufbau seiner später weltberühmten Bibliothek begann. 1635 erfolgte der Wechsel nach Wolfenbüttel.

Seine Ausbildung erhielt Anton Ulrich durch Georg Justus Schottelius als Praeceptor und Sigmund von Birken als Collaborator unter Aufsicht des gelehrten Vaters, wobei moderne Sprachen, Kunst und Musik eine besondere Rolle spielten und den Neigungen des Sohnes entgegenkamen. Anton Ulrich selbst verfasste schon früh Singspiele und Ballette und entwickelte seine schriftstellerischen Fähigkeiten bis zur Perfektion. Auch sind frühe Federzeichnungen des Zehnjährigen erhalten und belegen sein künstlerisches Geschick. Mit 10 Jahren wählte ihn das Stift Halberstadt zum Koadjutor und 1655-1656 führte ihn seine Kavaliers-tour nach Süddeutschland, Frankreich, Italien und durch die Niederlande. Am 17. August 1656 heiratete er die Prinzessin Elisabeth Juliane von Holstein-Norburg (1634-1704). Der Ehe, in der sich dynastische Zweckmäßigkeit mit gegenseitiger Achtung verband, entstammten 13 Kinder. 1659 wurde Anton Ulrich Mitglied in der Frucht-

bringenden Gesellschaft unter dem bezeichnenden Namen „Der Siegrangende“ und siegreich wollte er stets auf allen Gebieten sein, sowohl den gelehrten als auch den politischen, zu denen ihm seine Vater bereits lehrreichen Zugang verschafft hatte, obwohl er als zweiter Sohn nicht für die Thronfolge vorgesehen war. Nach dem Tod von Herzog August d. J. 1666 folgte ihm dessen Sohn und der ältere Bruder von Anton Ulrich, Rudolf August (1627-1704). Anton Ulrich erhielt die Ämter Schöningen, Jerxheim, Voigtsdahlum und Calvörde und übersiedelte in das Prinzenpalais in Wolfenbüttel, während der jüngere Bruder Ferdinand Albrecht I. (1636-1687) mit Bevern abgespeist wurde, was zu erheblichen Konflikten im Herzogtum führen sollte. Im Jahr 1667 ernannte der regierende Bruder Anton Ulrich zum Statthalter – worauf eigens mehrere Medaillen geprägt wurden – und 1685 schließlich zum Mitregenten. Von diesem Tag an war Anton Ulrich die eigentlich treibende Kraft im Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel.

Anton Ulrich kann als geradezu idealtypisches Beispiel eines spätbarock-absolutistischen Fürsten gelten, der hoch ambitioniert, selbstbewusst und ehrgeizig alle Kraft darauf setzte, Bedeutung sowie Ansehen seines Fürstentums zu mehren und trotz der bescheidenen Größe seines Landes eine wahrnehmbare Rolle unter den Reichsfürsten zu spielen. Dieses Ziel sollte durch eine europäisch vernetzte Heiratspolitik ebenso erreicht werden wie durch militärische Interventionen.

Schon bei der Einnahme der Stadt Braunschweig 1671 durch die vereinigten Welfenhäuser scheint Anton Ulrich im Hintergrund die entscheidenden Fäden in der Hand gehalten zu haben. Braunschweigisch-Wolfenbüttelsche Truppen waren auf den Kriegsschauplätzen 1674 und 1675 gegen Frankreich, 1675 gegen Schweden und 1683 an der Seite der kaiserlichen Armee gegen die Türken im Einsatz.



Abb. 1: Herzog Anton Ulrich

Die Dominanz der Persönlichkeit von Herzog Anton Ulrich gegenüber seinem Bruder Rudolf August sollte sich auch in der heftigen Auseinandersetzung mit der hannoverschen Welfenlinie im Zusammenhang mit der Erringung der Kurwürde durch Hannover erweisen. Zuvor hatte er durch Heiratspläne für seinen ältesten Sohn, Prinz August Friedrich (1657-1676), versucht, das Fürstentum Lüneburg an Wolfenbüttel zu binden. Dieser starb jedoch am 22. August 1676 im Reichskrieg gegen Frankreich an den Folgen einer Verwundung in dem Gefecht bei Philippsburg. Sophie Dorothea (1666-1726), die Erbin der Celler Welfenlinie, wurde daraufhin mit dem Erbprinzen von Hannover, Georg Ludwig (1660-1727) verheiratet. Sophie Dorothea wurde später wegen ihrer Beziehung zu Graf Philipp Christoph von Königsmarck (1665-1694) bekannt als „Prinzessin von Ahlden“.

Die dramatische Ehegeschichte in Hannover und die Ermordung des Liebhabers werden von Anton Ulrich in seinem Roman „Die Römische Octavia“ verschlüsselt dargestellt. Trotz der Fülle der Regierungsaufgaben war Anton Ulrich weiterhin literarisch tätig und seine beiden Romane „Die Durchlauchtige Syrerin Aramena“ und „Die Römische Octavia“ zählen zu den herausragenden Werken der Barockzeit. In den Auseinandersetzungen mit der jüngeren welfischen Linie um die Kurwürde schließlich unterlegen, bemühte sich Anton Ulrich seinerseits um Verbündete. Durch eine Allianz mit Frankreich sicherte er sich nicht nur reiche Subsidien, sondern forderte die Gegnerschaft von Kaiser und Reich heraus, und selbst seinem eher friedliebendem Bruder Rudolf August verweigerte er die Gefolgschaft. Daher verlor er nicht nur auf kaiserliche Weisung am 18. Februar 1702 seine Mitregentschaft, sondern hannoversche und cellische Truppen rückten bis vor die Tore von Wolfenbüttel vor. Für kurze Zeit musste Anton Ulrich ins Exil flüchten, doch nach dem am 26. Januar 1704 erfolgten Tod seines Bruders Rudolf August übernahm er die Alleinherrschaft im Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel.

Die Rückschläge in der Politik hinderten den ehrgeizigen und stolzen Fürsten nicht an seinen Bemühungen, das Ansehen seines Hauses durch vorteilhafte Eheschließungen zweier Töchter seines Sohnes Ludwig Rudolf (1671-1735) zu heben. So heiratete am 1. August 1708 Prinzessin Elisabeth Christine den Habsburger, König Karl III. von Spanien, den späteren Kaiser Karl VI. (1685-1740) und am 25. Oktober 1711 Charlotte Christine Sophie (1694-1715) den Sohn Peters des Großen (1672-1725), den Zarewitsch Alexei von Russland (1690-1718). Die Bedeutung der dynastischen Politik machte Anton Ulrich in einem Brief an Ludwig Rudolf vom 28. Oktober 1707 deutlich: „Gott sei ewig gelobt, das es so weit mit dieser grossen sache gekommen, der helfe I.L. übrige Tochter auch zu rechte, das wir allerseits freude und trost davon erleben mögen.“

Beide Eheschließungen verursachten jedoch erhebliches politisches Aufsehen und fanden keineswegs nur Zustimmung. Öffentlichen Streit gab es vor allem um den notwendigen Übertritt der Enkelin Elisabeth Christine zum katholischen Glauben, während die Ehe selbst im Sinne der Zeitverhältnisse als relativ glücklich angesehen werden kann.

Elisabeth Christine von Braunschweig - Königin und Kaiserin

Um den politischen Ambitionen ihres Großvaters, Herzog Anton Ulrich, nachzukommen, wechselte Prinzessin Elisabeth Christine gezwungenermaßen zum katholischen Glauben. Anton Ulrich erhoffte sich damit politische Vorteile in der Auseinandersetzung mit Hannover um die vakante Kurwürde, denn durch den Glaubenswechsel war der Weg für die Prinzessin frei zur Heirat mit dem spanischen König Karl III., dem Bruder von Kaiser Joseph I. In Abwesenheit des Bräutigams wurde sie am 23. April 1708 in der Pfarrkirche von Wien-Hietzing getraut, da sich Karl III. im Krieg in Spanien (Spanischer Erbfolgekrieg) befand. Am 1. August 1708 traf sie dann in Barcelona ein, das für mehrere Jahre eine besondere Bedeutung für das Leben und Ansehen der Braunschweigerin erlangen sollte. Schon 1711 nämlich musste Karl Spanien verlassen, um in Wien die Nachfolge seines plötzlich verstorbenen Bruders anzutreten.

Elisabeth Christine führte in Abwesenheit ihres Gatten die Regentschaft in Spanien und erwarb sich hohes Ansehen in dieser Zeit. Sie konnte beweisen, dass sie bedeutende politische Fähigkeiten besaß. Nur ungern erinnerte sich später ihre berühmte Tochter Maria Theresia an diese Tatsache. In Wien stand die Kaiserin, deren Schönheit Legende war, im Schatten des Glanzes der Kaiserkrone Karls VI., dessen barock-autokratisches Regime zunächst der Kaiserin keine politische Wirkung zugestand.

Erst Mitte der 1730er Jahre gewann Elisabeth Christine auch politischen Einfluss, den sie insbesondere zugunsten der Durchsetzung der so genannten Pragmatischen Sanktion einsetzte. Die Tochter Maria Theresia dankte ihr diesen Einsatz jedoch wenig. Von Neid gegenüber der Mutter erfüllt, unterband sie nach dem Tod Karls VI. energisch alle politischen Aktivitäten der Mutter und wies ihr 1742 Schloss Hetzendorf als Witwensitz zu, was einer politischen Verbannung gleichkam. Elisabeth Christine starb am 21. Dezember 1750 und wurde in der Kapuzinergruft in Wien, dem Erbbegräbnis der Habsburger, beigesetzt. Durch die Ehe, die einen deutlichen Prestigegewinn brachte, wurde Anton Ulrich auch der Urgroßvater der späteren Kaiserin Maria Theresia (1717-1780).

Wesentlich mehr Aufsehen in offiziellen Kreisen aber erregte Anton Ulrich, als er selbst 1710 zum katholischen Glauben übertrat. Jedoch darf man als gesichert annehmen, dass dies aus persönlicher Überzeugung und nicht aus politischen Gründen geschah, weshalb es auch ohne Folgen für die protestantischen Untertanen des Fürstentums blieb. Herzog Anton Ulrich war nicht nur einer der bedeutendsten Fürsten in der Geschichte des Landes Braunschweig, er gilt auch als herausragender Fürst seiner Zeit. Der gelehrte Sohn eines gelehrten Vaters, Herzog, Kunstförderer und Literat, starb am 27. März 1714 in seinem geliebten Schloss Salzdahlum.

Unglücklich und geradezu dramatisch verlief dagegen die russische Heirat, auch wenn Charlotte Christine Sophie ihrem evangelischen Glauben treu bleiben konnte.

Charlotte Christine Sophie von Braunschweig in St. Petersburg

Unglücklich und geradezu dramatisch verlief dagegen die russische Heirat, die Anton Ulrich vermittelt hatte, auch wenn Charlotte Christine Sophie ihrem evangelischen Glauben treu bleiben konnte.

Bei den beiden Bildern handelt es sich wohl um ein Porträtpaar aus Anlass der Verlobung des Zarewitsch mit der braunschweigischen Prinzessin. Der Zarewitsch und sein Vater, Zar Peter der Große (1672 – 1725) hatten zeitlebens heftige Differenzen, was nicht zuletzt auf die Einflüsse der alt-russischen Partei und der Mutter zurückzuführen war, die den europäorientierten und der Aufklärung zugewandten Reformen Zar Peters I. heftig entgegenwirkten.

Am 14. Oktober 1712 heiratete er die braunschweigische Prinzessin und der Ehe entstammten zwei Kinder: Natalja (1714-1728), Großfürstin von Russland und Peter (1715-1730), der späteren Zar Peter II. Alexei flüchtete als Gegner der Reformpolitik des Vaters nach Wien und Neapel, kehrte jedoch nach Russland zurück in Erwartung einer Versöhnung. Tatsächlich aber wurde er 1718 von der Thronfolge für alle Zeiten ausgeschlossen, schließlich des Hochverrats angeklagt, gefoltert und starb im Gefängnis an den Folgen.



Abb. 2: Brustbild: Alexei Petrowitsch (1690-1718) war der älteste Sohn von Peter dem Großen (1672-1725) und dessen erster Frau Eudoxia Lapuchin (1669-1731).

Charlotte Christine Sophie von Braunschweig trägt einen Hermelinmantel, der auf die hohe Stellung der Dargestellten hinweist. Im Zuge der dynastischen Politik des Braunschweiger Hofes hatte Herzog Anton Ulrich von Braunschweig und Lüneburg zwei seiner Enkelinnen nach Barcelona und St. Petersburg verheiratet. Dies sollte nicht nur zur Steigerung des Ansehens Wolfenbüttels beitragen, sondern auch als politische Unterstützung beim Kampf gegen die Kurwürde Hannovers dienlich sein.

Die Kronprinzessin Charlotte Christine Sophie, geborene Herzogin von Braunschweig und Lüneburg war die zweite Tochter von Herzog Ludwig Rudolf von Braunschweig und Lüneburg und seine Frau Christine Louise, geb. Prinzessin Oettingen zu Oettingen und wurde am 28. August 1694 in Wolfenbüttel geboren. Während ihre ältere Schwester Elisabeth Christine (1691-1750) mit dem späteren Kaiser Karl VI. (1685-1740) verheiratet wurde, suchte man für Charlotte Christine Sophie den Zarewitsch Alexei (1690-1718), Sohn Peters I. des Großen (1672-1725) aus. Der Zar wollte durch eine Ehe seines Sohnes mit einer deutschen Prinzessin die junge Dynastie der Romanows europäisch festigen. Laut Ehevertrag konnte die Prinzessin ihren evangelischen Glauben beibehalten und ihren deutschen Hofstaat mitbringen.



Abb. 3: Porträt Prinzessin Charlotte Christine Sophie (1694-1715).

Die Ehe verlief äußerst dramatisch und war bestimmt durch den gewalttätigen Ehemann und ausländerfeindliche Hofintrigen, unter denen Charlotte Christine Sophie trotz der fürsorglichen Unterstützung des Schwiegervaters erheblich litt. 1714 wurde das erste Kind, Prinzessin Nathalie geboren, 1715 als zweites der Sohn Peter, der spätere Zar Peter II. Die Ehe mit der braunschweigischen Prinzessin wurde also aufgrund des brutalen Charakters des Zarewitsch zu einer menschlichen Tragödie ebenso, wie Charlotte Christine Sophie unter den Intrigen am russischen Hof zu leiden hatte.

Aufgrund der Misshandlungen durch den Ehemann starb sie bereits 1715, während die Verbindung Braunschweig – Russland auch in der Folgezeit noch weitere Ereignisse mit dramatischem Ausgang erfuhr. Einer später aufkommenden Legende nach, die etwa Heinrich Zschokke in seiner Erzählung „Die Prinzessin von Wolfenbüttel“ literarisch thematisierte, soll sie nicht in Russland gestorben sein, sondern inkognito als Frau eines französischen Leutnants in Amerika und Frankreich gelebt haben.

Die braunschweigische Familie in Russland

Die wichtigsten Momente der unruhigen Zeiten in Russland waren übrigens eng mit dem braunschweigischen Welfenhaus verbunden. 1711 hatte der Sohn Zar Peters des Großen, Aleksej, die jüngere Schwester der Kaiserin Elisabeth Christine und Tochter von Herzog Ludwig Rudolf von Braunschweig-Wolfenbüttel-Blankenburg geheiratet. Deren Sohn folgte 1727 als Zar Peter II. nach Zarin Katharina I. auf dem Zarenthron und regierte bis 1730. Von 1730-1740 regierte eine Nichte Peters I., Anna Iwanowna als Zarin, die nun zur Sicherung der Thronfolge ihre Nichte Anna Leopoldowna wiederum mit dem braunschweigischen Prinzen Anton Ulrich d. J. verheiratete. Dessen Sohn war Iwan VI., wurde 1740 geboren, weshalb seine Mutter Anna Leopoldowna 1740 für den Säugling die Regentschaft übernahm, nicht zuletzt, um eine denkbare Regierung

durch den Vater Anton Ulrich d. J. zu verhindern. Anton Ulrich d. J. wurde als Ausgleich zum Generalissimus der russischen Armee ernannt.

Zwar hatte die familiäre Allianz der Romanows – Welfen und Habsburger das politische Gewicht Russlands in Europa gestärkt, jedoch gab es aufgrund dieser Westorientierung erhebliche innenpolitische Konflikte mit einer russisch-patriotischen Bewegung, an deren Spitze die zweite Tochter von Peter I., Elisabeth Petrowna, stand, die schließlich 1741 bis 1761 als Zarin regierte, nachdem sie die Regentin Anna Leopoldowna gestürzt und die gesamte Familie des Braunschweigers für Jahrzehnte in die Verbannung nach Cholgomory geschickt hatte. Dieser Umsturz wurde als Sieg einer nationalen Bewegung gegen die „deutsche Überfremdung“ gefeiert.

Diese politischen Wirren, die besonders forciert waren, weil die braunschweigische Familie um den Thron und nicht um die inneren Verhältnisse des Staates kämpfen musste, kennen

wir besonders von den Auswirkungen auf die St. Petersburger Akademie, in der weltanschauliche Auseinandersetzungen, eifersüchtige Intrigen und bürokratische Schikanen zunahmen, sodass immer mehr Akademiker, von denen man als „von diesem hergelaufenen Gesindel“ sprach, zwischen 1730 und 1740 St. Petersburg verließen.

So klagten die ausländischen Wissenschaftler über ständige Verzögerungen bei den Gehaltszahlungen (die Verwaltung setzte dieses Geld anderweitig Gewinn bringend ein) sowie über die Tatsache, dass die Auslandspost von der Verwaltung geöffnet und gelesen wurde. Als Grund für die Missstände der Politik in diesem Jahrzehnt wurde die schon erwähnte „deutsche Überfremdung“ angesehen, sodass der russische Historiker Klutschewski feststellte, unter Anna Iwanowna „rieselten die Deutschen in Rußland wie Kehrlicht aus einem löcherigen Sack, hafteten am Hofe, setzten sich um den Thron herum, und schlichen sich in alle profitablen Dienststellen der Verwaltung ein“. Vor diesem Hintergrund ist das Geschehen um Anton Ulrich d. J. und seine Familie zu sehen.

Denkmalschutz und Denkmalpflege

(Einführender Text zum Lichtbildervortrag, am 05.10.2010 in Oppeln/Opole)

Text und Foto von Rolf Ahlers

Ein Denkmal ist ein Gegenstand, dem im Rahmen der Erinnerungskultur ein besonderer Wert zugesprochen wird. Ein Denkmal steht beispielsweise für

- einen Sachverhalt (Von hier 12 Meilen bis ...),
- ein Ereignis (Hier begann am ... der Autobahnbau),
- eine Person (Zur Erinnerung an Kaiser ...),
- einen Zustand der Vergangenheit (Gebäude) oder
- es sind Teile der Natur (Bäume, Gesteinsgruppen).

Denkmalschutz dient dem Schutz von Kultur- und Naturdenkmälern. Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass Denkmale dauerhaft erhalten und nicht verfälscht, beschädigt, beeinträchtigt oder zerstört und dass Kulturgüter und Naturerbe dauerhaft gesichert werden. Der Denkmalschutz ist durch das Denkmalrecht festgelegt.

Denkmalschutz ist auch Schutz von Kulturgütern. Arbeiten, die zur Erhaltung von Denkmälern notwendig sind, werden als Denkmalpflege bezeichnet.

Grundgesetz Art. 14 Abs. 2 Satz 1 lautet: „Eigentum verpflichtet.“ Die Einschränkung in Satz 2 „Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ ist die Grundlage für die Sonderbelastung der Denkmaleigentümer/innen. Denn die Ausweisung als „unter Schutz“ stehendes Denkmal belastet die Denkmaleigentümer/innen, sie sind dadurch in ihrem Eigentumsrechten beschränkt.

Dieses ist aber nur im Rahmen des Zumutbaren rechtlich zulässig. Aufgrund des Denkmalschutzgesetzes sind sie zum Erhalt ihres Denkmals verpflichtet, das kann eine erhebliche finanzielle Belastung darstellen. So sind denkmalgeschützte Wohnhäuser im Unterhalt wesentlich teurer, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Heizkosten. Mitunter verhindert der Denkmalschutz aber auch eine zukunftsgerichtete wirtschaftliche Nutzung. (Abb. Seite 20) Die fehlende oder nicht mögliche wirtschaftliche Nutzung führt oft dazu, dass überhaupt keine Erhaltungsmaßnahmen mehr durchgeführt werden. Es wird darauf gewartet, dass Wind und Wetter die Bausubstanz weiter schädigen, der Verfall eintritt und endlich die Entlassung aus dem Denkmalschutz und die Abbruchgenehmigung erteilt wird.

Auch auf Nachbargrundstücken eines „unter Schutz“ stehenden Denkmals ist Rücksicht zu nehmen. Maßnahmen, die den Denkmalschutz beeinträchtigen können, sind dort unzulässig.

Denkmalschutz kann auch mit übergeordneten gesellschaftlichen Interessen zusammentreffen. So wurde z. B. in Berlin der denkmalgeschützte Lehrter Stadtbahnhof abgebrochen, um dort den Hauptbahnhof zu errichten. Aktuell wird mit „Stuttgart 21“ der dortige denkmalgeschützte Hauptbahnhof umgestaltet.

Mitunter erweisen sich denkmalgeschützte Kopfsteinpflasterstraßen als ärgerliche Hürde für Radfahrer und Rollstuhl-

fahrer und sind Quelle für zusätzlichen Straßenverkehrslärm. Was möchte oder erwartet die Bevölkerung? Was macht der Denkmalschutz?

Bei Baumaßnahmen kann es Zuschüsse für den Mehraufwand zur Erhaltung der Denkmaleigenschaft geben. Die Arbeiten sind vorher mit der Denkmalschutzbehörde abzustimmen.

Maßnahmen des Denkmalschutzes müssen unterschiedliche Gesichtspunkte berücksichtigen

- mit negativen Folgen, wenn die Ansprüche von Denkmalschutzvorhaben zurückgefahren werden müssen, um mit der Zumutbarkeit nicht in Konflikt zu geraten,
- mit positiven Folgen, wenn Denkmalschutz als wirtschaftlicher Standortfaktor gesehen wird, den Tourismus fördert oder sich positiv auf die Vermarktung von Objekten auswirkt.

Steuervorteile: Wenn die zuständige Denkmalschutzbehörde bescheinigt, dass es sich um denkmalpflegerisch erforderliche Arbeiten handelt und diese nach den Vorgaben der Denkmalschutzbehörde durchgeführt wurden, gibt es Einkommensteuer-Vergünstigungen, unterschiedlich für vermietete und selbst genutzte Baudenkmäler. Unter bestimmten Voraussetzungen kann für Baudenkmäler die Grundsteuer gesenkt oder auch erlassen werden.

In Deutschland ist Denkmalschutz und Denkmalpflege ein Teil der Kulturhoheit der 16 Bundesländer. So gibt es in Deutschland 16 Denkmalschutzgesetze, in denen die Begriffe und Verfahrensweisen unterschiedlich festgelegt sind. Alle enthalten aber inhaltlich einheitliche Grundprinzipien und legen den Denkmalschutz als ein Öffentliches Interesse fest.

In Niedersachsen gilt das Niedersächsische Denkmalschutzgesetz (NDSchG) vom 30.05.1978 in der jeweils geltenden Fassung. (Vorherige Vorschriften von 1881, 1911, 1914, 1934 und 1944 wurden damit aufgehoben.)

Im Zusammenhang mit dem geplanten Umbau des Landtagsgebäudes in Hannover ist eine öffentliche Diskussion über Grundsätze des Denkmalschutzes entstanden. Kernpunkt ist: Abbruch des denkmalgeschützten Plenarsaales (1962 fertiggestellt) ja oder nein? In seiner Ansprache am 08.05.2010 auf dem Niedersachsentag des Niedersächsischen Heimatbundes regte Landtagspräsident Hermann Dinkla eine Überarbeitung des Denkmalschutzgesetzes an. „Eine Nachjustierung des Gesetzes solle nicht darauf abzielen, den Denkmalschutz „weichzuspülen“, sondern die betroffenen Bürger auf diesem Wege mitzunehmen, meinte der Landtagspräsident.

Vielen Eigentümern erschließe sich nicht, warum gerade ihr Gebäude als schützenswert in das Verzeichnis der Kulturdenkmale aufgenommen worden ist und ein anderes vergleichbares nicht. Der Ernst der Lage werde vielen Eigentümern erst bewusst, wenn Renovierungs- oder Umbaumaßnahmen anstehen.“

Das Denkmalschutzgesetz ermöglicht Zwangsmaßnahmen. Trotzdem funktioniert der Denkmalschutz im Normalfall nur dann, wenn die Denkmalschutzbehörden und die Denkmaleigentümer zusammenarbeiten.

Eine sehr wichtige Aufgabe der Denkmalschutzbehörden ist, die Öffentlichkeit und die Eigentümer der Denkmäler auf die Bedeutung des kulturellen Erbes zu hinzuweisen und so das Interesse für die Denkmalpflege zu erreichen.



Eine denkmalgeschützte (ehemalige) Tankstelle – seit Jahren ungenutzt.

„Für den Staat ... nur eine Last“

- wie das Juleum ins Eigentum des Landkreises Helmstedt kam

Text von Matthias Krüger

Seit Anfang 1940 gehört das Juleum dem Landkreis Helmstedt. Der entsprechende Grundbucheintrag hat damals den Schlusstrich unter ein Rechtsgeschäft gezogen, das den Kreis eigentlich nur als Lückenfüller ins Spiel brachte, von administrativen Pannen beim Voreigentümer, dem Land Braunschweig, begleitet war und lange auf der Kippe stand.

Alles begann rund vier Jahre vorher, und zwar ohne den Landkreis¹: Seinerzeit platzte das staatliche Helmstedter Gymnasium aus allen Nähten. (Abb. 1) Es war im ehemaligen Universitätskomplex gegenüber dem Juleum untergebracht, und dort fehlten etliche Klassenräume, von einer angemessenen Turnhalle ganz zu schweigen. Die Stadt kämpfte mit dem genau umgekehrten Problem. Sie hatte infolge der schrittweisen Auflösung ihrer Landwirtschaftlichen Lehranstalten das für eigene Zwecke völlig überdimensionierte Gebäude Wilhelmstraße am Hals (Abb. 2). Lag da nicht ein Grundstückstausch zwischen beiden Schulträgern nahe?

Ende Dezember 1936 schlug das Braunschweigische Volksbildungsministerium die Rochade tatsächlich vor. Bei Bürgermeister Curt Drechsler² stieß der Vorschlag sofort auf offene Ohren: Im Gymnasium ließ sich ja die kommunale Gewerbliche Berufsschule, bis dato lediglich Untermieterin einer Volksschule, komfortabel einquartieren; die Hitlerjugend könnte ihr „Heim“ in einem der Seitentrakte bekommen, und obendrein würde durch die Abgabe des teuer zu unterhaltenden Kastens an der Wilhelmstraße sogar Geld zu sparen sein – also bloß weg damit.

Doch Drechsler stellte dem Land Bedingungen. Erstens müsse das Geschäft wertmäßig natürlich ausgewogen sein, forderte der Bürgermeister. Laut den fast deckungsgleichen Schätzungen der Bauverwaltungen bleibe indes ein Guthaben von ca. 150.000 Reichsmark

(RM) zugunsten Helmstedts. Dafür – zweite Bedingung – solle der Staat Bau-, Acker- und Forstflächen abtreten. Das Guthaben umfasse im Übrigen bereits den Schätzpreis des alten Finanzamtes, Batteriewall 7. Das städtische, nach dem Umzug des Amtes in die Ernst-Koch-Straße leere Behördenhaus sei seitens des Landes Braunschweig ebenfalls zu übernehmen, lautete die dritte Bedingung.

Ein vierter Punkt war Drechsler wichtig: Den Erwerb (auch) des Juleums lehnte er ab, weil die beschränkten finanziellen Möglichkeiten der Stadt die Pflege eines historischen Gebäudes dieser Größe und Qualität nicht im Entferntesten erlaubten. Zwar sagte der ministerielle Vorschlag zu dem Thema (noch) kein Wort. Aber der Bürgermeister musste auf der Hut sein. Schließlich bestand zwischen dem Meisterwerk des Renaissancearchitekten Paul Francke und dem Tauschobjekt Gymnasium mehr als nur ein räumlicher Zusammenhang; denn die Oberschule nutzte den Aula- und Hörsaalbau aus den Zeiten der Academia Julia traditionell und durchaus symbolträchtig als Ort feierlicher Veranstaltungen. Beides – so die Befürchtung im Rathaus – könnte das Ministerium auf den Gedanken bringen, der Stadt die gesamte Anlage der früheren Landesuniversität zuzuschieben. (Abb. 3)

Das stimmte genau. In Braunschweig fiel niemandem eine sinnvolle Verwendung für das Juleum ohne Gymnasium quasi um die Ecke ein. Außerdem grauste es den Regierungsbeamten vor den finanziellen Dauerverpflichtungen aus dem Eigentum, das man folglich loswerden wollte – und dazu bot sich jetzt eine vielleicht einmalige Chance. Diese geschichtsvergessene Buchhaltersicht herrschte keineswegs bloß in den einfachen Amtsstuben des Staatsministeriums vor. NSDAP-Ministerpräsident Dietrich Klagges³ höchstpersönlich dachte nicht anders. Handschriftlich notierte er viel später,

dass das Juleum „für den Staat ... nur eine Last darstellt“. (Abb. 4)

So geriet das Juleum dann doch zum Gegenstand der zähflüssigen Tauschverhandlungen, in denen Curt Drechsler selbstbewusst, mit Geschick und Beharrlichkeit agierte. Als zum Sommer 1937 hin immer noch keine Einigung erzielt war, bat Drechsler den Minister-



Abb. 1 (oben): Das Helmstedter Gymnasium um 1910, dahinter das Juleum; Quelle: Stadtarchiv Helmstedt.

Abb. 2 (mitte): Das Schulgebäude an der Helmstedter Wilhelmstraße, ca. 1905; Quelle: Stadtarchiv Helmstedt.

Abb. 3 (unten): Das Juleum und davor der Komplex des Gymnasiums, 1939; Quelle: Stadtarchiv Helmstedt.

... der Betrag im Haushalt 1939 bereitgestellt werden.
 f. Klagges ist bestrebt, den Betrag im November 1938.
 in ausführlicher Weise.
 soll ursprünglich eine Klagges.
 der Ministerpräsident vom 18. Oktober 1937.
 zusammen mit der Landesregierung der
 Ministerpräsident, daß der Ministerpräsident für
 den Staat als Geldmittel mit einer
 Last der Stadt, die der Staat mit einer
 hohen Last einen Ministerpräsidenten
 der Ministerpräsidenten auf der Ministerpräsidenten
 Ministerpräsidenten ist bis zu Ministerpräsidenten

Vermerk.
 Helmstedt, den 15. Oktober 1937.

Zwischen dem Herrn Ministerpräsident Klagges, Herrn Minister Alpers und dem Unterzeichneten fand gestern eine Besprechung über den Tausch der Landwirtschaftlichen Lehranstalten und dem jetzigen Gymnasium (Juleum) statt.

Der Herr Ministerpräsident und der Herr Staatsminister standen auf dem Standpunkt, daß die gesamten Gebäude gegeneinander getauscht werden müssen. Das Juleum würde dem Kreisgemeindevorstand übereignet, der noch weitere 20.000,- RM als Abfindung zubezahlt bekäme. Der Herr Finanzminister will nach Möglichkeit das jetzige alte Finanzamt mit erwerben und dem Herrn Bürgermeister der Stadt Helmstedt dafür eine Entschädigung in Domänenländereien geben.

Am Montag, dem 18. Oktober 1937, 11 Uhr, soll dieser Tausch im Zimmer des Herrn Finanzministers vertraglich geregelt werden. Der Unterzeichnete ist beauftragt, den Bürgermeister der Stadt Helmstedt davon zu benachrichtigen.

Beglaubigt:
 gez. Lehmann,
 Kreisdirektor.

Abschrift
 an den Herrn Bürgermeister
in Helmstedt

zur Kenntnis und mit der Bitte übersandt, gemäß der Verfügung des Herrn Braunschweig-Finanzministers in der Sitzung am Montag, 11 Uhr, im Staatsministerium zu erscheinen.

Helmstedt, den 15. Oktbr. 1937.
 Der Braunschweig-Kreisdirektor

Abb. 4 (oben): „für den Staat ... nur eine Last“ – handschriftlicher Bearbeitungsvermerk Klagges vom 09.01.1939; Quelle: Staatsarchiv Wolfenbüttel; Repro: Privat.

Abb. 5 (unten): Aktenvermerk Lehmanns vom 15.10.1937; Quelle: Stadtarchiv Helmstedt; Repro: Privat.

präsidenten um ein Spitzengespräch. Man traf sich am 24.09.1937. Offenbar gelang es dem Helmstedter, Klagges u. a. beizubringen, dass die Stadt durch den Wechsel des Juleums in ihr Eigentum wirtschaftlich überfordert sein würde; denn gleich nach dem Treffen schrieb ein hoch zufriedener Bürgermeister dem federführenden Braunschweigischen Finanzministerium, die während der letzten Monate entstandenen „Unklarheiten“ seien nun „beseitigt“.

Gekniffen vom Drechsler'schen Verhandlungserfolg war ein bisher unbeteiligter Dritter – Helmstedts Kreisdirektor und NSDAP-Kreisleiter Herbert Lehmann⁴. Er sprang wegen des Juleums in die Bresche, und er sprang wohl nicht freiwillig. Darauf deutet ein Aktenvermerk Lehmanns hin. Unter dem 15.10.1937 fasste der Kreisdirektor das Ergebnis einer Besprechung zwischen Klagges, Friedrich Alpers, dem zweiten, u. a. für die Finanzen verantwortlichen Mitglied der Landesregierung, und ihm vom Vortag folgendermaßen zusammen: „Der Herr Ministerpräsident und der Herr Staatsminister standen auf dem Standpunkt, daß die gesamten Gebäude gegeneinander getauscht werden müssen. Das Juleum würde dem Kreis ... übereignet, der noch weitere 20.000,- RM als Abfindung zubezahlt bekäme.“ (Abb. 5) Das liest sich nicht gerade so, wie Klagges es dem Reichsfinanzminister später berichtete, dass nämlich der (alles andere als auf Rosen gebettete) Landkreis den „Wunsch“ gehabt habe, das Gebäude zu übernehmen und „der Kreisstadt als Baudenkmal zu erhalten“. Viel eher klingt der Lehmann-Vermerk nach einem Machtwort des ungeduldig gewordenen Nazi-Bonzen Klagges, der die leidige Sache endlich erledigt und seine Vorstellungen umgesetzt sehen wollte. Und im Übrigen: Wenn das der Stadt wichtige Tauschprojekt wirklich durch jenen generösen „Wunsch“ gerettet worden wäre – hätte der Kreisdirektor dann Drechsler nicht entsprechend informiert, auch um die eigene Rolle, die eigenen Meriten herauszustreichen? Doch nichts dergleichen geschah. Die Notiz vom 15.10.1937 schickte Lehmann dem Helmstedter Rathaus kommentarlos zur Kenntnis.

Schon am 18.10.1937 machten Alpers, Drechsler und (höchstwahrscheinlich auch) Lehmann in Braunschweig Nägel mit Köpfen. (Abb. 6) Das Trio zurrte die Vertragskonditionen en detail endgültig u. a. dahin fest, dass der Grundstückstausch sich auf das Gymnasium einschließlich der Collegienflügel, das ehemalige Finanzamtsgebäude und die Landwirtschaftlichen Lehranstalten beschränken, dass die Stadt vom Kloster- und Studienfonds bestimmte Ländereien erhalten und dass die derart abzugeltende Wertspitze zu kommunalen Gunsten (nur) 132.000 RM betragen solle, also rund 20.000 RM weniger als ursprünglich geschätzt, eben die 20.000 RM, mit denen Klagges dem Landkreis die Juleums-Übernahme versüßen wollte, ohne die Gesamtkosten für den Staat in die Höhe zu treiben. Hier musste Drechsler seinerseits Federn lassen, und klugerweise akzeptierte er das. Widerspruch wäre eh sinnlos, schlimmstenfalls sogar kontraproduktiv gewesen. Womöglich hätte städtische Renitenz die Ministerialbeamten motiviert, die alten Akten sorgfältiger zu durchstöbern. Sie hätten dann entdeckt, dass aus der Kasse des Herzogtums Anfang der 1890er Jahre satte 110.000 Mark in den Neubau an der Wilhelmstraße geflossen waren, ein Zuschuss, der jetzt gut und gerne gegen Helmstedter Aus-

gleichsforderungen überhaupt hätte ins Feld geführt werden können. Ein paar Tage später lagen die im Finanzministerium ausgearbeiteten Verträge fix und fertig vor – zum einen die Tauschvereinbarung zwischen dem Land, der Stadt und dem Kloster- und Studienfonds und zum anderen das Abkommen zwischen dem Land und dem Kreis betreffend das Juleum. Letzterer Vertrag bezieht sich auf die Grundfläche des Aula- und Hörsaalbaus sowie dessen Vorplatz bis zu den Schmalseiten der Collegienflügel. Das Eigentum an diesem Areal von rund 1.500 Quadratmetern gehe entschädigungslos auf den Landkreis Helmstedt über, bestimmt die wichtigste Klausel. Ferner zahle das Land die besagten 20.000 RM an den Kreis, der sich im Gegenzug verpflichte, „die vom Lande begonnenen Reparaturarbeiten planmäßig fortzusetzen und das Gebäude seinem kulturhistorischen Werte entsprechend zu erhalten und zu nutzen“, insbesondere das Juleum „nicht durch Um- oder Anbauten zu verunstalten“, heißt es im Vertrag weiter. Außerdem sei der Kreisgemeindeverband verpflichtet, „das Grundstück dem Lande ... bei besonderen Anlässen ... ohne Entgelt(.) aber gegen Übernahme der Kosten für Reinigung, Licht und Heizung zur Verfügung zu stellen“.

Friedrich Alpers unterschrieb die Dokumente am 30.10.1937, dem vorletzten Tag seiner Amtszeit als Finanzminister. Er entschwand in die Dienste Hermann Görings und erfuhr deshalb im Zweifel nicht mehr, welches Verwaltungsgewürge um den Julems-Kontrakt kurz nach der Gegenzeichnung Lehmanns einsetzte und sich zwei Jahre lang hinziehen sollte. Verursacht hatte den ganzen Schlamassel ein Behördenjurist. Der kurzfristige Sonderauftrag, die beiden Vereinbarungen noch rechtzeitig vor dem Abgang Alpers' zu entwerfen, hatte den Mann wohl derart ins Rotieren gebracht, dass ein entscheidender Punkt bezüglich des Juleums komplett durchgerutscht und weder bedacht noch ministeriumsintern kommuniziert worden war: Die Reichshaushaltsordnung (RHO), die im Wesentlichen für die gleichgeschalteten Länder analog galt, erlaubte die Veräußerung von Landeseigentum nur gegen einen dem vollen

Wert entsprechenden Preis, während der Landkreis Helmstedt ja gar keinen Preis zahlen sollte. Der Reichsfinanzminister konnte eine solche Ausnahme zwar zulassen, aber nur bei Werten unter 5.000 RM. Das passte hier ersichtlich nicht. Zudem stand die Möglichkeit, „weitergehende Abweichungen ... durch den Haushaltsplan zu genehmigen“, lediglich dem Reich, nicht jedoch auch den Ländern zu Gebote.

Der so schön eingefädelte Vertrag über das Juleum drohte mithin zu platzen. Er verstieß gegen Reichsrecht, und niemand hatte es gemerkt. Was nun? Die Beamten um den Haushaltsreferenten Ludwig Hoffmeister⁵ suchten einen Ausweg. Sie fanden ihn in einer fast noch druckfrischen Verordnung vom Juni 1937. Dort war u. a. derjenige Paragraph der RHO gekippt worden, der die Veräußerung von (kultur-)geschichtlich bedeutenden Grundstücken (wie z. B. dem des Juleums) immer an vorherige Zustimmungsbeschlüsse des Reichsrats und des Reichstags knüpfte. Weil die Nazis die Länderkammer bereits drei Jahre früher aufgelöst und das Parlament kaltgestellt hatten, sollte jetzt (ohne Änderung des Gesetzes selbst) die „vorherige Zustimmung“ lediglich des Reichsfinanzministers reichen. Immobile, durch den strikten RHO-Beschlussvorbehalt besonders geschützte Kulturgüter ließen sich dank der Verordnung plötzlich leichter unter Wert losschlagen als „normales“ Staatsvermögen, für das wie eh und je die 5.000 RM-Grenze eingezogen war – ein kurioses, im Staatsministerium freilich willkommenes Ergebnis. Wenn Berlin mitmachte, würde das Geschäft also doch klappen! Dass man an den Reichsfinanzminister inzwischen erst nach Vertragsabschluss (statt vorher) würde herantreten können, bräuchte kein unüberwindbares Hindernis zu sein; denn zum Glück bedurfte die grundstücksbezogene Vereinbarung zu ihrer Wirksamkeit ja ohnehin noch der notariellen oder gerichtlichen Beurkundung. Ärgerlich und peinlich nur, dass das alles viel zu spät herausgekommen und dass die politische Führung deshalb nicht schon bis zur Vertragsunterzeichnung informiert worden war!

Oberregierungsrat Hoffmeister übernahm es, dem Chef die Dinge per Vermerk vom 22.12.1937 zu beichten. Das

sicher befürchtete Donnerwetter blieb (jedenfalls in schriftlicher Form) aus. Aber auch auf die Anweisung, den Reichsfinanzminister um dessen „Segen“ zu bitten, wartete Hoffmeister vergebens. Klagges zögerte. Mag sein, dass ihm einstweilen handfeste Argumente fehlten, mit denen man den Zustimmungsantrag wasserdicht begründen konnte. Wie hoch denn eigentlich der „reine Bauwert“ des Juleums



Abb. 6: Alpers, Klagges, Lehmann (v. l. n. r.), davor in Uniform Drechsler, 1938; Quelle: Stadtarchiv Helmstedt.

sei, kritzelte der Ministerpräsident deshalb auf den Vermerk seines Haushaltsreferenten. Eine gute Frage – so gut, dass das Ministerium Wochen über der Antwort brütete. Eine „absolut einwandfreie Schätzung“ sei nicht möglich, schrieb die Hochbauabteilung am 02.03.1938 zurück. Die erstmalige Instandsetzung des maroden Gebäudes kostete ungefähr 75.000 RM. Eingedenk des hohen Sanierungsaufwands betrage der Verkaufswert momentan ca. „30 % des Landesbrandkassenwertes = rd. 75.000 RM“ inklusive des Grundstückswerts von 3.600 RM, meinten die Baufachleute. (Abb. 7)

Angesichts dessen dürften Klagges leichte Zweifel beschlichen haben, ob der Reichsfinanzminister zur Zustimmung zu bewegen sein würde. Jedenfalls tüftelte der Ministerpräsident an Alternativen zum Vertrag vom 30.10.1937. Warum seine Idee, dem Landkreis einfach den Wert des Juleums-Grundstückes als Kaufpreis



Abb. 7: Das Juleum, davor die vom Gymnasium genutzten Collegienflügel, 1942; Quelle: Privat.

aufzudrücken, im Sande verlief, ist nicht aktenkundig und trotzdem ziemlich eindeutig: Für Lehmann war hier eine Schmerzgrenze erreicht und überschritten. Aber ein Erbpachtverhältnis mit dem Kreis – könnte das nicht die Alternative sein? Mitte März 1938 verfügte Klagges, dass die Frage geklärt werde. Ein Anruf von Hoffmeisters Leuten in Helmstedt, um die Position der Kreisverwaltung zu erkunden, führte zu nichts. Von dort verlautete nur, der Kreisdirektor sei erkrankt, müsse die Entscheidung jedoch persönlich treffen. Dann ruhte still der See, bis Lehmann sich Monate später, im August 1938, endlich äußerte: Ja, Erbpacht des Juleums gehe durchaus, wenn der Staat „dem Kreise ... ein(en) Betrag von mindestens 25.000 RM“ zahle. 5.000 RM mehr als abgemacht! Fingen die Helmstedter an zu handeln? Hoffmeister ließ nachfassen und bekam Entwarnung gemeldet: Bei der Zahl sei ein Büroversehen passiert. An der vereinbarten Abfindungssumme von 20.000 RM wolle die Kreisverwaltung nicht rütteln.

In dem Zusammenhang trat eher beiläufig zutage, dass selbst diese Summe in Braunschweig nicht ohne weiteres zur Verfügung stand. Die Regierungsbeamten hatten darauf verzichtet, das Geld extra im Landeshaushalt einzuplanen, weil sie der Meinung gewesen waren, dass man sich beim sog. „Grundstock“ bedienen könne. Ein glatter Irrtum: Dem Sondervermögen aus den Erlösen staatlicher Immobiliengeschäfte durfte die Abfindung, wenn überhaupt, nur mit vorheriger Zustimmung des Reichsfinanzministers entnommen werden. Und zum Jahresende 1938 klagte die Stadt Helmstedt, dass niemand den Winterdienst rund um das Juleum versehe, dass dessen Turmuhr „seit Monaten nicht mehr im Betriebe“ sei und dass „Jungens“ dauernd den Juleums-Vorplatz unsicher machten, weil den straßenseitigen Türen „jede Verschlussmöglichkeit“ fehle; denn an Haushaltsmittel zumindest für die nötigste Gebäudeunterhaltung während der Schwebezeit hatte ebenfalls kein Mensch gedacht. Überplanmäßig wurde das schleunigst ausgebügelt.

Als die Hochbauabteilung dem Ministerpräsidenten Anfang Januar 1939 schilderte, dass der Verfall des Juleums immer schneller voranschreite, drückte das Landesfinanzministerium aufs Tempo. Die sprichwörtliche Kuh musste nun wirklich

vom Eis. Die Erbpachtlösung wurde nicht weiter verfolgt, ohne dass die Gründe dafür in den Akten dokumentiert sind. Vielmehr bat Klagges den Reichsminister der Finanzen mit Schreiben vom 29.01.1939 zu guter Letzt doch um Zustimmung zur entschädigungslosen Übertragung des Juleums auf den Landkreis bei gleichzeitiger Leistung der 20.000 RM-Abfindung aus dem Grundstock. Das Geschäft sei wegen der aktuellen, nicht länger aufschiebenden Sanierungserfordernisse und wegen der erheblichen laufenden Unterhaltungskosten aus Landessicht „sehr günstig“. Dass die Vereinbarung privatschriftlich schon seit Oktober 1937 unter Dach und Fach war, behielt Klagges vorsorglich lieber für sich.

Einzelheiten des Berliner Verwaltungsverfahrens sind nicht bekannt. Aber es dauerte. Trotz wiederholter Nachfrage, zum Teil auf Klagges' Anweisung, brauchten die Bürokraten in der Reichshauptstadt noch fast ein Jahr, bis sie jede Windung des Falles gründlichst geprüft, ihre chronischen Bedenken überwunden und sich zu einer abschließenden Bewertung durchgerungen hatten. Unter dem 06.12.1939 gab der Reichsfinanzminister dem Ministerpräsidenten dann im Wesentlichen grünes Licht. Die 20.000 RM müsse das Land allerdings aus allgemeinen Haushaltsmitteln aufbringen (was auch sofort außerplanmäßig geschah). Am 13.01.1940 fanden die Beurkundung des Vertrages und die Auflassung vor dem Helmstedter Amtsgericht statt, und am 10.03.1940 konnte Klagges berichtet werden, dass die schwere Geburt erfolgreich beendet sei. Das Juleum war Kreiseigentum. Seither hat der Landkreis vielfach bewiesen, dass er seine Eigentümerposition eben nicht als teure Last versteht, sondern als (heimat-)geschichtliche Verpflichtung, als Zukunftsauftrag und als Herzensanliegen zugleich.

Quellen:

Landkreis Helmstedt, Az. 010-61 Nr. 24. / Staatsarchiv Wolfenbüttel, Signatur 12 Neu 13 Nrn. 45598 und 45599. / Stadtarchiv Helmstedt, Signatur D IX 20 Nr. 2. / Reichshaushaltsordnung vom 31.12.1922 (§ 47), Reichsgesetzblatt (RGBl.) Teil II, Jg. 1923, S. 17, mit diversen Änderungen aus späterer Zeit. / Zweite Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Haushaltsführung, Rechnungslegung und Rechnungsprüfung der Länder pp. vom 30.06.1937 (§§ 3, 18, 24), RGBl. II S. 195. / Gericke, Joachim-Hans: Zur Geschichte des Gymnasiums zwischen 1914 und 1945, in: Schünemann, Herbert (Hg.): Julianum – Festschrift zum 150-jährigen Bestehen 1817-1967. – Helmstedt, 1967. S. 70 ff. / Müller, Hans-Ehrhard: Helmstedt, die Geschichte einer deutschen Stadt. 2. Auflage. – Helmstedt, 2004. / Volkmann, Rolf: Das Gymnasium Helmstedt, seine historischen Schulgebäude und sein Umzug zur Wilhelmstraße 1938, in: 175 Jahre Julianum Helmstedt 1817-1992. – Braunschweig, 1993. S. 43 f.

Anmerkungen:

- 1 Bis 31.12.1938: Kreismatrosenverband.
- 2 Drechsler (1900-1980), Parteigenosse seit 1926, Helmstedter Bürgermeister von Dezember 1934 bis April 1945.
- 3 Klagges (1891-1971), Parteigenosse seit 1925, ab September 1931 Braunschweigischer Innen- und Volksbildungsminister, ab Mai 1933 (auch) Ministerpräsident. Nach dem Krieg zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1957 vorzeitig aus der Haft entlassen.
- 4 Lehmann (1900-1992), Parteigenosse seit 1930, 1931 Helmstedter NS-Kreisleiter (bis 1939) und 1934 Kreisdirektor (später Landrat, bis 1941). 1951 Zuchthausstrafe (neun Jahre, zu zwei Dritteln verbüßt).
- 5 Hoffmeister (1906-1993), Parteigenosse seit 1931, 1933 Eintritt in den Staatsdienst und ab 1939 Vertrauensmann des SS-Sicherheitsdienstes, Abschnitt Braunschweig. 1942 kommissarischer Oberbürgermeister von Hannover (bis 1944). 1948 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.



Die Anfänge der Bibelgesellschaft in Braunschweig

Text von Otto Pfingsten, Fotos von Uwe Krebs

Das Ende der französischen Besatzung

Viele Zeitgenossen erlebten das Ende der Napoleonischen Herrschaft als eine tiefe Krise. Zunächst hatte es ja durchaus Bewunderung gegeben für die Ideen, die aus Frankreich über den Rhein in unser Land gekommen waren. Und nicht nur der Dichterst Goethe hatte in Weimar den großen Korse bewundert und ihm Respekt bezeugt. Auch in Braunschweig standen im Mai 1808 viele Einwohner an den Straßen, um dem jungen König Jerome Napoleon und seiner Frau Katharina – sie war eine Enkelin Herzog Karl Wilhelm Ferdinands – bei ihrem Einzug in die Stadt begeistert zuzujubeln: mit Triumphbögen (errichtet von Peter Josef Krahe), Ehrenpforten und Girlanden hatte man Braunschweig festlich geschmückt. Viele veraltete Zöpfe waren von den Franzosen beseitigt, etliche verkrusteten Strukturen aufgebrochen, Aufklärung und Humanismus – so glaubten zumindest viele – würden nun ihren Siegeszug antreten können.

Innerhalb weniger Jahre hatte Napoleon die Landkarten Europas dramatisch verändert, innerhalb weniger Monate war dann aber auch alles wie ein Kartenhaus zusammengebrochen. Nach der blutigen „Völkerschlacht“ bei Leipzig im Oktober 1813 mussten sich die französischen Truppen aus Deutschland zurückziehen, siegreich marschierten wenige Wochen später die Alliierten in Paris ein. Die meisten Deutschen empfanden das Jahr 1813 wahrscheinlich als eine Befreiung; zugleich blickte man aber auch mit Bangen der Zukunft entgegen. Viele empfanden – ähnlich vielleicht wie die Menschen des Jahres 1945 – die eigene Zeit durchaus als eine Art „Stunde Null“.

In einem „Wort an meine Mitbürger“ vom 16. September 1814 hat Johannes Geibel (der Vater des Dichters Emanuel Geibel; er war Pfarrer an der reformierten Kirche in Lübeck) seine persönlichen Empfindungen so formuliert: „Am Eingang einer neuen Zeit ist ein neuer Geist uns not. Die furcht-

baren Ketten der frechsten Tyrannei sind zerrissen, der ersehnte Friede ist errungen, aber viel Großes, Schönes und Nützliches, was die Väter gebauet, liegt in Trümmern vor uns; die Güter sind geraubt, die Behelfe der vorigen Welt haben aufgehört, und, was das Schlimmste ist, selbstsüchtig und gnußdürstend woget die Menge dahin, und der Geist, der Glaube, der maßgebend und zielsetzend über den bewegten Fluten schwebte, ist erloschen. Neu muß alles werden durch einen neuen Geist!“ Diese Suche nach einem „neuen Geist“ bestimmte weitgehend auch das Lebensgefühl kirchlicher Kreise in Braunschweig. Vielleicht ein wenig zu pathetisch schrieb rückblickend Johannes Beste in seiner Braunschweiger Kirchengeschichte von 1889: „Von den Totenfeldern der Freiheitskriege wehte ein frischer Lebensodem durch die christliche Kirche ...“

Einen großen Teil dieses frischen Lebensodems haben damals die Deutschen – also durchaus nicht nur

die Braunschweiger – englischen Missionaren zu verdanken. Denn ähnlich wie tausend Jahre zuvor kamen zu Beginn des 19. Jahrhunderts viele offensichtlich charismatisch begabte und tatkräftige Glaubensboten von der Insel zu uns auf das Festland. Und ähnlich segensreich bzw. nachhaltig wie das Wirken eines Bonifatius in unserem Land war nun das, was Sekretäre der Britischen Bibelgesellschaft leisteten. Einer, dem vor allem die Norddeutschen viel zu verdanken haben, war der Schotte Dr. Robert Pinkerton.

Der englische Missionar

Pinkerton und die Gründung der ersten Bibelgesellschaften in Norddeutschland

Bereits im März 1804 war in London eine Bibelgesellschaft gegründet worden: die „British and Foreign Bible Society“ (BFBS). Diese Gesellschaft war entstanden aus der englischen Erweckungsbewegung, die wiederum ganz entscheidende Impulse John Wesley bzw. dem Methodismus verdankt. Auch der um 1780 in Schottland geborene Robert Pinkerton – sein Geburtsort ist ebenso unbekannt wie sein Geburtsdatum – entstammte einer frommen Methodistenfamilie. Als junger Mann besuchte er ein Predigerseminar in Edinburgh; nach Ende seiner Ausbildung ging er als junger Missionar in den Kaukasus bzw. nach Aserbaidschan. Dort lernte er neben der türkischen auch die russische Sprache. So ist es nicht verwunderlich, dass die Britische Bibelgesellschaft bereits nach wenigen Jahren eine neue Aufgabe für ihn bereithält. Nach dem Rückzug der geschlagenen französischen Armee aus Moskau hatte Zar Alexander I. die Gründung einer russischen Bibelgesellschaft nach englischem Vorbild angeordnet. Am 28. September 1813 treffen sich Abgesandte aller in Russland vertretenen Kirchen zu einer ökumenischen Versammlung in St. Petersburg. Pinkerton ist hier der führende Kopf bei der Gründung dieser Bibelgesellschaft: Die beteiligten Metropolen und Erzbischöfe nehmen einstimmig die Satzung an, die er ihnen vorgeschlagen hatte.

Wenige Monate später, im März 1814, ist Pinkerton wieder in London, um an den Feierlichkeiten zum 10-jährigen Jubiläum der BFBS teilzunehmen. Während dieser Monate wird nun endgültig die so genannte Kontinentalsperre aufgehoben, im Mai des Jahres 1814 muss nach den Pariser Friedensverträgen Napoleon sich nach Elba zurückziehen.

Nun begibt sich Pinkerton, auf seiner Rückreise nach Petersburg, auf eine große Missionsreise: Zunächst besucht er Holland und gründet dort in Rotterdam und Amsterdam Bibelgesellschaften. Am 12. Juli 1814 kommt er dann in Wuppertal bzw. Elberfeld an und bereits am nächsten Tag wird dort

unter seiner Leitung die „Bergische Bibelgesellschaft“ ins Leben gerufen. Im Vorstand sind u. a. die Bürgermeister von Eberfeld und Barmen, Vorsitzender wird der höchste Beamte des Großherzogtums Berg, der Generalgouverneur Justus Gruner. Wichtigster Punkt ist hier, wie überhaupt bei allen später gegründeten Bibelgesellschaften: die verbreiteten Bibeln und neuen Testamente sollten von allen christlichen Konfessionen akzeptiert werden können und dürfen deshalb „keine Anmerkungen und Auslegungen“ enthalten. 300 Pfund Sterling kann Pinkerton dieser Gesellschaft als Startkapital überreichen. Wenige Tage später, am 20. Juli, trifft Pinkerton in Hannover ein. Hier hält er noch am selben Tag vor dem Konsistorium und den Predigern der Stadt eine viel beachtete Rede. Bereits am 25. Juli treffen sich 40 „achtungswerte und in Rücksicht auf höhere menschliche Angelegenheiten gleich denkende und gleich gesinnte

Männer aus allen Ständen und Konfessionen.“ Noch am selben Abend wird die Gründung einer Hannoverschen Bibelgesellschaft beschlossen; Präsident wird der Staatsminister und Konsistorialpräsident Freiherr von Arnswald. Pinkerton überreicht ihm im Auftrage der Londoner Muttergesellschaft die relativ große Summe von 500 Pfund Sterling.

Auch bei den Hannoveranern wird Wert auf Ökumene gelegt: In der Liste der Direktoren wird auch ein katholischer Prediger, Herr Merz, erwähnt. Später, nachdem 100 Bibeln in der katholischen Übersetzung des Leander von Ess geliefert sind, tritt sogar der Hildesheimer Bischof der Gesellschaft bei. Leider ist dies zarte Pflänzchen gelebter Ökumene bald wieder abgestorben. Aus Rom kam Gegenwind: Papst Pius VII. spricht sich in

einer Breve bereits 1816 gegen diese Zusammenarbeit aus, 1824 wird in einer Enzyklika Leos XII. dieses Verdikt noch einmal bekräftigt.

Von Hannover aus fährt Pinkerton – leider an Braunschweig vorbei – direkt nach Berlin. Am 2. August hält er im „Englischen Haus“ in der Mohrenstraße einen Vortrag. Wieder fällt seine Predigt auf fruchtbares Ackerland. Und wieder finden sich führende Persönlichkeiten der Stadt (Minister, Professoren, Geistliche), die die „Preussische Haupt-Bibelgesellschaft“ (PHBG) gründen. Erster Vorsitzender wird Generalleutnant von Dierike („Ich bin ein alter Soldat, aber ich bin gern bereit, mit meiner geringen Kraft die wohltätigen Zwecke der Gesellschaft zu fördern bis zum Ende meiner Tage.“)

Auch hier werden wie in den anderen Orten die Zwecke der Gesellschaft in einer Satzung festgehalten: „Der Gegenstand dieser Gesellschaft ist die Ausbreitung der Heiligen Schrift in und außerhalb des Landes, nach der Übersetzung, die



eine jede Konfession angenommen hat, ohne Note oder Anmerkung“. Auf seinem Weg nach Russland gründet Pinkerton noch drei weitere Bibelgesellschaften in Finsterwalde, Dresden und Breslau. Erst Ende des Jahres 1814 erreicht er – von Warschau aus kommend (dort gründete er 2 Jahre später auch eine Bibelgesellschaft) – wieder seinen Bestimmungsort St. Petersburg.

Die Bibelgesellschaften von Hamburg und Lübeck

Ende des Jahres 1814 kommt es noch zu 2 weiteren Gründungen von Bibelgesellschaften im Norddeutschen Raum. Am 19. Oktober wird an der Elbe die „Hamburgisch-Altonaische Bibelgesellschaft“ aus der Taufe gehoben. Hier werden u. a. neben den katholischen Priestern Kisters und Wersen, auch der Dichter Matthias Claudius als Gründungsmitglied erwähnt. Im Auftrag der Britischen Bibelgesellschaft kann an diesem Tag der schottische Prediger Dr. John Paterson dem jungen Verein 300 Pfund Sterling als Anschubfinanzierung überreichen. Am 4. Oktober trifft sich in Lübeck zum ersten Mal ein Ausschuss, der in der alten Hansestadt eine Bibelgesellschaft gründet. Wieder ist es John Paterson, der die Satzung vorschlägt und 100 Pfund Sterling von London aus überweisen lässt.

Die Bibelgesellschaft in Braunschweig

Die Braunschweiger lassen sich hier – wie auf vielen Gebieten – mehr Zeit. Nun hatten sie vielleicht auch mehr als andere in diesen Umbruchzeiten zu verarbeiten. Nach der verlorenen Schlacht bei Auerstedt im Oktober 1806 war nicht nur ihr Herzog Karl Wilhelm Ferdinand gefallen, es war damals auch das gesamte Herzogtum aufgelöst. Erst im Dezember 1813 konnte sein Sohn Friedrich-Wilhelm (der „Schwarze Herzog“) wieder als rechtmäßiger Fürst sein Herzogtum betreten. Neue Strukturen müssen aufgebaut werden.

Mehr noch als dies aber fällt zweifellos ins Gewicht, dass es in Braunschweiger Landen im Grunde nie eine nennenswerte Erweckungsbewegung gegeben hat; im Vergleich mit anderen deutschen Gegenden war die Zahl der Pietisten, der „Stillen im Land“, stets äußerst gering. Im Juni 1815 konnte man dann aber doch im „Braunschweiger Magazin“ folgenden Aufruf lesen: „Jeder Freund des hier zu stiftenden Bibel-Vereins ... wird hierdurch gehorsam ersucht, sich nächsten Sonntag, den 18. Junius, Vormittags 10 Uhr, nach geendetem Gottesdienste, im großen Saale des medizinischen Gartens zur Wahl der Direction gefälligst einfinden zu wollen ...“ Ob diese Versammlung aber überhaupt stattgefunden hat, ist mehr als fraglich. Wenn überhaupt, dann sind wohl nur wenige

Personen erschienen. Protokolle oder andere Aufzeichnungen existieren jedenfalls nicht. Wahrscheinlicher ist, dass dieses Treffen schon vorher abgesagt wurde. Denn die Braunschweiger haben in diesen Juni-Tagen des Jahres 1815 andere Sorgen. Mit bangen und auch traurigen Herzen blicken sie auf das, was im nahe gelegenen Belgien geschieht.

Im März 1815 hatte Napoleon seine Verbannunginsel Elba verlassen und bedrohte damit wieder den Frieden in Europa. Auch in Braunschweig hatte man mobil gemacht; mit 7000 Soldaten war Herzog Friedrich Wilhelm nach Westen ins Feld gezogen. Anfang Juni überschritt nun Napoleon mit seiner Nord-Armee die Grenze zu Belgien. Am Donnerstag, den 15. Juni, erhalten die Braunschweiger den Befehl, ihre Quartiere bei Brüssel zu verlassen und dem Feind entgegen zu ziehen. Am Freitag, den 16. Juni kommt es zu einem Gefecht bei

Quatre-Bras; tödlich verwundet wird unser Herzog vom Schlachtfeld getragen. Zwei Tage später, am Sonntag, den 18. Juni treffen beim nahe gelegenen Waterloo die Hauptheere der Verbündeten Engländer und Preußen auf Napoleons Armee. Napoleons Niederlage macht endgültig den Weg frei für eine Neuordnung Europas.

So wird das Gründungsdatum der Braunschweiger Bibelgesellschaft – anders als bisher angenommen – nicht der 18. Juni 1815 gewesen sein. Die entscheidende Grundlage für unsere Bibelgesellschaft wurde wohl erst ein paar Wochen später gelegt. Am 1. August treffen sich in der Villa des Lackfabrikanten Christian Heinrich Stobwasser in der Echternstraße mehrere geachtete Bürger der Stadt. Als Gast kann man einen Vertreter der englischen Bibelgesellschaft

(BFBS) begrüßen. Aus London ist Pastor Karl Steinkopf gekommen. Ihm gelingt es, in Absprache mit der englischen Muttergesellschaft nun auch in Braunschweig eine Bibelgesellschaft ins Leben zu rufen.

Ähnlich wie sein Freund Pinkerton ist auch Steinkopf nicht mit leeren Händen nach Deutschland gereist. Er kann den Braunschweigern immerhin 200 Pfund Sterling überreichen, die, so erfahren wir, einem Wert von 1.148 Talern entsprechen.

Pastor Karl Friedrich Adolf Steinkopf

Karl F. A. Steinkopf hatte in Ludwigsburg/Württemberg am 7. September 1773 das Licht dieser Welt erblickt. Geprägt von schwäbischem Pietismus hatte er in Tübingen 1790-1795 Theologie studiert, anschließend war er – so wie es damals weithin üblich war – in seiner Heimat als Hauslehrer tätig.

1801 erhält er seine erste Pfarrstelle: Er wird zum Pastor der deutschen Gemeinde in London gewählt.



Im März 1804 gehört er mit zu den führenden Köpfen bei der Gründung der Britischen Bibelgesellschaft (BFBS) und stellt sich ihr – ehrenamtlich – als Sekretär zur Verfügung. In dieser Eigenschaft ist Steinkopf im Sommer 1815 auf seine Deutschlandreise gegangen.

In einem Brief Pinkertons an seinen Freund Steinkopf, abgeschickt in Petersburg am 14. Juni 1815 heißt es u. a.: „Da ich aus den erhaltenen Nachrichten schließen kann, daß Sie, theuerster Freund, bereits Ihre Reise nach dem Continent angetreten haben, so hoffe ich, daß dieser Brief Sie in Berlin treffen wird. Wie gern würde ich in diesem Jahr ein Mitgehülfe Ihrer Arbeit gewesen seyn, aber der gegenwärtige Druck des persischen Neuen Testaments nötigt mich, noch länger in St. Petersburg zu verweilen ...“

Nicht nur Steinkopfs Besuch in Braunschweig, sondern auch der anschließende Aufenthalt in Berlin war offensichtlich erfolgreich: der preußische König Friedrich Wilhelm III. lässt ihm den roten Adlerorden 3. Klasse überreichen.

Die führenden Männer der Braunschweiger Bibelgesellschaft

Treibende Kraft bei der Braunschweiger Bibelgesellschaft ist zweifellos der Fabrikant Christian Heinrich Stobwasser. Er stellt nicht nur seine Villa für Treffen der Gesellschaft zur Verfügung, sondern übernimmt auch das wichtige Amt eines Schatzmeisters. In dieser Eigenschaft kann er nicht nur die erwähnte Summe von 200 englischen Pfund Sterling einnehmen, weitere 100 Taler bekommt er von Herzog August (1770-1820) überreicht. Dieser ältere, aber kranke Bruder des

Schwarzen Herzogs hatte Stobwasser als Schutzherrn („Protector“) für den jungen Verein gewinnen können.

Der damals wohl einflussreichste Politiker Braunschweigs, Geheimrat Justus v. Schmidt-Phiseldeck (1769-1851), lässt sich zum Präsidenten der Bibelgesellschaft wählen. Der Jurist hatte sich kirchlich bereits in den Jahren 1799-1806 als Konsistorialrat betätigt. Nach der Franzosenzeit hatte ihn 1814 der zurückgekehrte Herzog Friedrich Wilhelm als Geheimrat in das neu gegründete Geheimratskollegium berufen.

Auf dem Wiener Kongress hatte er es als Vertreter Braunschweigs erreicht, dass das kleine Herzogtum Bestand hatte und nicht den beiden mächtigen Nachbarn Preußen und Hannover geopfert wurde. Nach dem Tod des Schwarzen Herzogs 1815 wurde Prinz Georg, der spätere König Georg IV. von Großbritannien, in Vertretung der beiden noch unmündigen Söhne, Regent von Braunschweig. Er überließ aber die deutschen Angelegenheiten weitgehend dem Grafen von Münster, dem Leiter der deutschen Kanzlei in London. Der wiederum verließ sich in Bezug auf Braunschweig fast ausschließlich auf v. Schmidt-Phiseldeck. Das Jahr 1823 beendete diese Machtstellung: Der älteste Sohn des Schwarzen Herzogs trat 19-jährig als Herzog Karl II. in die Fußstapfen seines Vaters. Bald kam es zu tiefen Zerwürfnissen zwischen ihm und dem Geheimrat. Verbittert von vielen Querelen verließ v. Schmidt-Phiseldeck Braunschweig und zog nach Hannover.

Die Generalversammlung im Juni 1817

Zwei Jahre nach der Gründung findet vermutlich wieder in der Villa

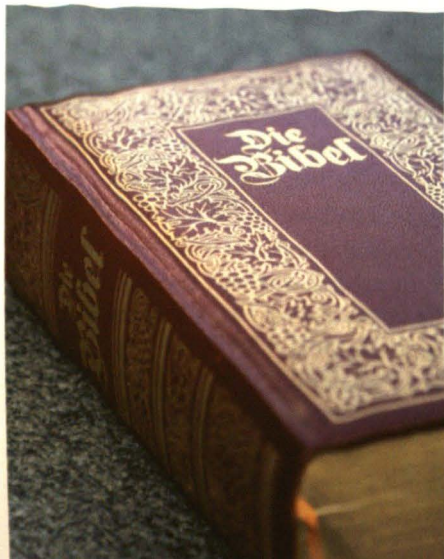
Stobwassers in der Echternstraße am 18. Juni 1817 die 1. Generalversammlung der Bibelgesellschaft statt. Wir erfahren, dass das eingenommene Geld gut verwendet worden ist: 540 Bibeln hat die Gesellschaft bereits verteilt, 382 davon ganz kostenlos. Auch die zunächst noch zögerliche Pfarrerschaft konnte – zumindest teilweise – mit ins Boot geholt werden.

Drei „Hülfsvereine“ waren entstanden: In Greene hatte dafür Superintendent Dr. theol. Dr. phil. Ludwig Hörstel gesorgt, in Lunsen ging die Gründung zurück auf Pastor Joh. Daniel Heinrich Gudwill und in Gandersheim hatte Superintendent Carl Zerbst die entsprechende Initiative ergriffen. Man hätte davon ausgehen können, dass die junge Braunschweiger Bibelgesellschaft nun wachsen und gedeihen kann. Aber es sollte anders kommen – wahrscheinlich war die Bibelgesellschaft zu sehr auf Stobwasser fixiert.

Die Lackfabrikanten Johann Heinrich und Christian Heinrich Stobwasser

Als Sohn eines Kleinwarenhändlers wurde Johann Heinrich Stobwasser im November des Jahres 1740 in Lobenstein/Thüringen geboren. Als junger Mann hatte er schon in seinem Heimatort versucht, glänzende und haltbare Lacke zu produzieren.

Als 22-jähriger folgte er einem Aufruf des Braunschweiger Herzogs Karl I., der Künstlern und Handwerkern Vergünstigungen in seinem Land versprochen hatte. In Braunschweig hatte Stobwasser Erfolg – innerhalb kürzester Zeit entwickelte sich seine Lackfabrik zu einer großen und weit über das Land hinaus bekannten Manufaktur; eine zweite Fabrik wurde in Berlin errichtet, die zunächst von seiner



Schwester geleitet wurde. Stobwasser hatte aus seiner Thüringischen Heimat aber nicht nur das Wissen um Firnisse und Lacke mitgebracht. Mitgebracht hatte er auch seine Bibel und einen fest verwurzelten frommen Glauben. Geprägt von der Erweckungsbewegung bzw. der Herrnhuter Brüdergemeinde ließ er in seiner Villa in der Echternstraße einen Betsaal errichten, in dem er sich mit Gleichgesinnten zu Bibelstunden traf. Auch ein Prediger aus Herrnhut wurde von ihm damals eingestellt bzw. finanziert.

Stobwasser hatte 8 Kinder, 5 davon starben allerdings bereits im jugendlichen Alter. Alle seine Kinder wurden von pietistisch geprägten Lehrern der Brüdergemeinde erzogen. Seine Tochter Henriette (geb. 1778) heiratete später nach Oberschlesien und wurde dort in Gnadenfeld Leiterin von Schulen der Brüdergemeinde. Seine beiden Söhne (Christian Heinrich, geb. 1780 und Johann Heinrich Ludwig, geb. 1785) studierten Theologie. Johann Heinrich Ludwig ging als Missionar nach Westindien, später war er als Prediger in Berlin tätig.

Der ältere, Christian Heinrich, hat sein Studium in Berlin nicht abgeschlossen; er wurde in der Fabrik seines Vaters dringend benötigt; die Fabrik wurde ihm 1810 auch überschrieben. Im Sinne seines Vaters baute er sie mit viel Fleiß und Können weiter aus. Ebenfalls im Sinne seines Vaters betätigte er sich auch als gläubiger Christ.

Braunschweig – und besonders auch die Braunschweiger Pfarrerschaft – waren in jenen Jahren weitgehend von Aufklärung bzw. Rationalismus geprägt. Mehr noch: ein Edikt Herzog Anton Ulrichs aus dem Jahre 1692 verbot den Pietisten im Braunschweiger Lande jede Betätigung; zumindest für

die Geistlichen blieb dieses Verbot bis 1832 in Kraft. Männer wie Stobwasser, die von der Herrnhüter Brüdergemeinde geprägt waren, fanden deshalb in Braunschweig geistlich nur schwer eine Heimat. Das mag mit einer der Gründe gewesen sein, die Christian Heinrich Stobwasser 1818 bewogen hat, seine Heimatstadt zu verlassen und nach Berlin zu ziehen.

Die dortige Lackmanufaktur wird unter seiner Leitung nun ebenfalls eine große und erfolgreiche Fabrik. In Berlin gehört Stobwasser bald zum Freundeskreis um Friedrich Schleiermacher. Und als Kirchenvorsteher der Brüdergemeinde unterstützt er aktiv den damals noch jungen Pfarrer Johannes Grossner und dessen Missionspläne. Die auch heute noch bestehende „Grossner-Mission“ hat dem Braunschweiger Unternehmer viel zu verdanken.

Überblick über die weitere Entwicklung der Braunschweiger Bibelgesellschaft

Die 1. Generalversammlung der Bibelgesellschaft im Juni 1817 sollte auch für lange Zeit die letzte sein. Zwar bemerkt Johannes Beste in seiner Braunschweiger Kirchengeschichte im Blick auf die gegründeten Hilfsvereine: „Auch sonst finden wir in jener Zeit zahlreiche Spuren, dass es den Männern des Rationalismus mit der sittlichen Hebung und Erneuerung des Volkes heiliger Ernst war.“

Aber das ist gewiss nur die eine Seite der Wahrheit. Zwar hatte man bezeichnenderweise als Zweck der Bibelgesellschaft in Braunschweig mit in die Statuten aufgenommen: „Verbreitung des Buches, welches die Lehre der Sittlichkeit als die Grundlage aller Bürger-tugenden“ predigt. Aber offensichtlich reichte das für den größten Teil der

Braunschweiger Pfarrerschaft nicht aus, um sie zur Mitarbeit zu motivieren. Nach dem Fortzug von Stobwasser gehen in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts von der Bibelgesellschaft offenbar keine größeren Aktivitäten mehr aus.

Im Mai 1835 schreibt Wilhelm Pagen-darm, Pastor an der St. Michaelis-Kirche, deshalb voll heiligen Zorns an das Herzogliche Staatsministerium: „... ohne nun jemanden persönlich compromittieren zu wollen, können wir uns doch nicht zurückhalten es auszusprechen, daß mit Ausnahme des Herrn Geheimen-Finanz-Rathes Langefeldt ... von Seiten derer, die sich zu der Geschäftsführung der Bibelgesellschaft speciell verpflichtet hatten, an dem heiligen Zwecke nicht nur gefehlet, sondern auch arg gesündigt sei und daß eine nicht zu entschuldigende Lauigkeit und Gleichgültigkeit als die alleinige Ursache des Zusammenfallens dieses so heilsamen Institutes angesehen werden müssen ...“ – Aber auch Pagenarms Versuch, der Bibelgesellschaft neues Leben einzuhauchen, gelingt nur teilweise und ist ohne größere Nachhaltigkeit.

Für die folgenden Jahrzehnte trifft weitgehend die Beschreibung zu, die der damalige Geschäftsführer der Bibelgesellschaft, Propst Richard Diestelmann, im Jahre 1952 so formulierte: „Unsere Bibelgesellschaft ist eine Dienststelle unserer Landeskirche, die ... nur dazu ins Leben gerufen ist, Bibeln zu möglichst niedrigen Preisen den Pfarrämtern zu vermitteln.“

Das ändert sich erst, als der engagierte und charismatisch begabte Pastor Herbert Meyer im Jahre 1985 die Geschäftsführung der Bibelgesellschaft übernimmt. Die Bibelgesellschaft erwacht aus ihrem Dornröschenschlaf.



Erinnerung an Wilhelm Raabe

Die Wilhelm-Raabe-Warte in Blankenburg am Harz

Text von Prof. Dr. h. c. Gerd Biegel

Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte an der TU Braunschweig

Hoch über Blankenburg am Harz befindet sich nicht nur das in vielfältiger Weise bedrohte und gefährdete Welfenschloss, um dessen Erhalt der Verein „Rettung Schloss Blankenburg e.V.“ aufopferungsvoll kämpft. Auch auf dem nahen Eichenberg steht ein Bau, der die alte Verbundenheit mit dem Braunschweiger Land und einem seiner berühmtesten Schriftsteller dokumentiert: Die „Wilhelm-Raabe-Warte“. 22 Meter hoch steht der mächtige Turm auf dem Eichenberg. Er ist sehr gut von der Stadt aus zu sehen und auf seinem höchsten Punkt bietet sich ein faszinierender Rundblick über Blankenburg, den Harz und den Brocken.

Die „Wilhelm-Raabe-Warte“, die längst zu den besonderen Wahrzeichen der Stadt Blankenburg am Harz gehört, ist zugleich im Zusammenhang mit der kulturellen Erinnerung an Wilhelm Raabe eine eigentümliche Besonderheit. Man

kann sogar sagen die Geschichte der „Wilhelm-Raabe-Warte“ besitzt geradezu „raabesche“ Züge.

Es war ursprünglich eine national orientierte Initiative des Harzklub-Zweigvereins Blankenburg, als im November 1894 im Kreis einiger Honoratioren die Idee zu einem Aussichtsturm entstand. Er sollte, wie zahlreiche weitere Beispiele im Deutschen Kaiserreich, als „Kaiserwarte“ eine Referenz an den Monarchen des Deutschen Kaiserreiches darstellen. Die Baukosten betrugen fast 8000 Mark.

Der aus Bruchsteinmauerwerk errichtete gewaltige Turm auf festem Fundament wurde am 2. September 1896, jedoch als Ehrenzeichen für den deutschen Kaiser Wilhelm II. eingeweiht und diente keineswegs der Erinnerung an Wilhelm Raabe. Von der Grundsteinlegung am 22. März 1896 an dauerte es nur knapp 7 Monate und Blankenburg feierte unter großer Beteiligung der Bevölkerung und Repräsentanten des öffentlichen Lebens am 9. September 1896 die Einweihung der Kaiserwarte.

Mit dem Ende des Kaiserreiches 1918 war die Geschichte der „Kaiserwarte“ aber keineswegs beendet, sondern in der Tradition der Blankenburger behielt der Turm seine ursprüngliche Bezeichnung von 1896 bei. Wesentlichen Anteil an der Erinnerung und dieser Tradition hatte nicht zuletzt seit den 1920er Jahren die auf dem benachbarten Blankenburger Schloss residierende (wohnende) einzige Tochter des letzten Kaisers, die Braunschweigische Herzogin Victoria Luise.

1921 wurden aufwendige Instandsetzungsarbeiten am Turm notwendig, gleichzeitig errichtete man eine Holzbaracke für die Bewirtung der Turmgäste und Wanderer.

Nach 1945 jedoch verlor dieser Aussichtsturm zunächst seine historische Bezeichnung und blieb „namenlos“ bis zum Jahr 1950. Nach vielfältigen Diskussionen hinsichtlich einer sinnvollen und aus Blankenburger Sicht denkmalwürdigen Benennung erhielt die ehemalige „Kaiserwarte“ nun die Bezeichnung „Wilhelm-Raabe-Warte“. Die Diskussion über die Neubenennung des Turmes ließ erkennen, dass man den Bezug zu Wilhelm Raabe keineswegs zufällig oder als „Hilfskonstruktion“ wählte, um aktuelle politische Bezüge oder gar „sozialistische Erinnerungskultur“ zu vermeiden. Vielmehr verstand man diesen Turm als Baudenkmal sowohl der Stadt Blankenburg als auch – hinsichtlich des Rundblicks – als Symbol für den Harz schlechthin. Unter diesem Gesichtspunkt deutete man Wilhelm Raabe, stärker als dies tatsächlich der Fall gewesen sein dürfte, als „Harz-Dichter“.

Der Turm war weiterhin ein beliebtes Ausflugsziel im Harz und da die Holzbaracke zwischenzeitlich zerstört war, übernahm die Architekturfirma Karl Hildebrandt aus Blanken-



Die Wilhelm-Raabe-Warte. Foto von Peter Hoppe.

burg den Aufbau eines kleinen Bewirtungsgebäudes, das am 10. Juli 1954 eröffnet wurde. Diesem folgte 1976 die Gaststätte „Wilhelm-Raabe-Warte“, die bis 1992 bestand.

Einige Zeit vor der Wende des Jahres 1989 war der Zugang zum Aussichtsturm wegen Baufälligkeit untersagt, das Interesse der Harz-Wanderer jedoch nicht versiegt. So hatten sich die Stadt Blankenburg und insbesondere der Harzklub der alten Tradition erinnert und mit viel Begeisterung und großem Einsatz der Mitglieder des Harzklub-Zweigvereins Blankenburg konnte die erneute und umfassende Restaurierung des Turmes realisiert werden.

Am 19. Februar 1996 entschloss sich schließlich der Verein zum Kauf des Grundstücks mit Aussichtsturm „Wilhelm-Raabe-Warte“. Handwerkliche Eigenleistungen, Spenden und Zuschüsse waren notwendig, um schließlich am 15. September 1996, also fast genau 100 Jahre nach der Errichtung, den Turm als „Wilhelm-Raabe-Warte“ wieder den Besuchern zugänglich zu machen.

Bei der Eröffnungsveranstaltung am 15. September 1996 hatten verschiedene Redner, darunter der Vorsitzende des Harzklubs Dr. Ermrich, die historischen Bezüge des Turmes hervorgehoben. Darunter auch den Wechsel von „Kaiser-Warte“ zu „Wilhelm-Raabe-Warte“, wobei er als Symbol für Bürgerinitiative, Freiheit, Mündigkeit, aber auch Wehrhaftigkeit historisch und aktuell gewertet wurde und dabei das Werk und das Wirken von Wilhelm Raabe in diesen Kontext gestellt wurde. Damit verbunden war auch ein Bekenntnis zum alten Land Braunschweig, dem sich die Blankenburger trotz innerdeutscher Grenze stets zugehörig fühlten und zugleich ehrte man den Braunschweiger Schriftsteller, der in vielen seiner Werke seine Liebe zum Harz bekannt hatte.

Dank der Aktivitäten des Harzklub-Zweigvereins Blankenburg e.V. konnte die „Wilhelm-Raabe-Warte“ erhalten bleiben.

Blankenburg und sein Denkmal, das an Wilhelm Raabe erinnert, stellen ein reizvolles Ausflugsziel dar.



Veranstaltungskalender 2011

Braunschweigischer Landesverein für Heimatschutz e. V.

Vorträge

Donnerstag, den 10. März 2011, 18.00 Uhr

Jahreshauptversammlung des Braunschweigischen Landesvereins

anschließend Vortrag:

„Geschichte auf den Punkt gebracht. Das Braunschweigische Landesmuseum 2011 bis 2014“

Referentin:

Frau Museumsdirektorin Dr. Heike Pöppelmann

Braunschweigisches Landesmuseum,

Burgplatz 1 in Braunschweig

Info: Telefon 0531/872482

oder vorsitzender@bs-heimat.de

Änderungen und Ergänzungen bleiben vorbehalten!

Braunschweigischer Landes- verein für Heimatschutz e.V.

Vorsitzender: Dieter Heitefuß,
Buchfinkweg 10, 38122 Braunschweig

Internet: www.bs-heimat.de

Mitgliedsbeitrag pro Jahr 25,- €
Schüler und Studenten auf Anfrage

Bankverbindung:

Konto 111 690, BLZ 250 500 00
Nord/LB Braunschweig

Ein Vogel der Auen – Wiesen und Weidegebiete

Der Wiedehopf ist als Brutvogel in Niedersachsen vom Aussterben bedroht

Text und Foto von Rolf Jürgens

Der Wiedehopf ist als gelegentlicher Durchzügler und in geringer Zahl im Landkreis zu beobachten. Als Brutvogel ist er im Braunschweiger Hügelland ausgestorben. Brutnachweise liegen jedoch noch bis 1968 vor.

Im 19. Jahrhundert war er bei uns weit verbreitet, und zwar in allen Naturregionen, außer in Watten, Marschen und im Harz. Ab Mitte der 1960er Jahre wurden keine Brutplätze mehr aus dem westlichen Tiefland bekannt. Lebensraumveränderungen und die Abnahme seines Nahrungsangebotes (Großinsekten, Maulwurfsgriffe) sind gravierende Rückgangsursachen. Heute ist der Wiedehopf sehr selten und eine im Bestand hochgradig bedrohte heimische Vogelart. Der Wiedehopf befindet sich auf der Roten Liste und ist eine streng geschützte Art und ist in Niedersachsen als Brutvogel ausgestorben und verschollen. In Deutschland ist er im Bestand als stark gefährdet eingestuft. Der Wiedehopf ist somit in Deutschland und seinen westlich und südlich angrenzenden Ländern vom Aussterben bedroht. Der Wiedehopf ist bei uns im Braunschweiger Hügelland ein seltener Durchzügler, die Frühjahrszugbeobachtungen fallen meist in den April und die Herbstbeobachtungen in den September. Leicht zu erkennen ist der Wiedehopf an seinem auffichtbaren Federschopf. Das Gefieder ist ober- und unterseits orangebräunlich, die Flügel und der Schwanz breit schwarz-weiß gebändert. Er hat einen leicht gebogenen, spitzen, Schnabel.



Im Landkreis Wolfenbüttel, ein ehemaliger Brutvogel kam in geringer Zahl vor. Um die Jahrhundertwende war er noch regelmäßiger Brutvogel bei uns. Als Durchzügler wird er meist nur einzeln angetroffen, so war im Gebiet des Wasservogelreservates auch nur ein Einzelexemplar und nur kurz zu sehen. Der Wiedehopf kann in geeigneten Biotopen unseres Gebietes hin und wieder als Brutvogel auftreten. Als Brutgebiet bevorzugt er Feldmarkungen und Obstgärten sowie Viehweidegelände mit einzelnen alten, knorrigen Bäumen, Baumgruppen und kleinen Feldgehölzen. Brutet in Baumhöhlen. Nimmt aber auch Gebäudenischen, Steinlöcher und verlassene Erdbauten zum Brüten an.

Der Grund für das Verschwinden des Wiedehopfes war die Umwandlung der Landwirtschaft. Immer mehr Wiesen und Weiden wurden in Ackerland umgewandelt. Die als Brutplatz günstigen Höhlen in den alten Kopfweiden wurden vernichtet. Der Rückgang des Wiedehopfes setzte sich weiter fort. Im Großraum Braunschweig verschwand er gänzlich als Brutvogel. Die Bemühungen des NABU sind diese ehemaligen Lebensräume des Wiedehopfes wie Wiesen- und Weidegebiete und alten hohlen Bäumen die in Resten noch vorhanden sind zu erhalten und neue Biotope zu schaffen.

Am 5. November 2004 morgens mit dem PKW von Schöppenstedt nach Wolfenbüttel unterwegs, kam mir plötzlich auf der rechten Seite des Autos in Höhe des Straßenrandes ein Wiedehopf entgegen. Bei guter Sicht konnte ich ihn in etwa 3 Meter Höhe an seinem schmetterlingshaften Flug und seinen schwarz-weiß gestreiften runden Flügeln gut erkennen. Der Wiedehopf hielt sich vermutlich auf der in der Nähe unserer Beobachtung nördlich von Weferlingen/Landkreis Wolfenbüttel befindlichen Bauschuttdeponie auf, denn an den Hängen befinden sich trockene, niedere mit Gras bewachsene Flächen. Hier mag er Feldgrillen, Käfer und Raupen gefunden haben. Seine ehemals bedeutende Hauptnahrung, die Maulwurfsgriffe, dürfte hier völlig fehlen.

Der Wiedehopf ist ein Zugvogel, der schon im Mittelmeerraum überwintert, hauptsächlich aber nach Afrika südlich der Sahara zieht. Ich habe ihn im Winter mehrfach im Flachland und im Naturschutzgebiet von Albufera auf Mallorca beobachtet. Wie Lothar Kaczmarek in „Die Vögel Niedersachsens“ schreibt, fällt die Erstzugbeobachtung auf Ende Februar und die Letztzugbeobachtung auf den 21. Oktober. Extremdaten reichen in Mitteleuropa bis Ende Oktober. November- und Dezemberdaten sind Ausnahmen. Um so bemerkenswert ist die hier geschilderte Zugbeobachtung vom 5. November 2004 im südöstlichen Landkreis Wolfenbüttel.



Braunschweigische Heimat



Braunschweigischer Landesverein für Heimatschutz e.V.

97. Jahrgang, Ausgabe 02/2011



Aus dem Inhalt:

Die Kirche St. Johannes in Hondelage

Der Omnibusbau der Firma
BÜSSING in Braunschweig

100 Jahre Bauernhaus – Muse

UB Braunschweig

GG 2 M7



„Plattdütsche Wiehnachtsgeschichten aus Ostfalen“ – es sind Geschichten und Gedichte mit heutigen Themen. Es ist Literatur und Lyrik in ostfälischem Plattdeutsch, es ist örtliche Kultur. Wir geben sehr gern Kenntnis davon, damit sich viel mehr Personen damit befassen können und auch weiter geben können. Ostfalen ist das Gebiet zwischen Weser und Elbe, es erstreckt sich von nördlich Uelzen bis südlich von Göttingen. In diesem ganzen Gebiet sprechend die Leute ostfälisch, lediglich im Hochharz gibt es eine andere Sprache. Plattdeutsch hat mehrere Lautformen, trotzdem – oder gerade deswegen? – verstehen sich die Leute, Plattdeutsch verbindet.

„Plattdütsche Wiehnachtsgeschichten ut Ostfalen“ – dat sünd Geschichten un Gedichte von hüte. Et is Literatur un Lyrik von üsch, aber nich bluß for üsch. Wi gebet davon gern wat af, damidde andere Lüe uk wat davon häbbet un wierer geben könnst. Leiwe Lüe, Ostfalen recket von de Weser bet nah de Elbe un „ober“ Uelzen bet „under“ Göttingen. Un in düssen ganzen Lanne spreket de Lüe ostfälisch, bluß ganz boben in’n Horze nich, da spreket se wat anderet. Plattdütsch hat mehre Ütdruckswiesen (tän Biespeel: Kauken, Käken, Kaken, Keken = Kuchen), viellichte aber gerade daromme varstaht sik de Minschen, Plattdütsch varbindt.

Braunschweigische Landschaft e.V., „Plattdütsche Wiehnachtsgeschichten ut Ostfalen“
Verlag Uwe Krebs 2011, ISBN 978-3-932030-56-7, EUR 14,50 (Erscheint im November)

3	Der Weihnachtsmann von Gerd Biegel	... war keine Erfindung von Coca-Cola
4	Braunschweiger Spurensuche in Wien von Gerd Biegel	Von den Welfen bis zu den Habsburgern
6	Die Kirche St. Johannes in Hondelage von Falko Rost	Patronate der Herren von Hondelage und des Klosters Riddagshausen, Baugeschichte
14	Der Omnibusbau der Firma BÜSSING von Eckhard Fischer	Büssing-Omnibusse aus Braunschweig - Teil 2-
17	Frühere Okerläufe bei der Mühle Rüningen von Wolfgang Meibeyer	Die Oker früher und heute
20	Die Galauniform von Dr. Erwin Blasius von Matthias Krüger	In Taubenblau zum Herzogshof
21	100 Jahre mit alten Geschichten und neuen Ideen zusammengestellt von Anne Czichowski	Das Bortfelder Bauernhausmuseum feierte seinen Geburtstag
27	Kartoffellied von Rolf Ahlers	Der Wehnser Kartoffelmarkt
28	Rudolfstraße Nr. 7 von Otto Pfingsten	Kleine Chronik eines Hauses im westlichen Ringgebiet
30	Zur Geschichte des Gauß-Denkmal von Gerd Biegel	Am Gaußberg in Braunschweig
32	Der Herbstzug des Kranichs von Rolf Jürgens	Ein besonderes Naturschauspiel

Abbildungen Titelseite:

oben:
Das Gaußdenkmal in Braunschweig, Foto Uwe Krebs (Seite 30)

mitte:
Schloß Oelber am Weißen Wege

unten links:
St. Johannes in Hondelage (Seite 6)

unten rechts:
Volkstanz- und Trachtengruppe Bortfeld (Seite 21)

Rubriken	
Neue Bücher	2
Impressum	19

Der Weihnachtsmann

war keine Erfindung von Coca Cola

Text von Prof. Dr. h.c. Gerd Biegel

Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte an der TU Braunschweig

Die uns heute geläufige häusliche Weihnachtsfeier mit der Bescherung der Kinder hat ihre Wurzeln im 16. Jahrhundert und zwar als Folge der Reformation. Bis dahin kannte man aber ganz offenbar bereits den Brauch, Kinder durch den Heiligen Nikolaus am 6. Dezember beschenken zu lassen, galt er doch als Gabenbringer sowie Schutzpatron der Studenten und Schüler.

In den Regalen stehen sie seit Wochen und unter dem Weihnachtsbaum werden sie in großer Zahl stehen oder liegen: die Weihnachtsmänner aus Schokolade in klassischer rot-weißer Mantelpracht. Ohne Nikolaus kann man sich das Weihnachtsfest kaum denken, weshalb der 6. Dezember auch der bedeutendste vorweihnachtliche Festtag ist. Viele Geschichten ranken sich um die Gestalt des Weihnachtsmannes, manche Legende ist mit seiner Person verknüpft: Er gilt als Heiliger der Seeleute und für die Kinder als Bescherer und Wohltäter. Seine Herkunft geht auf zwei Überlieferungen zurück, deren Legenden sich im Laufe der Jahrhunderte vermischt haben: zum einen auf den Abt Nikolaus von Sion, Bischof von Pinora, der 564 starb und zum anderen den Bischof Nikolaus von Myra in Kleinasien. Kaum jemand aber weiß, dass der Weihnachtsmann in Gestalt von St. Nikolaus auch Schutzpatron der Schüler und Studenten ist.

Wie ist der Nikolaus zu der Funktion als Schutzpatron der Studenten gelangt? Diese Rolle geht auf eine Legende des 11. Jahrhunderts aus dem Norden Frankreich zurück: Drei junge Studenten waren auf der Wanderschaft, als es eines abends schon spät wurde, ohne dass sie ein Nachtquartier gefunden hätten. Müde und hungrig klopfen sie nun an die Tür eines Metzgers und baten um Obdach, Essen und Trinken. Der Metzger nahm die drei Studenten freundlich auf, bewirtete sie reichlich und bot ihnen ein Nachtlager an. Um Mitternacht aber, als die Drei tief und fest schliefen, erschlug der Metzger die Studenten und pökelte sie in einem Salzfass ein! Kurze Zeit später aber kam Sankt Nikolaus auf seiner Wanderschaft ebenfalls bei dem Metzger vorbei und bat ihn um Herberge und Abendbrot. Entgegenkommend empfing ihn der Metzger und bat ihn zu Tisch. Als dem Nikolaus jedoch von dem Salzfleisch angeboten wurde, erkannte er sofort, was ihm hier vorgesetzt wurde! Durch seinen Segen erweckte er die drei Studenten wieder zum Leben. Als sie erwachten, glaubten sie nur geträumt zu haben. Durch diese Wundertat aber wurde Sankt Nikolaus zum Schutzpatron der Studenten und zum Freund der Jugend.

In Niedersachsen wird erstmals der Nikolaus vertrieben

In der sozialen Oberschicht der evangelischen Gebiete Deutschlands wollte man dagegen diese Bescherung nicht mehr durch einen katholischen Heiligen vornehmen lassen. Daher wurde St. Nikolaus durch das „Christkind“ ersetzt und dessen Geburt als neues Festdatum gewählt, an dem die Kinder überrascht werden sollten. In Niedersachsen war es nach dem bisher ältesten Schriftzeugnis Elisabeth von Münden, Herzogin von Braunschweig und Lüneburg, die 1558 diesen Wechsel im Brauchtum auslöste: „Was das Krist Kindelein gebracht hat meiner Tochter von Hennen Berck Anno 1558“, so lautet dieser älteste Nachweis, dass in Niedersachsen erstmals an Heiligabend und nicht wie vorher üblich am 6. Dezember die Geschenke für die Kinder verteilt wurden. Als Geschenke gab es übrigens im herzoglichen Haus ein Hemd mit seidenen Borten, einen Samtmantel mit silbernen und goldenen Fransen sowie zwei Hemden, die für die Königin gemacht worden waren.

Über Jahrhunderte hinweg erscheint nun im evangelischen Norden und Osten das Christkind als Gabenbringer, im katholischen Süden dagegen der Nikolaus. Im 19. Jahrhundert, als das aus der Tradition des städtischen Bürgertums erwachsende Weihnachtsfest sich auch auf dem Land ausbreitete und darüber hinaus alle sozialen Schichten erfasste, kam es schließlich zu einer völligen Umkehr dieser Tradition. Seit dieser Zeit findet sich als Gabenbringer das Christkind überwiegend in den katholischen, der Nikolaus nun in den protestantischen Gegenden Deutschlands. Mit dem gleichzeitigen Aufkommen der Schokoladenindustrie und ihren „Weihnachtsmännern“ haben sich diese Grenzen schließlich – insbesondere in den Städten – seit dem Ende des 19. Jahrhunderts weitgehend verwischt.

Kein Coca-Cola-Mann!

Die traditionelle Gestalt des Weihnachtsmannes stammt ebenfalls aus dem 19. Jahrhundert. Sie verdankt ihren Ursprung dem Maler Moritz von Schwind (1804-1871). Im Jahr 1847 zeichnete er für eine Bilderfolge der „Münchener Bilderbogen“ einen „Herrn Winter“. Diese Darstellung, die bald ihren Siegeszug durch ganz Deutschland und große Teile Europas antrat, gilt als erste bildhafte Darstellung des Weihnachtsmannes. Bis der Kinderfreund und Gabenbringer sein endgültiges Aussehen angenommen hatte, machte der Nikolaus den Umweg über Amerika und zwar



Moritz von Schwind „Herr Winter“ im Münchener Bilderbogen 1848

steht dahinter wohl der Sinterklaas aus den Niederlanden, der sich in Amerika zu Santa Claus wandelte und eine Symbiose mit dem britischen Father Christmas einging. In Aussehen und Kleidung erinnerte er dabei bald an den Herrn Winter von Moritz von Schwind, seine Fellkleidung und den von Rentieren gezogenen Schlitten finden wir aber bereits in einer der frühesten Beschreibungen in einem Gedicht des New Yorkers William Gilley aus dem Jahr 1821. Entscheidend für die weitere Tradition wurde dann der deutschstämmige Karikaturist Thomas Nast, der im Jahr 1863 „Santa Claus“ für das Wochenmagazin „Harper’s Weekly“ zeichnete und zwar als drollig-dicken und rundlichen Mann mit langem Rauschbart. Nast wählte als Heimat seines „Santa Claus“ den Nordpol, wo er Spielzeug für Kinder herstellte. In einigen kolorierten

Beispielen nutzte Nast schließlich die Farben rot und weiß für den Weihnachtsmann, wie sie dann schon auf Postkarten und anderen Bildvorlagen aus dem Ende des 19. Jahrhunderts allgemein belegt sind. Als der Werbegrafiker Haddon Sundblom 1931 den „Coca-Cola-Weihnachtsmann“ schuf, war er keineswegs dessen „Erfinder“, sondern konnte auf bereits existierende Vorlagen zurückgreifen, die längst das Bild des Weihnachtsmannes in der uns heute so bekannten und beliebten Form überlieferten. Auch wenn die Werbekampagne für „Santa Claus“ ein weltweiter Erfolg wurde und viele Eltern und Großeltern den Kindern das Märchen von der Coca-Cola-Herkunft des Weihnachtsmannes erzählen, seine Tradition und sein Aussehen sind älter und keineswegs das Ergebnis einer erfolgreichen Werbekampagne aus Amerika.

BRAUNSCHWEIGER SPURENSUCHE IN WIEN

Text von Prof. Dr. h.c. Gerd Biegel

Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte an der TU Braunschweig

Von den Welfen bis zu den Habsburgern

Wien und Braunschweig verbinden zahlreiche historische Ereignisse und Personen. Heinrich der Löwe und seine Auseinandersetzung mit seinem Stiefvater, dem Babenberger Heinrich II. Jasomirgott, die letztlich dazu führte, dass Wien die neue Babenbergerresidenz und das Zentrum des Herzogtums Österreich wurde. Bis dahin war dies das nahe gelegene Klosterneuburg, wo die Mutter des Braunschweigers, Gertrud, beigesetzt ist, die in zweiter Ehe mit dem Babenberger verheiratet war. Braunschweigische Truppen kämpften im 17. Jahrhundert gegen die Türken

während der Belagerung Wiens und Ferdinand Albrecht II. von Braunschweig-Bevern befehligte die Donauflotte, als es galt, Prinz Eugen vor Belgrad entscheidend zum Sieg über die Türken zu verhelfen. Darauf weist die scheinbar rätselhafte Schiffsdarstellung am Sarkophag des braunschweigischen Herzogs in der Welfengruft im Braunschweiger Dom hin.

Herzog Heinrich Julius spielte ebenfalls eine wichtige Rolle als Vermittler zwischen den Höfen von Kaiser

Rudolph in Prag und König Matthias in Wien. Noch heute zierte ein blauer Edelstein, den der Braunschweiger dem Kaiser geschenkt hatte, die habsburgische Kaiserkrone. Grillparzer hat die Vermittlerrolle des Herzogs zwischen Kaiser in Prag und seinem Bruder in Wien in dem Drama „Bruderzwist im Hause Habsburg“ thematisiert. Mit der Enkelin von Herzog Anton Ulrich,



Herzog Wilhelm

Elisabeth Christine, ist eine der bedeutendsten Phasen der Verbindungen Braunschweig – Wien gegeben, die allerdings meist nur auf die Tatsache reduziert wird, dass Elisabeth Christine („die weiße Liesl“) die Mutter von Maria Theresia sei. Ein Fehlurteil, das bis heute wirkt und der tatsächlichen Rolle dieser braunschweigischen Prinzessin als Königin von Spanien und Kaiserin keineswegs gerecht wird, hatte sie doch als Regentin in Spanien insbesondere für die Selbstständigkeit der Katalanen wirklich Großes geleistet und auch in der Wiener Hofburg eine keineswegs untergeordnete Rolle gespielt. Gerade diese Bedeutung war es, die nach dem Tod von Kaiser Karl VI. den Unmut der Tochter Maria Theresia heraufbeschworen hatte, sodass sie alles daran setzte, die Mutter aus der Öffentlichkeit zu verbannen und auch die Erinnerung an diese weitgehend zu verhindern, ein Bemühen, das noch heute dahin gehend Wirkung zeigt, dass in den öffentlichen Sammlungen kein Portrait der Kaiserin präsent ist. Lediglich ihr Sarkophag in der Kapuzinergruft trägt ein kleines Portrait dieser großen Kaiserin. Daran wurde man auch erinnert, als der letzte habsburgische Kaisersohn, Otto von Habsburg, in eben dieser Kapuzinergruft beigesetzt wurde.

Herzog Wilhelm ein Ehrenbürger von Wien

Am Ende der dynastischen Beziehungen zwischen Braunschweig und Wien standen im 19. Jahrhundert Herzog Karl II. und sein Bruder Herzog Wilhelm. Letzterer war vor allem in der Wiener Geschäftswelt gern gesehener und häufiger Gast, hatte er doch Unsummen für seine Mätressen und deren luxuriöse Wünsche ausgegeben. Aber nicht nur dies: Herzog Wilhelm wurde am 20. Juni 1861 vom Gemeinderat von Hietzing, dem heutigen Wiener Stadtteil, in dem Schloß Schönbrunn liegt, einstimmig zum Ehrenbürger ernannt. Auch die U-Bahn-Station der Linie 4 „Braunschweigergasse“ und die nahe „Braunschweigbrücke“ erinnern an die engen Kontakte und das gute Einvernehmen zwischen Wien und Braunschweig in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Herzog Wilhelm hatte sich häufig in Wien aufgehalten. Kein Wunder also, dass er in Hietzing ein eigenes Palais besaß, heute Sitz der tschechischen Botschaft. Aber nicht nur die braunschweigischen, auch die hannoverschen Welfen hatten in Hietzing ein Palais und es kann schon als Ironie der Geschichte gelten, dass die Wiener in Ver-



Herzog Karl II

kennung der Zusammenhänge der beiden Welfenfamilien die Villa von Herzog Wilhelm heute als „Palais Cumberland“ bezeichnen und diejenige von Georg V. von Hannover den Namen „Braunschweigschlöble“ trägt.

In der Gemeinderatssitzung in Hietzing am 20. Juni 1861 wurde betont, dass das Ehrenbürgerrecht die höchste Auszeichnung sei, die die Gemeinde zu vergeben habe und aufgrund seiner vielfältigen Verdienste um Hietzing wolle man daher den Herzog von Braunschweig ehren. Offenbar war die Rolle des Herzogs nicht ganz unproblematisch, wie aus dem Organ der Vororte Wiens „Der Urwähler“ Nr. 12/1870 unter „Lokalneuigkeiten“ hervorgeht: „In den Wählerlisten der Gemeinde Hietzing erscheint der Name des Herzogs von Braunschweig, der das Ehrenbürgerrecht der Gemeinde besitzt; die politische Behörde hat jedoch entschieden, dass der Herzog das Wahlrecht nicht ausüben kann.“ Eine nähere Erläuterung dazu und zu den Gründen dieser Entscheidung findet sich in den Akten jedoch nicht.

Möglicherweise aber bietet die Überlieferung zur Ortsgeschichte von Hietzing eine Erklärung, die zugleich erkennen lässt, dass die Verleihung der Ehrenbürgerwürde nicht unumstritten erfolgt ist. Im Archiv befinden sich zum Jahr 1870 Quellen mit folgender Geschichte zu dieser Entscheidung: „Vor einem Jahrzehnt wurde dem Amtsvorsteher von Hietzing ein braunschweig'scher Orden verliehen, das Dekret jedoch infolge eines Schreibfehlers an den „Bezirksleiter“ (dem Polizeikommissär) ausgefertigt. Das Versehen war nicht mehr gutzumachen, und es erfolgte daher eine zweite Ordensverleihung, diesmal an die richtige Adresse des Amtsvorstehers. ‚Aller guten Dinge sind drei‘, dachte sich der damalige Bürgermeister von Hietzing, berief den Gemeinde-Ausschuss und ließ dem Herzog das Ehrenbürgerrecht zuerkennen. Richtig erhielt auch der Bürgermeister den braunschweig'schen Orden, obgleich der gefasste Beschluss null und nichtig war, indem ein Ehrenbürger alle öffentlichen Rechte in den Gemeinden auszuüben befugt ist, diese aber nur einem Inländer zustehen können.“

Ganz so drastisch, wie geschildert, war die Entscheidung schließlich nicht, denn die Aberkennung der Ehrenbürgerwürde aus formalen Gründen wäre ein ungeheurer Affront gewesen. Lediglich die Frage des Wahlrechts wurde aus rechtlichen Gründen geklärt. Daher zählt der braunschweigische Herzog Wilhelm als Ehrenbürger Hietzings seit der Eingemeindung als Ehrenbürger von Wien und befindet sich dabei in illustrier Gesellschaft. Das Beispiel zeigt, dass es auch in kleinen Dingen lohnt, den braunschweigischen Spuren in Wien zu folgen. Auch außerhalb der Politik lassen sie sich aufspüren, so zu Friedrich Wilhelm Voigtländer, Ricarda Huch oder Wilhelm Raabe, um nur die bekanntesten zu nennen.

Die Kirche St. Johannes in Hondelage –

Patronate der Herren von Honlage und des Klosters Riddagshausen, Baugeschichte

Text von Falko Rost

Hondelage, heute im nordöstlichen Außenbereich der Stadt Braunschweig gelegen, gehört zu den Dörfern, in denen frühzeitig überwiegend die Grundherrschaft und das Kirchenpatronat in einer Hand vereinigt waren. Es handelte sich im Mittelalter um die örtliche Adelsfamilie von Honlage, in der Neuzeit um das Kloster Riddagshausen. Letzteres hatte den Besitz der von Honlage übernommen und durch eigenen Grundbesitz sowie hoheitliche und andere Rechte vermehrt. Auf die kirchliche Organisation und das Kirchengebäude (Abb. 1) haben beide Patronatsherren Einfluss ausgeübt, der bis zur heutigen Zeit anhält. Mit dem Kloster war Hondelage in der Reformationszeit zwangsläufig in das Spannungsfeld zwischen der Stadt Braunschweig und der herzoglichen Landesregierung geraten. Nach den Zerstörungen in Riddagshausen unterhielt das Kloster eine Interimsresidenz seiner Äbte und deren Witwen im Ort. Über das landesgeschichtlich interessante Dorf Hondelage und seine im Kern mittelalterliche Kirche St. Johannes ist bereits mehrfach und zu verschiedenen Zeiten geschrieben worden. Die den obigen drei Themen dienlichen Erkenntnisse dieser Veröffentlichungen werden hier genutzt, dabei zusammengefasst, zum Teil ergänzt und auf den neuen Stand gebracht. Die Ausführungen basieren auf dieser Literatur sowie der Auswertung der Bestände des Niedersächsischen Landesarchivs, Staatsarchiv Wolfenbüttel, und des Landeskirchlichen Archivs Wolfenbüttel.



Abb. 1: Kirche Hondelage, Ansicht Nordost, 2009. Foto: Jutta Brüdern.

Patronat der Herren von Honlage

Die regional einflussreiche Adelsfamilie von Honlage ist von 1223 bis 1510 nachweisbar. Da ihr erster Vertreter ein Ministeriale des welfischen Herzogshauses war und die von Honlage später den größten Teil der Grundherrschaft in Hondelage besaßen, wird ein herzogliches Lehen angenommen. Es hat dort einen, möglicherweise befestigten „Hof“

als Adelssitz gegeben. (GOV, Kretzschmar) Dieser wird auf dem Lindenberg, dem Geländesporn nordwestlich des Flusses Schunter vermutet. (Bothe) Die von Honlage hatten nördlich von Hondelage den bereits 1505 wüsten Ort Hegerdorf gegründet, ihre dortige Patronatskirche St. Maria wurde 1307 von der Pfarrkirche Hondelage eximiert. (GOV: Hegerdorf) Durch diesen Hinweis ist belegt, dass es schon vor 1307 die später als von Honlagesche Patronatskirche bekannte Pfarrkirche St. Johannes in Hondelage gegeben hat. (GOV: Hondelage) Nicht zuletzt durch deren seither unveränderte Lage am Südosthang des Lindenberges ist die Gründung seitens der von Honlage wahrscheinlich. (Bothe) Für die im 12./13. Jahrhundert häufigen Kirchengründungen zur Erweiterung dörflichen Einflusses galten feste, kostenträchtige Voraussetzungen¹. Es mussten nicht nur die Zustimmung des Bischofs (in Halberstadt) und des Archidiacons und seiner Pfarrkirche (in Lucklum) erkaufte werden. Außerdem war vom Kirchengründer die Kirchenstiftung einzurichten, diese zu dotieren und der Bau zur Verfügung zu stellen. Hatte der Gründer alle Voraussetzungen erfüllt, bekam er das Patronat mit dem wichtigen Recht zur Pfarrstellenbesetzung. Anhand des Dorfrisses² von 1756, auf dem die von der „Brand-Versicherungs-Gesellschaft“ zuvor eingeführten Assekuranzznummern (ass. Nr.) verzeichnet sind (Abb. 2), hat Bothe die bis in ältere Zeiten zurückgehenden Grundherrschaftsverhältnisse ermittelt. Daraus geht hervor, dass der gesamte Lindenberg mit den vier Höfen ass. Nr. 21 bis 24 dem Kloster Riddagshausen gehörte. Der Südosthang bis zur Schunter war von der Kirche, der Pfarre (ass. Nr. 27) und der Opferei (ass. Nr. 26, nicht verzeichnet) eingenommen. Das Kloster hatte von der Familie von Honlage in drei Schüben, 1384, 1483 und 1510 deren Grundherrschaften in Hondelage und Hegerdorf erworben, dazu 1503 (im Corpus bonorum, 1504) das Patronat der Kirche. Der Besitzstand im Bereich des Lindenberges 1756 umfasste also die frühere dortige Grundherrschaft der von Honlage. Vermutlich einschließlich des 1494 dem Kloster gewährten herzoglichen Lehens des örtlich nicht mehr zu ermittelnden „Sattelhofes“. (Bothe, Kretzschmar, Kimpflinger) Es ist deshalb die Vermutung erlaubt, dass die Grundstücke der kirchlichen Organisation: Kirche, Pfarre und Opferei in unmittelbarer Nähe des Adelshofes zur ursprünglichen Kirchenstiftung der von Honlage gehörten. Die Dotierung der Stiftung, die zu gewisser Zeit in die der Kirche, der Pfarre und der Opferei geteilt worden war, lässt sich aus dem Rechte- und Besitzverzeichnis von 1749, dem Corpus bonorum³ ungefähr ersehen. Bothe beschreibt daraus unter anderem die Einkommenssituation ausführlich, auch anhand älterer Quellen.

Die jährlichen Einkommen vor 1503 waren, unter freilich anderen Verhältnissen, eher dürftig. Das der Kirche bestand damals nur aus Meyer- und Erbenzinsen verschiedener Grund-



Abb. 2: Ausschnitt. aus: Charte Dorf und Feldmark Hondelage, 1756, Ing. Fähnrich von Trew, Niedersächsisches Landesarchiv - Staatsarchiv Wolfenbüttel, K 5656; abgedruckt in (Bothe), hier mit Beschriftung.

stücke in Hondelage, Waggum und Hordorf, es betrug etwa 6 Reichsthaler (rt). 1749 hätte es lediglich für die Hälfte der Ausgaben zur Aufrechterhaltung des Gottesdienstes gereicht. Das Pfarr-einkommen aus Erträgen der zwei Meyerhöfe, Ländereien, Naturalien und Gebühren, dürfte im Mittelalter unge-fähr zwei Drittel der etwa 376 rt von 1749 betragen haben. Der Opfermann erhielt 1749, meist aus seinem geringen Land, Naturalien und Schulgeld etwa 75 rt. Davon müssen für das Mittelalter 12 rt Schulgeld abgezogen werden. Hin-gegen gab es eine großzügige Regelung der kirchlichen Baupflicht. Beim Ver-kauf des Patronates Hans von Honlages an das Kloster 1504 (Corpus bonorum) bestand dieser darauf, dass das Kirch-lehen mit allem Zubehör, nichts davon ausgenommen, unter Bezug auf einen „ersten Brief“ übertragen werden sollte. Darin oder in einer anderen Vereinba-rung dürfte die im Corpus bonorum unter „Kirche, deren Jura und Gerech-tigkeiten“ verzeichnete, vom Kloster übernommene Baupflicht enthalten gewesen sein. Danach musste das Klos-ter Riddagshausen bei wichtigen Bau-leistungen auf Antrag dem (kaum vor-handenen) Kirchenvermögen mit Bau-materialien und Baukosten aushelfen. Die Speisung der Arbeitsleute und alle Fuhrn und Handdienste zum Bau waren jedoch von den späteren 30 Reih-

höfen des Dorfes kostenlos zu erbringen. Die Pfarrgebäude waren in dieser Pflicht enthalten, nicht aber die der Opferei.

Es bleibt auszuführen, dass das Kirchen-gebäude 1503, nahezu im heutigen Um-fang, unter den von Honlage in mehre-ren Bauphasen errichtet worden war. Diese Baufreudigkeit, Bothe vermutet daneben auch die Zuwendungen an das Kloster Riddagshausen, könnte zum finanziellen Niedergang und zum Weg-zug der von Honlage beigetragen haben.

Patronat des Klosters Riddagshausen

Nach etwa 150 Jahren der Vorberei-tung war es dem Kloster gelungen, mit der Erwerbung des überwiegenden Grundbesitzes in Hondelage und Hegerdorf 1510 die Kontrolle über das Dorf auszuüben. Dazu gehörten (Bothe) folgerichtig die untergerichtli-che Zuordnung des Klosterdorfes Hon-delage zur Vogtei Riddagshausen des gleichnamigen Klostergerichtes, die Einziehung des Zehnten, die Hand- und Spanndienstpflichten der Reih-höfe, das Jagdrecht, nicht zuletzt das Kirchenpatronat mit der Aufsicht über das kirchliche Vermögen. Die Äbte hatten bis zur Reformation 1568 nahe-zu allein das Sagen. Bis zum Ende des

landesherrlichen Kirchenregimentes 1918 und darüber hinaus standen die Klosterdörfer unter starkem, später abnehmenden Einfluss des Klosters. Dazu einige Beispiele:

Bis 1807 gehörten Glesmarode, Grüner Jäger, Hondelage, Mascherode, Neuhoof, Querum, Riddagshausen und Klein Schöppenstedt zur vorge-nannten Gerichtsvogtei (GOV Bd. 2: Riddagshausen). Der Klosteramtman-n, seit 1814 der für Riddagshausen zustän-dige Beamte der staatlichen Verwal-tung, war der weltliche Visitator (Treuhänder unter Aufsicht des Konsistoriums) der Kirchen dieser Dörfer. Das Amt des geistlichen Visi-tators ist bis 1750 noch vom jeweiligen Abt, zuletzt von Philipp Ludwig Drei-Bigmark⁴ (1676-1750) wahrgenommen worden. Das, obwohl man nach der Reformation die Klosterdörfer zu-nächst der Superintendentur Schöp-penstedt, danach Salzdahlum zugeteilt hatte. Auch der Prior von Riddagshau-sen (Pfarrer in Querum) übte zunächst eine außerordentliche Aufsichtsfunk-tion in Hondelage, Querum und Mascherode aus⁵. Diese Dörfer gehör-ten seit 1753 für längere Zeit zur Superintendentur Querum, in der dem Prior als Superintendenten die Visitation oblag. Die Baupflicht an der Kirche Hon-delage war eine „dingliche Last“ des Klostergrundes Riddagshausen. Für die Baupflicht war die Klosterverwaltung⁶ zuständig. Bereits seit der Kirchenord-nung 1569 hatte der Abt darauf nur be-dingten Einfluss. Mit der Belastung des Klosterhaushaltes durch Staatszwecke sank dieser Einfluss, bis 1674 die Klos-terratsstube die alleinige Verwaltung al-ler Klöster übernahm. Die gleiche Funk-tion oblag nach 1814 der Herzoglichen Kammer, der auch 1832 die Verwaltung der Güter des neuen Kloster- und Stu-dienfonds zugeteilt wurde. Aus diesem Fonds erhielt die Stadt Braunschweig 1934 und 1955 (über die Jägerhofstiftung) Liegenschaften des Klostergrundes Rid-dagshausen. Die darauf lastende Bau-pflicht an kirchlichen Gebäuden bedient die Stadt seit 1959 bis heute.

Die fünf Äbte seit der Reformation, zu-letzt Peter Tuckermann (1625-1651), hatten besonderes Interesse an ihrem Klosterdorf Hondelage. Sie hatten das ehemalige Pfarrhaus für das Kloster in Besitz genommen und es zwischen

1566 und 1681 (Bothe) als zeitweilige Residenz, Alters- und Witwenruhesitz genutzt. Das Corpus bonorum berichtet, dass die Äbte Johannes Lorber (1557-1586), Petrus Wiendruwe (1586-1614) und Heinrich Scheele (1615-1622) dort überwiegend gewohnt haben. Nachdem die letzte Bewohnerin, Tuckermanns Witwe Anna geb. Hildebrand 1678 verstorben war, gab man das Haus der Pfarre zurück. Tuckermann, der letzte vom Konvent gewählte Abt, war zugleich vom Herzog zum obersten Geistlichen des Landes berufen worden. Seine Nachfolger in letzterem Amt wohnten selten in Riddagshausen, sie trugen die Abtswürde des 1809 aufgelösten Klosters (BUK: Kloster Riddagshausen) hauptsächlich als Titel⁷. Die letzte Präsentation eines Pfarrers erfolgte 1899 durch Abt Carl Rhode (1891-1912). 1918 und 1922 hatte die Kirchenregierung das Patronatsrecht wahrgenommen. Nach der zwischen 1929 und 1971 bestehenden Vakanz verlieh zunächst die Kirchenregierung der Ev.-Luth. Landeskirche⁸ die Pfarrstelle.

Bei den Auseinandersetzungen des Herzogshauses mit der Stadt Braunschweig zwischen 1492 und 1606 (BUK: Kloster Riddagshausen) wurde das auf herzoglicher Seite stehende Kloster mehrfach verwüstet und geplündert. Am Schlimmsten 1550 während der Kriege des katholischen Herzogs Heinrichs des Jüngeren (1489-1568) mit seinen lutherischen Feinden. Die Stadtbraunschweiger plünderten 1606 außer dem Kloster auch die Kirche in Hondelage.

Der tatkräftige Abt Lorber hatte das Kloster seit 1557 wieder instand gesetzt. Er hatte auch das frühere Pfarrhaus Hondelage 1561 zum zeitweiligen Abtswohnsitz vergrößert und es 1566 bezogen. (Bothe) Zu diesem „Leibzuchtshof“ gehörten nur einige Gärten und die zwei Teiche in der Feldmark, 1610 und 1672 gab es dort einen „Hofmeister“ als vermutlichen Verwalter. Lorber hatte ein Ersatzpfarrhaus auf dem „Hopfengarten“ erbauen lassen, dem im Corpus bonorum benannten Kirchengarten zwischen den Höfen ass. Nr. 28 und 29.

Der seit der Reformation verheiratete Abt Lorber und Abt Wiendruwe wohnten mit ihren Familien in Hondelage, laut Bothe wurden beider Gattinnen dort bestattet. An die etwa 100-jährige Anwesenheit der Äbte in Hondelage gibt es am Kirchengebäude (Abb. 3) nur wenige Erinnerungen, die

Grabmale der Damen Wiendruwe und Bernd der Südfassade. Hingegen ist in dieser Zeit die kirchliche Organisation in Hondelage ausgebaut und verbessert worden. Abt Lorber veranlasste 1575 die Stiftung des Pfarrwitwentums mit Wohnhaus und Stall auf dem Grundstück ass. Nr. 19. (Corpus bonorum, Bothe) In dem 1740 erneuerten Haus wohnte jedoch nur selten eine Witwe, das Anwesen ist meistens verpachtet gewesen. 1858 wurde es zugunsten des Pfarrwitwentums-Fonds verkauft.

Zu Abt Lorbers Zeit ist zur Verbesserung der Kircheneinkünfte ein vom Kloster herrührendes Kapital beim Stift St. Blasii belegt und 1597 durch den Verkauf von vorreformatorischen kirchlichen Wertgegenständen auf 100 rt erhöht worden. Der Zinsgewinn betrug 5 rt/Jahr. Weiterhin hatte die Witwe des Abtes Tuckermann 1677 ein Legat von 500 rt gestiftet, dessen Zinsen von 15 rt/Jahr zur Bauunterhaltung der Kirche dienen sollten. Zusammen mit diesen Beträgen verfügte die Kirche über ein Einkommen von etwa 26 rt/Jahr. Diese höheren Einkünfte mit jährlichem Überschuss brachten jedoch der Kirche auch Nachteile⁹. Zur Verbesserung des Pfarr-Einkommens stifteten sowohl Abt Lorber 1581 als auch Abt Wiendruwe 1610 private Geldbeträge mit dem Ertrag von etwa je 2½ rt/Jahr. Das Kloster unterhielt die transportable „Pastorenbrücke“ über die Schunter für die Heuernte aus den Pfarrwiesen. Die größte Steigerung erbrachte der 1681 unter Abt Brandan Daetrius (1662-1688) vom Kloster gegen Verzicht auf gewisses Zinskorn abgetretene Zehnte im Wert von etwa 140 rt. Abt Dreißigmark, wohl der letzte an Hondelage interessierte Abt, hatte 1749 zu dem vom Kloster finanzierten Neubau des Pfarrhauses 200 rt gestiftet¹⁰. Seit 1681 scheint das Pfarr-Einkommen von etwa 376 rt/Jahr ausreichend gewesen zu sein. Um 1842 konnten Meierzinsen, Dienstplichten und Zehnter abgelöst werden, später stellte man das kompliziert zu erlangende Einkommen auf landesweit geregelte Geldzahlung um.

Baugeschichte der Kirche

Die Angaben bis 1749 beruhen hauptsächlich auf Notizen im Corpus bonorum, danach auf denen der seit dieser Zeit

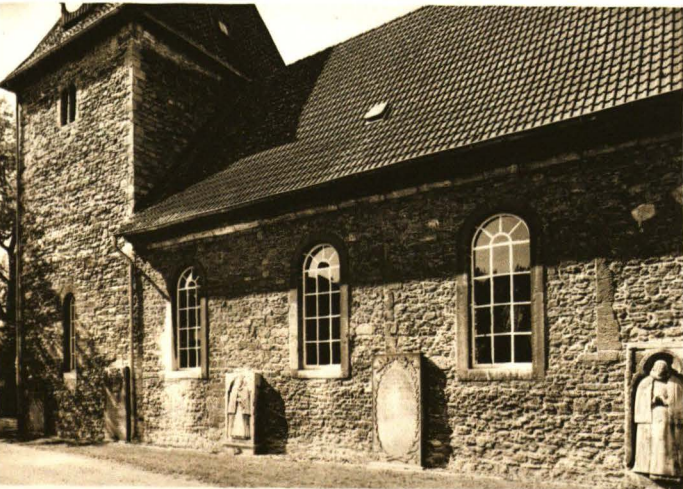


Abb. 3: Kirche Hondelage, Ansicht Süd, 2009. Foto: Jutta Brüdern.

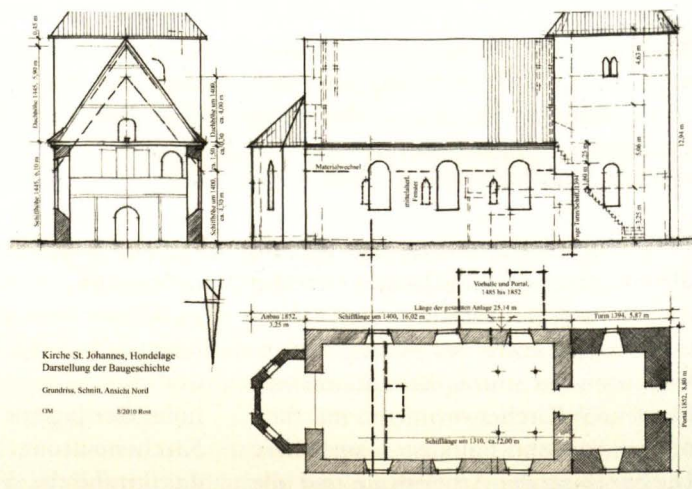


Abb. 4: Kirche St. Johannes, Hondelage, Darstellung der Baugeschichte, siehe Anm. 11. 8/2010. Skizze: Falko Rost.

geführten Bauakten. Mit diesen Quellen und der Beschreibung des Gebäudes um 1900 hat Paul Jonas Meier bereits wesentliche Punkte der Baugeschichte erkannt (BUK: Hondelage). Ergänzend konnte durch weitere Beobachtungen und Aufmaße die Skizze¹¹ Abb. 4 erstellt werden, in der auch die Befunde der Baugrunduntersuchung der staatlichen Denkmalpflege im Frühjahr 1981 eingetragen sind¹².

1. Bauphase

Die Deutung der Befunde der Baugrunduntersuchung besagt, dass der früheste rechteckige Bau mit der Außenlänge von 11-12 m und der Außenbreite von 8-8,5 m den westlichen Teil des heutigen Kirchenschiffes umfasste. Eine gerade Ostmauer mit davor angeordnetem aufgemauerten Altar sowie die in heutiger Flucht liegenden nördlichen und südlichen Längsmauern ließen sich erkennen. Der Hanglage folgend, waren nur die West- und die Südmauer fundamentiert, nicht die Ost- und Nordmauer. Das untere von zwei Gräbern in der Gebäudeachse westlich des Altars wird als Stiftergrab, dieser Bau als die 1307 bezeugte Kirche der Patrone von Honlage angenommen.

2. Bauphase

Von den im Corpus bonorum genannten Entstehungsdaten von mittelalterlichen Bauteilen sind zwei durch bauseitige Steintafeln belegt. So kann durch die Tafel mit der Inschrift 1394 auf der Südfassade des Turmes von dessen damaliger Errichtung ausgegangen werden. Er hat die Außenmaße 8,80/6,95 m, die Traufhöhe 12,94 m und ist auf die etwa 4,30 m hohe Westwand des Schiffes der 1. Bauphase aufgesetzt. Je eine doppelte Schallöffnung mit gotischen Stilelementen ist auf der Nord- und Südseite erhalten, je zwei auf der West- und Ostseite hat man später vermauert. Es gibt Anzeichen dafür, dass statt der jetzt vier Balkendecken früher fünf vorhanden waren. Für einen äußeren Turmeingang findet sich kein Hinweis. Reste von Giebeln, Firsthöhe unterhalb der östlichen Schallöffnung, die auf einer Schiffhöhe von etwa 4,30 m beruhen, sind am Turm und am jetzigen Ostgiebel vorhanden. (Abb. 5) Eine auf die Verlängerung des Schiffes deutende Baufuge der Längswände fehlt. Rötting folgerte, dass das Schiff der 1. Bauphase bis auf die Westmauer abgebrochen und bis zur heutigen Gesamtlänge von 16,02 m neu errichtet wurde. Dieses neue Schiff in etwa ursprünglicher Höhe kann aber nur gleichzeitig mit dem Turm oder doch bald danach entstanden sein. Zu dem gerade abschließenden Schiff mit Giebelscheibe der 2. Bauphase gehören außer dem jetzt vermauerten Südportal drei jetzt vermauerte gotische Fenster der Nordfassade. Darüber ist ab etwa 4,30 m Höhe ein Materialwechsel der Fassade zu erkennen. Nachdem man gemäß Rötting den ersten Altar aufgegeben hatte, wurde ein neuer im erhöhten Chorbereich aufgemauert. Ein runder mittelalterlicher, heute vergessener Taufstein mit Sockel gehörte noch 1804 zum Inventar des Pfarrwitwenhauses.

3. Bauphase

Die zweite Tafel mit der Jahreszahl 1445 befindet sich unter der östlichen Traufe der Südfassade des Schiffes. Es musste also bereits etwa 50 Jahre nach dem Bau des Schiffes der 2. Bauphase eine Erhöhung desselben bis zur heutigen Höhe von 6,10 m vorgenommen werden. Merkmale der höheren Dachkonstruktion bis knapp unterhalb der Turmtraufe fin-

den sich wieder auf der Turmseite und am Ostgiebel. (Abb. 5) Auf dem erhöhten Ostgiebel befand sich noch um 1900 ein gotisches Steinkreuz. Für das neue Dach mussten die östlichen Schallöffnungen zugemauert werden. Die größere Schiffhöhe ließ den Einbau einer Empore zu, die wahrscheinlich für eine vermehrte Einwohnerschaft notwendig war. Schließlich erwähnt das Corpus bonorum noch eine getäfelte, bemalte Decke von 1463 und den Bau einer südlichen Vorhalle oder Leichenhaus von 1480. Letztere ist einzig auf dem Dorfriß



Abb. 5: Kirche Hondelage, Merkmale früherer Bauphasen im Dachraum; obere Abbildung: oben links die früheren Dachanschlüsse am Turm, Ortsheimatpfleger Dieter Kühn führte dort hin; untere Abbildung: der frühere Ostgiebel ist als diagonale Baunaht klar erkennbar; 2010. Fotos: Falko Rost.

von 1756 (Abb. 2) dargestellt. In die Zeit dieser Bauaktivitäten fällt wohl auch die Aufstellung des qualitativvollen spätgotischen Flügelaltarschreines, dessen wesentliche Bestandteile im Städtischen Museum, Braunschweig, erhalten sind. Die mittelalterliche Kirche dieses Umfanges ist insgesamt oder mit maßgeblicher Beteiligung der von Honlage zustande gekommen, ein baulicher Hinweis darauf findet sich jedoch nicht.

Gebäude und Einrichtung von der Reformation bis 1852
Bald nach 1568 müssen für den evangelischen Gottesdienst eine Bestuhlung sowie die wohl an der Südseite der Chor- stufe angeordnete Kanzel eingerichtet worden sein. Nach der noch 1813 geltenden Ordnung (siehe Anm. 14) standen auf dem Chor außer dem Beichtstuhl die Stühle für die Altaristen und den Opfermann sowie Kinderbänke. Im Schiff gab es 21 Bankreihen. Für bessere Belichtung des Kanzelbereiches wird man in dieser Zeit die zwei, jetzt vermauerten rundbogigen Fenster der Südfassade anstelle kleinerer Fenster eingebrochen haben. Zur geringen äußeren Veränderung sowie zur Einrichtung des Gebäudes gibt es hauptsächlich die erste Baubeschreibung im Corpus bonorum, ergänzt durch das BUK: Hondelage.

Die heutige Dach-Deckenkonstruktion besteht aus Hänge- werksbindern mit einem Überzug, an dem die Deckenbal- ken befestigt sind. Mohr¹³ hält eine Entstehung im 18. Jh. für möglich. Die Konstruktion ist geringfügig höher als die von 1445, sie muss jedoch älter als 1700 sein¹⁴. Die neue Turm- bekrönung von 1705 und das in diese Zeit passende erneuerte Holzwerk im Turm lassen die Deutung zu, dass dessen vierseitiges Pyramidendach damals entstanden ist. Möglich ist die gleichzeitige (spätestens 1811 erfolgte) Verlegung des Glockenstuhles mit den zwei Glocken¹⁵ in den Dachraum des Turmes, danach die Vermauerung der west- lichen Schallöffnungen.

Der barocke, unzureichend belichtete Innenraum besaß 1749 eine in Jahrhunderten gewachsene reiche Ausstattung. Im Westen (Turmseite) gab es die Prieche (Empore), noch ohne Orgel, mit gemalten Bildern biblischer Geschichten. Darun- ter war wohl der Zugang zum Turmraum und zu den Turm- treppen. Gegenüber, im Chorbereich befand sich auf dem gemauerten Altartisch mit Podest und Kniebänken der höl- zerne Flügelaltar, darüber die Kanzel aus Nussbaumholz¹⁶. Diese Kombination aus Altar, Altaraufsatz und Kanzel bildete die kleinstmögliche Form eines von den damaligen liturgischen Bedürfnissen gewünschten Kanzelaltars¹⁷. Hin- ter dem Kanzelaltar war ein lebensgroßes hölzernes Kruzi- fix an der Wand befestigt. Statt des Taufsteines verwendete man einen 1745 aus der Gemeinde gestifteten Taufengel (dieser war später im Vaterländischen Museum, dort vor 1945 verloren gegangen) mit muschelförmigem Taufbecken oder ein Taufischchen.

Wohl am Eingang stand der eichene, mit Eisen beschlagene Armenkasten. An den Wänden waren Grabmale (Epitaphe) besonderer, mit der Kirche verbundener Personen ange- bracht: Auf der Nordseite die Steintafel der Frau des Abtes Wiendruwe, † 1610, und der hölzerne bemalte Epitaph des Pfarrers Hartweg Flor (1588-1600). Auf der Ostseite links des Altars die Steintafel des Pfarrers Vitus Christian Gebhardi (1673-1701), rechts die des Pfarrers Eberhard König (1701-1739). An der Südwand hing das hölzerne bemalte Epitaph des Kürschners Heinrich Käseberg, Braun- schweig. Die nicht erwähnten Grabmale von der Frau des Hofmeisters Bernd, † 1610, und dem Sohn des Pfarrers König, † 1733, mögen im Fußboden eingelassen gewesen sein¹⁸. Von den 1981 im Untergrund entdeckten vier unge- störten Grabstätten außer dem Stiftergrab (Rötting) ist nur

eines eindeutig zuzuordnen: das südlich des Altars der 2. Bauphase gelegene des Pfarrers Gebhardi¹⁹.

Die 1804 bis 1816 durch das Konsistorium vorgenommenen Eingriffe in die Rechte der Kirche sind heute nicht nachvoll- ziehbar²⁰. An die Vorgänge erinnert die Wetterfahne des Turmes mit der Jahreszahl 1811 (Kimpflinger). 1804 muss- ten die Legate von Lorber und Tuckermann (siehe Anm. 9) der Kirche mit dem Zeitwert ca. 900 rt ausgezahlt werden. Davon wurde bis 1806 etwa die Hälfte für Baulichkeiten des Pfarrhauses verbraucht. In der „westphälischen Zeit“ (1807- 1813) geriet das Klostergut in fremde Hände, Zahlungen für Hondelage wurden verweigert. Bis 1816 (Bauphase 1810- 1812) verwendete man den Rest des Stiftungsgeldes auf Ver- fügung des Konsistoriums für Pfarrhaus- und Kirchenrepa- raturen. Der Kirchenanteil floss hauptsächlich in Zimme- rer- und Dachdeckerarbeiten des Turmes.

4. Bauphase

Pfarrer Carl Engelhardt (1831-1845) hatte seit Beginn sei- ner Dienstzeit tatkräftig und sachkundig den Instanzenweg zur baulichen Verbesserung der Kirche²¹ bemüht. Er forderte 1837 konkret die Finanzierung aus Klostermitteln, Verbesserung des Innenraumes und der Eingangssituation nach zeitgemäßen Bedürfnissen sowie Erhöhung der Stellen-(Sitzplatz-)zahl von 150 auf etwa 200. Engelhardt hatte sich mit neueren Kirchenbauten vertraut gemacht,

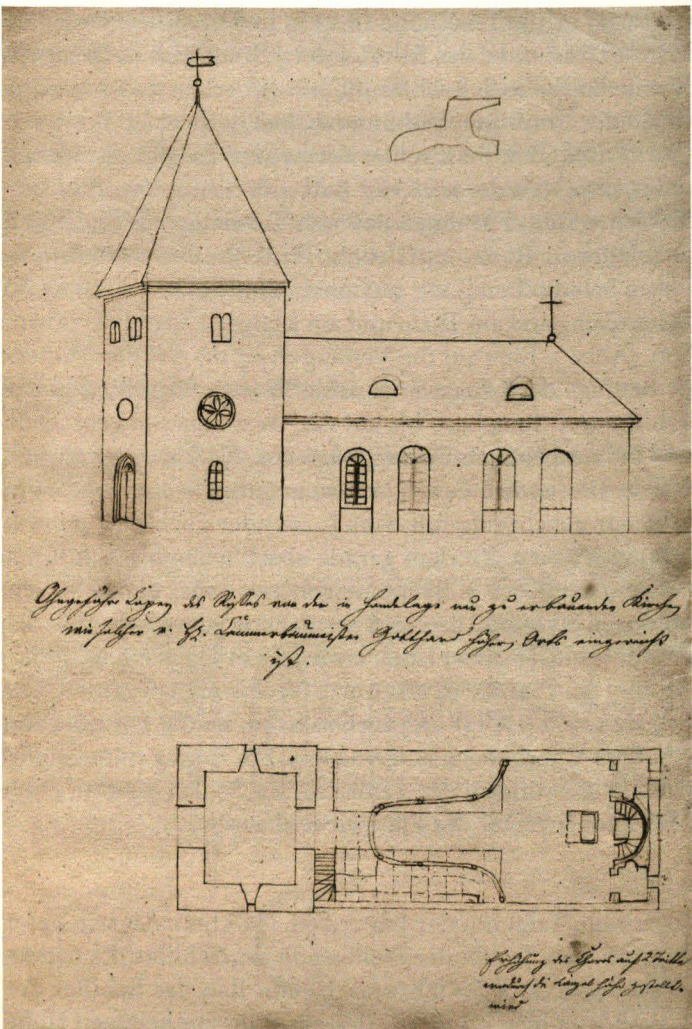


Abb. 6: Kirche Hondelage, Skizze Pfarrer Engelhardt 1841, nicht realisierter Plan von Gotthardt. LAW: Pa Hondelage 248.

denn 1838 schlug er außer dem Eingang durch den Turm und Abbruch des Leichenhauses einen Anbau Ost und die übliche Einrichtung als „Saalkirche“ mit U-Empore und Kanzelaltarwand vor. Schließlich war der überlastete Kammerbaumeister Georg Gotthardt²² von der Baudirektion 1841/42 mit Erstellung von Anschlag und Plan beauftragt worden, der Anschlag belief sich auf 1555 rt. Einem Bericht Engelhardts an das Konsistorium vom Dezember 1841 lag dessen Skizze des Gotthardtschen Planes bei (Abb. 6), der sich offenbar an Kirchen des Oberbaurates Carl Liebau²³ orientiert hatte. Nach mehreren Planänderungen wurde 1851 der Bau nach Plan und Anschlag des Baukondukteurs Karl Ahlburg²⁴ ins Auge gefasst. Der Bauplan umfasste die von Engelhardt vorgeschlagenen Details mit Westeingang, Anbau der 5-seitigen Apsis im Osten, Einrichtung als „Saalkirche“ zu 208 Plätzen und großen Rundbogenfenstern. Die Herzogliche Kammer, Direktion Domänen war bereit,



Abb. 8: Kirche Hondelage, Choransicht 1957, Stand 1976. Foto: LKA, Ref. 41.

1284 rt für Leistungen in der alten Bausubstanz aufzubringen. Für die Gemeinde Hondelage sollten außer

den Fuhren, Handdiensten und Speisungen 365 rt Barkosten des Anbaues anfallen²⁵, zu Letzterem war die Gemeinde nicht bereit. Deshalb konnte erst die Anordnung des Staatsministeriums, dass die Kammer vorerst die Erweiterungskosten tragen sollte, den Baubeginn auslösen. Der 1852 unter Leitung von Ahlburg fertig gestellte Bau konnte am 20.12.1852 eingeweiht werden, er sollte bis 1957 Bestand haben.



Abb. 7: Kirche Hondelage, Choransicht 1852, Stand 1957 kurz vor Abbau. Foto: LKA, Ref. 41.

Durch den Abbruch der südlichen Vorhalle, Vermauerung des dortigen Portals und der älteren Fenster, Einbruch großer Rundbogenfenster, der Anlage des rundbogigen Westportals sowie den Ostanbau hatte die Kirche ihr mittelalterliches Gesicht verloren. Auch der Friedhof war verlegt worden. Dafür war im Turm der Zugang zu den Emporen gewonnen, der Innenraum mit der dreiseitigen Empore und der Kanzelaltarwand zum zeitgemäßen Gottesdienst vorgerichtet und besser erhellt worden. Durch Anlage der Apsis, zum Chor mit einem Bogen geöffnet und zugleich durch die Kanzelaltarwand getrennt, mit der Pastorentür versehen, war viel Platz gewonnen worden. Von der alten Inneneinrichtung ist nur, wie berichtet, der gotische Flügelaltar in musealer Obhut auf die heutige Zeit überkommen. Die fünf steinernen Grabmale (siehe Anm. 18), wurden an der Südfassade befestigt.

Auf dem 1957, kurz vor dem Abbau aufgenommenen Bestandsfoto des Innenraumes von 1852 (Abb. 7) lassen sich Einzelheiten der Inneneinrichtung erkennen: der obere Teil der dreiaxigen Kanzelaltarwand (unten gab es noch zwei, bereits entfernte Türen, der bereits abgerückte Holzaltar stand vor dem „Kanzelblatt“), die U-Empore, Reste der Vorstandssitze auf dem Chor, der Ofen, die Vermalung an Decke und Wänden. Kanzelbrüstung und Chorvermalung zeigen klassizistische Stilelemente, wie Ahlburg dem ganzen Bau den allgemeinen Eindruck des ausklingenden Klassizismus gegeben hat. Eine erste Orgel konnte 1875 auf der Empore aufgestellt werden. Das Werk mit zwei Manualen und Pedal, 11 Registern und dreiteiligem Prospekt der Firma Appelt, Schöningen.

Inneneinrichtungen seit 1852

1957, nach gut 100 Jahren, war eine umfassende Innenrenovierung erforderlich, die auch durch die Finanzierung des Kloster- und Studienfonds²⁶ möglich wurde. Neben nötiger Reparatur der Bausubstanz war der Abbau der Kanzelaltarwand und der Seiteneemporen aufgrund „neuer liturgischer Ideen“ gefordert. Die Abb. 8 zeigt den neu gestalteten Chorraum, der fast einen mittelalterlichen Eindruck machte. Dazu gehörte die nach Abbau der Kanzelaltarwand frei sichtbare (allerdings neue) Apsis mit vermauerter Osttür, der etwa dem der 2. Bauphase entsprechende massive Altar mit Kalksteinplatte und die an der Südseite auf massivem Podest stehende alte Kanzel. Weiterhin gab es ein hölzernes Kruzifix und zwei Messingleuchter auf dem Altar, die Taufe aus Sandstein und aufgearbeitete alte Liedanzeiger. Auf der Nordseite entstand der ölbefeuerte Großraumofen. Im Schiff waren die Seitenarme der Empore entfallen, dafür der Westteil erweitert worden, die Bänke von 1852 hatte man wieder verwendet. Der gesamte Raum erhielt eine schlichte Vermalung in hellen Tönen.

1981 stand der Einbau einer Fußbodenheizung an, zugleich wünschte die Kirchengemeinde eine weitere Umgestaltung des Chorbereiches für neue Gottesdienstformen²⁷. Da die gesamte Fußbodenkonstruktion aufgenommen werden musste, konnte das Landesverwaltungsamt Hannover - Institut für Denkmalpflege (siehe Anm. 12), eine archäologische Untersuchung des Baugrundes vornehmen. Mit dem neuen Fußbodenbelag nahm man die frühere Chorstufe bis unmittelbar vor die Apsis zurück, Schiff und früherer Chor erhielten einheitliche Höhe. Die massiven Prinzipalstücke des Altars und des Kanzelpodestes mit der Holzkanzel von 1852 entfielen. Stattdessen stellte man den neuen hölzernen Altartisch weiter nach Westen, im Halbkreis darum zwei Bankreihen. (Abb. 9) Die Vermalung erfolgte in Anlehnung



Abb. 9: Kirche Hondelage, Westansicht Schiff 1981, Stand 1986. Foto: LKA, Ref. 41.

an die klassizistische Situation von 1852 mit den Haupttönen ocker, weiß und grün. Die Orgel von 1875, seit 1972 außer Betrieb, konnte 1983 instand gesetzt werden.

1997 musste die Sanierung der Fundamente und des Innenputzes vorgenommen werden. Zugleich beschloss der Kirchenvorstand die neue Beleuchtungsanlage und andere farbliche Gestaltung der Architekturelemente²⁸. Der Innenraum wurde fortan von modernen Pendelleuchten erhellt, in dem in warmen Grautönen gehaltenen Innenraum erhielten die klassizistischen Bogengliederungen blaue Vermalung.

Seit Dezember 2004 stehen im Schiff historische Kirchenbänke von St. Martini, Braunschweig.

Die Kirche St. Johannes, Hondelage ist in Teilen etwa 700 Jahre alt. Im Mittelalter wurde sie von der Patronatsfamilie von Honlage gegründet und in drei Phasen so solide erbaut, dass sie in ihrer Grundsubstanz bis heute erhalten ist. In der Neuzeit waren die Kirche und ihre örtliche Organisation eng mit dem Patronat des Klosters Riddagshausen verbunden. Drei Neugestaltungen in den Stilepochen: Renaissance, Barock und Klassizismus veränderten den Innenraum. Im 20. Jh. gestaltete man ihn mehrfach neu nach Bedürfnissen der Kirchengemeinde. Bis in die Gegenwart sind die Abtwürde des Klosters²⁹ und das auf ihr beruhende Patronat nicht aufgehoben, sie unterstützen die Bauunterhaltung der Kirche.

Allgemeines

Die Planunterlagen und die Fotos wurden unter Genehmigung der Wiedergabe zur Verfügung gestellt vom Archiv des Landeskirchenamtes Wolfenbüttel (Abb. 6-9). Die Wiedergabe der Fotos (Abb. 1 und 3) erfolgte mit Erlaubnis von Jutta Brüdern.

Für die Korrekturlesung vielen Dank an Hans-Jürgen Engelking, für die Digitalisierung der Abbildungen an Mario Becker.

Sofern nicht gesondert angegeben, werden die folgenden Quellen durchgehend verwendet:

Meier, P. J.: Die Bau- und Kunstdenkmäler des Herzogthums Braunschweig, Bd. 2 Kreis Braunschweig. – Wolfenbüttel, 1900: S. 40: Hondelage; S. 121: Riddagshausen; S. 229: Wendhausen. (BUK) / Kleinau, Hermann: Geschichtliches Ortsverzeichnis des Landes Braunschweig, Bd. 1. – Hildesheim, 1967. S. 304: Hondelage; S. 262: Hegerdorf; S. 100: Riddagshausen. Und Bd. 2. – Hildesheim, 1968. S. 481: Riddagshausen. (GOV) / Bothe, Gerhard: Chronik des Dorfes Hondelage. – Hondelage, 1975. (Bothe) / Kimpflinger, Wolfgang: Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1.2, Stadt Braunschweig. – Braunschweig, 1996. S. 202: Braunschweig-Hondelage. (Kimpflinger) / Kretzschmar, Lars: Die Schunterburgen. – Braunschweig, 1997: S. 34. (Kretzschmar)

Anmerkungen

- 1 Erbe, Michael: Studien zur Entwicklung des Niederkirchenwesens in Ostsachsen vom 8. bis 12. Jahrhundert. – Göttingen, 1969. S. 161 ff.
- 2 Niedersächsisches Landesarchiv - Staatsarchiv Wolfenbüttel (NStAW): K 5656, Charte Feldmark Hondelage 1756, Ingenieur Fähnrich von Trew. (Dorfriss)
- 3 Landeskirchliches Archiv, Wolfenbüttel (LAW): Corpus Bonorum und Jura der (Hordorfer) Kirchen, Pfarren, Wittentums und Opferei, 4/1749. (Corpus bonorum) Darin: Abschriften verschiedener Urkunden. Auf dem Deckblatt erscheinen Abt Philipp Dreißigmark als geistlicher, Amtmann Ernst Selig als weltlicher Visitator. Verfasser war Pfarrer Julius Christian Dreißigmark (1739-1781). Abt Philipp Dreißigmark war der Onkel von Pfarrer Julius Dreißigmark, Hondelage. LAW: Nr. 863, Bd. III: Schreiben v. 16.01.1976: „Evt. Gründung nach Eigenkirchenrecht, da keine nennenswerte Dotierung.“
- 4 NStAW: 11 Alt Ridd Fb.1 Nr. 347. „Die Pfarr-Rechnungen zu Hondelage und Mascherode hat Abbas Dreißigmark mit Zuziehung des Closter-Gerichtes abgenommen, mithin die General- und Spezial-superintendenten als geistliche Visitatores die dasige Rechnung nie gesehen. Abt Jerusalem hat von beiden Orten keine Rechnungen abgenommen.“ / Seebaß, Georg und Freist, Friedrich-Wilhelm: Die Pastoren der Braunschweigischen Evangelisch-Lutherischen Landeskirche seit der Reformation, Bd. 1. – Wolfenbüttel, 1969. Bd. 2. – Wolfenbüttel, 1974. – Hieraus alle Personalien betr. Riddagshausen und Hondelage.
- 5 Dettmer, Vitus: LAW: Beiträge zur Geschichte und Statistik der Braunschweigischen Landeskirche, 28. Jg., 1918, Nr. 3 und 5. GOV, Bd. 2: S. 466: Querum.
- 6 Hagen, Rolf: Zur Geschichte des Braunschweigischen Kloster- und Studienfonds. – Braunschweig, 1985. S. 11 ff. (Hagen)
- 7 Beste, Johannes: Das Kloster Riddagshausen. Ein Geschichtsbild. – Wolfenbüttel, 1898. LAW, wie Anm. 3: Schreiben v. 31.10.1983.
- 8 LKA, Hauptregistratur: Patronatsrechte und Patronatsbaulast incl. Archivalische Recherchen zum Patronatsrecht in der Landeskirche, Bd. 4, 1998/1999. Schreiben 30.10.1998: „1972 und 1976 hat die Kirchenregierung (für den Patronatsherrn) die Pfarrstelle besetzt. Mit der Besetzung 1995 tritt der verfassungsgemäße Normalfall der abwechselnden Wahl durch die Kirchengemeinde ein.“
- 9 LAW: Nr. 863, Bd. II I, wie Anm. 3: „Die (urspr.) primäre Baulastverpflichtung des Klosters an der Kirche war Ende 17. Jh. durch Zinseinnahmen des Legates 500 rt Witwe Tuckermann in eine subsidiäre umgewandelt. Das Kloster kam für Kirchenbauten nur auf, soweit Eigenmittel nicht ausreichten. Seit der westphälischen Zeit (1807-1813) wurde das Stiftungskapital bis 1816 für Kirche und Pfarrhaus aufgebraucht.“
- 10 LAW: OA Hondelage 52, Das Haus ist zwischen 1847 und 1861 gründlich repariert worden. Bd. III 863, Vermerk LKA v. 26.05.1976: „Im Verlauf der Eingliederung Hondelages in den Stadtkirchenverband Braunschweig soll eine Pfarrstelle geschaffen werden. Renovierung des Hauses günstiger als Neubau“, ab 1977 modernisiert. Am 01.07.1977 löste die Stadt Braunschweig die Bauunterhaltungspflicht am Pfarrhaus ab.
- 11 Als Vorlage diente der Bestandsplan, Maßstab 1:50, des Stadtkirchenbauamtes Braunschweig vom 17.12.1980 mit realen Maßen bis Unterkante Schiffdecke. Zum Aufmaß der oberen Bereiche und der zur Baugeschichte dienenden mittelalterlichen Bestände leistete Ortsheimatpfleger Dieter Kühn freundliche Hilfe.
- 12 Niedersächsisches Landesverwaltungsamt Hannover – Institut für Denkmalpflege: Sign. Stgr.105, Inv. Nr. 81:1/1-23, Grabungsleitung H. Rötting, Grabungszeit 25.02. bis 13.03.1981. Von der gesamten Dokumentation konnte nur der Bericht aufgefunden werden, der im September 2009 dem Ev.-luth. Pfarramt Hondelage zur Verfügung gestellt wurde (Rötting).
- 13 Mohr, Jürgen: Dachwerke Braunschweigischer Dorfkirchen. – Aachen und Mainz, 1989. S. 96 (Mohr).
- 14 LAW: Pa Hondelage 248, Pfarrer Enhelhardt an Visitatoren 18.10.1838, darin: Zwischen 1700 und 1799 keine Beteiligung des Klosters an Baukosten, da Arbeiten nicht „important“. Kirche hat in dieser Zeit alle kleineren Reparaturen aus eigenem Vermögen bezahlt. LAW, wie Anm. 9. Für neues Dachgerüst kein Hinweis.
- 15 Pfarramt Hondelage: Handzettel zur Turmbesteigung ca. 1990, darin: Große Glocke von 1961, Vorgängerglocke musste im 2. Weltkrieg abgegeben werden. Kleine Glocke 1861 umgegossen, davor 1510 (Corpus bonorum) aus der aufgegebenen Kirche Hegerdorf überführt.
- 16 BUK, Wendhausen und Hondelage: Stifter der Kanzel um 1729 war der schwedische Graf Moritz von Volling, der als Diplomat Gast des Grafen Dehn in Wendhausen war. Volling hatte bereits 1722 der Kirche Wendhausen 2 Altarleuchter gestiftet. Die Schenkung der Kanzel kann mit der gescheiterten Neuausstattung der Kirche Wendhausen zusammenhängen. Wendhausen war 1679 und 1733 Filial von Hondelage.
- 17 Derartig kleine Kanzelaltäre gibt es heute kaum noch in der Landeskirche. In der Fotosammlung des LAW (ohne Signatur) befindet sich ein ähnliches Beispiel der Kirche Opperhausen, Propstei Gandersheim, von ca. 1960. Seither ist dort die Kanzel abgenommen worden.
- 18 Die seit 1852 an der Südfassade der Kirche angebrachten Grabmale betreffen von Ost nach West: Elsa Wiendruwe, Philipp König, Margareta Bernd, Christian Gebhardi, Eberhard König.
- 19 wie Anm. 15, darin deutsche Übersetzung der lateinischen Inschrift im Grabmal Gebhardis, südlich des Altars.
- 20 LAW: 002184 Hondelage, Kirchenrechnungen R1-R3 1744-1811, R4 1811-1834. 1816 schloss die Kirchenrechnung mit einem Passivsaldo. Die Kirche war ohne Vermögen, 1830 sogar mit 100 rt verschuldet. Sie erhielt seit 1831 von der Kirche Ölper vorläufig den Zuschuss von 20 rt/Jahr. LAW: wie Anm. 14.
- 21 LAW: Pa Hondelage 248 mit Plankopie Engelhardt ca. 1841. LAW: OA Hondelage 32.
- 22 NStAW: 76 Neu Fb 2, Nr. 242. Von Gotthardt, 1846 pensioniert, sind keine Neubaupläne von Kirchen bekannt.
- 23 Rost, Falko: Oberbaurat Carl Liebau (1780-1842) Der Architekt klassizistischer Kirchen zur Wirkungszeit Peter Joseph Krahes in Braunschweig 1803-1837, S. 161, in: Harzeitschrift 61. Jg. 2009. – Berlin, 2009.
- 24 NStAW: 76 Neu Fb 2, Nr. 136. Böttcher, Roland u. a.: Die Architekturlehrer der TU Braunschweig 1814-1995. – Braunschweig 1995. S. 1: Der spätere Professor Ahlburg leitete auch seit 1847 den Pfarrhausumbau und vor 1857 die umstrittene Restaurierung der Klosterkirche Riddagshausen und den Abbruch der Konventsgebäude.
- 25 NStAW: 126 Neu, S. 44, Nr. 649.
- 26 LKA, Hauptregistratur: Hondelage- Kirchenbau 1956-1959.
- 27 LKA, Ref.41, Bauakte Hondelage. Evangelische Zeitung Nr. 16, 18.04.1982.
- 28 LKA, Ref.41, Bauakte Hondelage. Braunschweiger Zeitung 27.01.1998, Redakteur Schäfer.
- 29 LKA, wie Anm. 8: Schreiben 12.06.1998: „Die Patronate der Äbte zu Riddagshausen werden wegen der Nichtbesetzung der Prälaturen nicht ausgeübt. Da sie formell nicht aufgehoben sind, bestehen sie fort.“ Sie sind jedoch dauernd vakant.

Der Omnibusbau der Firma BÜSSING in Braunschweig

– Teil 2 –



Text von Dr. Eckhard Fischer

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Nachholbedarf in der Verkehrstechnik außerordentlich groß. Der Eisenbahnverkehr war durch die Kriegsereignisse zum großen Teil lahm gelegt. Eine Zeit für aufwendige Omnibus-Neukonstruktionen stand unter diesen Umständen nicht zur Verfügung. Man griff daher auf die bisherigen Konstruktionen zurück und baute Omnibusse wie vor dem Krieg. Das bedeutete Fahrgestell und Aufbau waren getrennt voneinander. Die immer größer werdenden Anforderungen an die Omnibusse, möglichst viele Menschen zu transportieren, führten zu der Überlegung neue Konstruktions-Prinzipien einzuführen. Berücksichtigt werden musste

dabei eine der Hauptforderungen, das Leergewicht des Fahrzeugs zu verringern. Dies führte zu dem Hauptaugenmerk, das Fahrgestell zu ändern. Da sich die Rahmenfahrgestelle zur Aufnahme der Omnibus-Aufbauten vom Lastkraftwagen-Fahrgestell ab-



Abb. 7: Der TU 11

leiteten, war hier ein Konstruktionsschwerpunkt entdeckt worden. Im Laufe der Entwicklung unterschieden sich die Fahrgestelle durch eine niedrige Lage der Rahmenoberkante über der Fahrbahn und durch eine weichere Federung. Der Rahmen war so bemessen, dass er die gesamte Last tragen konnte. Die Karosserie wurde zur Aufnahme der Last nicht mit einbezogen. Zu Wartungszwecken ließ sich der Motor ausschwenken.

Ende 1956 begann die Konstruktionsarbeit zur Einführung der Luftfederung, die zur Verbesserung der Federungseigenschaften führen sollte. Auf der internationalen Automobilausstellung 1957 zeigte BÜSSING zum ersten Mal vollluftgefederte Omnibusse, und zwar den TU 11 in Verbundbauweise, sowie den Prototyp eines selbsttragenden Trambusses TU 5 S. (Abb. 7) Im Jahr 1958 wurde eine Reihe von BÜSSING-Omnibus-Fahrgestellen auf Luftfederung umgestellt, sodass der Kunde diese Fahrzeuge wahlweise mit Luftfederung oder Blattfederung beziehen konnte. Es waren die Typen TU 11, TU 10, TU 7, TU 5 und zwei Doppeldecker-Omnibusse mit Orenstein-Koppel-Wagenkasten und BÜSSING-Bausatz. Bei dieser Bauweise war nach wie vor die Karosserie auf den Rahmen aufgesetzt und hatte ein eigenes Bodengerippe. Die Karosserie wurde in die Festigkeitsbetrachtungen nicht mit einbezogen; es wurden nur die Rahmen als tragend angesehen. Die Federung der Fahrzeuge war die bewährte Blattfeder. BÜSSING liefert als erste Omnibusfirma in der Bundesrepublik serienmäßig luftgefederte Omnibusse.

In einfachster Ausführung entstand um 1959 ein unter der Bezeichnung „Olu“ (Omnibus-Lastwagenfahrgestell-Unterflurmotor) laufender Sonder-Omnibus-Typ. Das Fahrgestell für dieses Fahrzeug war in seinen Bauteilen eng an den neu aufgelegten Lastkraftwagen „Burglöwe“ angelehnt. Überlegungen, den Fahrgestellrahmen im Gewicht erleichtern zu müssen, d.h. schwächere Längsträger zu verwenden, führten zwangsläufig zu Konstruktionen, die Karosserie tragend auszubilden. Hierbei ist ein Fahrgestell-Rahmen zur Aufnahme aller Fahrgestell-Bauteile noch vorhanden; er ist aber so schwach bemessen, dass er allein zur Aufnahme der Last

nicht mehr ausreicht. Rahmen und Karosserie wurden als Einheit betrachtet. Äußerlich kam dies dadurch zum Ausdruck, dass Rahmen und Karosserie fest miteinander verbunden (verschraubt oder verschweißt) wurden. Diese Konstruktion wurde „Verbundbauweise“ genannt.

Es ergaben sich folgende Typen:

- 455 T (1955 wurden ca. 200 Omnibusse nach Bogota/Kolumbien geliefert),
- TU 11 (U 11 Motor in der Fahrzeugmitte, Heckplattform und Fahrgastflucht von hinten nach vorn),
- TU 7 / TU 5 (kleinere Omnibusse nach gleichem Bauprinzip).
- In den folgenden Jahren entstanden als Weiterentwicklung die Typen:
- 14 RU 10 und 13 RU 10 (Die Zahlen 14 R und 13 R bedeuten die Sitzreihen. Beide Trambusse hatten das gleichartige Fahrgestell, jedoch mit verschiedener Baulänge.)

So entstand das Verbund-Fahrgestell 11 R U 7 H, das an der Hinterachse mit Luftfederung ausgerüstet war. In den beiden folgenden Jahren entstanden die Verbund-Fahrgestelle 12 RU 7 H und 13 RU 7 H mit einer größeren Länge weiter entwickelt. Diese Typen erhielten später auch Luftfederung an der Vorderachse. Die Weiterentwicklung führte zu einer „Selbsttragenden Karosserie mit 4 Längsträgern“. Bei ihr haben sowohl die Seitenwände zwischen Bodengurt und Fenstergurt als auch zwei Mittelträger zwischen Gepäckraum-Unterkante und Fußboden-Unterkante ungefähr die gleiche Höhe (ca. 59 cm) und sind daher gleich steif. Damit verteilt sich die Last gleichmäßig. Diese Bauart wurde besonders bei Reiseomnibussen bevorzugt, bei denen die große Gepäckraumhöhe unterhalb des Fußbodens den Einbau hoher Mittelträger zuließ.



Abb. 8: Der Konsul 11 von 1962

Die Frage nach weiterer Reduzierung des Omnibus-Leergewichtes führte zum Leichtbau. Von der Seite des Verbandes öffentlicher Verkehrsbetriebe (VöV) wurde die Forderung gestellt, dass ein Omnibus mehr als sein Eigengewicht tragen sollte. Für die Stadtomnibusse wurde weiter verlangt, dass der Fußboden sehr niedrig über der Fahrbahn zu liegen habe, um das Ein- und Aussteigen bequem und schnell zu ermöglichen. Diese Forderung führte zu einer rahmenlosen Bauweise, bei der nur noch die Seitenwände die Last aufnahmen und der Fußboden die Lasten an die Seitenwände heranführte. Berücksichtigt man, dass Fußboden und Dach so ausgeführt wurden, die Verwindungskräfte der Karosserie mit aufzunehmen, entsteht ein tragendes Gebilde, das wie der Querschnitt eines Rohres aussieht. Diese selbsttragende Bauweise mit zwei Seitenwandlängsträgern wurde als Rahmenbauweise bezeichnet. Die Seitenwände wurden als Trägerkonstruktion nach Regeln der Statik berechnet.

Der erste Trambus dieser Bauart, der Typ 12 R U 5 H (Röhre), mit 620 mm Fußbodenhöhe wurde auf der internationalen Automobilausstellung 1959 gezeigt. Das Besondere war außer der selbsttragenden Röhrenbauweise der sehr tiefe Fußboden von 620 mm Höhe in der Fahrzeugmitte, so dass am Ein- und Ausstieg nur noch eine Stufe vorhanden war. Die Stadtomnibusse früherer Bauart hatten eine Fußbodenhöhe von 850 bis 950 mm. Bei einer Fahrzeuglänge von 10,70 m war mit diesem Trambus gegenüber dem früheren 10,70 m langen Omnibus TU 10 in Rahmenbauweise eine Gewichtsverminderung von etwa 2 t erreicht. 1 t kam aus der Einsparung am Karosserie-Gewicht und ca. 1 t von der Einsparung am Fahr- und Triebwerksgewicht. Kleinerer Motor, leichteres Getriebe, kleinerer Kühler und kleinere Reifen. Ferner wurde ein etwas längerer Wagen, der 13 RU 7 H (Röhre) mit 820 mm Fußbodenhöhe als Überlandwagen gebaut.

Mit der Neugestaltung des Trambusses war die Einführung der Motorenanordnung im Heck verbunden, da der vordere mittlere Raum der Trambusse beim Einmann-Betrieb (im Stadtverkehr) für den Fahrgastfluss frei gehalten werden musste. Der Heckmotor machte neue Lösungen für den Antrieb, Kühlung, Luftansaugung und Motorzugänglichkeit notwendig.

Auch die Deutsche Bundesbahn verlangte eine erhebliche Senkung des Fahrzeuggewichtes, sodass Ende 1959 / Anfang 1960 der Fahrzeugtyp mit Mittelmotor in selbsttragender Röhrenbauweise neu konstruiert wurde. Der neue Bundesbahn-Trambus wurde knapp 12 m lang. Es blieb bei der Verwendung des U 10 Motors. An Motor- und Fahrwerksgewicht konnte deshalb nichts eingespart werden. Die Gewichtsreduzierung lag allein in der Verminderung des Wagenkastengewichtes. Dieser Typ, 14 RU 10 M, erhielt später die Bezeichnung „Präsident“.

Gleichzeitig wurde für die Hamburger Hochbahn unter Verwendung des auf der internationalen Automobilausstellung 1959 gezeigten Bauprinzips des Leichtbau-Heck-Trambusses ein neuer Typ 11 RU 7 H (Röhre) entwickelt. Der Wagen lehnte sich in seiner grundsätzlichen Bauart an den 12 RU 7 H (Röhre) mit 620 mm Fußbodenhöhe an, hatte aber eine größere Fußbodenhöhe von 820 mm. Auf Wunsch der Hamburger Hochbahn erhielt dieses Fahrzeug schräge Fenstersäulen. Die Zahl der Fahrzeuge in selbsttragender Röhrenbauweise wurde systematisch zu einem folgerichtigen Programm erweitert. Die Variationen lagen in den unterschiedlichen Sitzreihen. Die Sitzreihenzahlen waren 11; 12; 13; 14 und 15. Auch die Fußbodenhöhen waren unterschiedlich ausgebildet, von 620, 820 und 950 mm über der Fahrbahn. Der Typ Konsul 11 hat eine kombinierte Federung aus Stahlblatt- und Gummifedern erhalten. Die Vorderachse hat unter der Feder zwei Längslenker, durch die trotz weicherer Federung ein ruhiger Lauf der Vorderachse und eine ruhige Lenkung erreicht wurden. (Abb. 8)

Der Wunsch, die Anzahl der im Omnibus zu befördernden Personen zu vergrößern und damit die Rentabilität des Omnibus-Betriebes zu erhöhen, führte sehr bald zur Einführung des Omnibus-Anhängers. Dieser Anhängerbetrieb wurde mit Einführung der Gelenkzüge aufgegeben. Die Neuordnung des Straßenverkehrs ab Mitte 1960 beschränkte die Verwendung von Omnibus-Anhängern auf Ausnahmefälle.

Seit 1960 lieferte BÜSSING Omnibusse entweder in Verbund- oder Röhrenbauweise (Gerippe). Die Typenbezeichnungen blieben gleich. Auch dem Unterflurprinzip blieb BÜSSING bis zum Ende treu. Dabei wurde der Motor überwiegend im Heck angeordnet. Die Ausnahme war der Typ „Konsul“. Hier lag der Motor zwischen den beiden Achsen. Die eigene Konstruktion und der Bau von kompletten selbsttragenden Doppeldecker-Omnibussen begannen erst wieder 1962, wobei das Bauprinzip der Röhrenbauweise Anwendung fand. Anlass zu dieser eigenen Konstruktion war der Wunsch der Stockholmer Straßenbahnen, dort Doppeldecker-Omnibusse im Linienverkehr einzusetzen. Auch waren die Überlegungen von den Verkehrsbetrieben Berlin, einen neuen Doppeldecker-Omnibus zu schaffen, für den ein entsprechender BÜSSING-Bausatz notwendig wurde, mitbestimmend.

Erste Inlands-Modelle der Doppeldecker-Omnibusse wurden auf der internationalen Automobilausstellung 1963 vorgestellt. Hierbei lag der Unterflur-Motor erstmalig bei einem Doppeldecker-Omnibus im Heck des Fahrzeugs. Der Fußboden im Unterdeck war besonders tief gelegt worden (450 mm über der Fahrbahn). Dieses bedingte eine besondere Konstruktion (Kröpfung) der Vorder- und Hinterachse. Beides waren starre Achsen. Das Oberdeck hatte einen Mittelgang, sodass die Sitzbänke seitlich dieses Ganges zugänglich waren. Die Gesamthöhe des Omnibusses überschritt nicht die höchstzulässige Gesamthöhe von 4 m, die für alle Straßenfahrzeuge Gültigkeit hatten. In Großbritannien war die maximale Höhe 4,57 m. Der ausgestellte Doppeldecker-Omnibus hatte 92 Sitzplätze; auf der IAA 1965 wurde der Omnibus bis zu einer Sitzplatzzahl für maximal 100 Personen erweitert.

Mit dem Doppeldecker-Omnibus ist auch eine neue Achsaufhängung entwickelt worden, bei der die starre Vorder- und Hinterachse durch Längs- und Winkellenker geführt wurde. Jetzt wurde eine einheitliche Vorderachse für alle Typen (Eindecker- und Doppeldecker-Omnibusse) entwickelt. Seit Anfang 1965 wurden alle BÜSSING-Omnibusse damit ausgerüstet.

Schwerpunkt der Omnibusproduktion war der Stadtlinienbus. 1964 stellte BÜSSING 48 % der im Stadtlinienverkehr eingesetzten Omnibusse. Als Sonderausführung der Doppeldecker muss der 1½-Decker-Trambus erwähnt werden; er wurde erstmalig für BÜSSING auf einem

Spezialfahrgestell von einer Essener Karosseriefabrik gebaut. Bei diesem Fahrgestell wurde die Luftfederung an der Hinterachse mit einer Gummifederung kombiniert. Später durch eine Luftfederung an der Vorderachse ersetzt. Die neuen Typen dieses Trambusses haben für Stadtlinien- und Überlandverkehr ein Präsident-Fahrgestell mit einem U 7 (150 PS) oder U 11 (170 PS) Motor. Das Fassungsvermögen für den Stadtlinienverkehr betrug bis zu 165 Personen und für den Überlandverkehr 134 Personen (66 Sitz- und 68 Stehplätze). (Abb. 9)

Im Hinblick auf die ständig steigende Bedeutung des Omnibusses für den Personennahverkehr war es dringend notwendig, seine technische Gestaltung und Entwicklung stärker als bisher, einheitlich auf die neuen verkehrstechnischen und betrieblichen Bestimmungen abzustimmen. Bereits 1959 wurde vom VöV-Kraftfahrzeugausschuss die Forderung nach einem 11 m langen Einheitsbus erhoben. Vom Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe (VöV) wurde der Arbeitskreis „Standardlinienomnibus“ gegründet. In einer Gemeinschaftsarbeit und mit Unterstützung des V.V-Kraftfahrzeugausschusses wurde 1967 eine technische Spezifikation erstellt. In dieser technischen Unterlage wurden die Anforderungen an einen modernen Standard-Omnibus festgeschrieben. Unter anderem:

- Die Fahrzeuglänge sollte einheitlich 11 m betragen.
- Eine Fußbodenhöhe von 725 mm.
- Ausführung A; 13 Sitzreihen, 44 Sitzplätze und 61 Stehplätze.
- Ausführung B; 37 Sitzplätze und 78 Stehplätze.

BÜSSING baute 1967 nach diesen Richtlinien den ersten Standardlinienbus und zeigte dieses Modell im gleichen Jahr auf der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt/Main. Das Fahr- und Triebwerk stammte aus der Präfekt-Reihe. Dieser Standardlinienbus wurde mit den Motorvarianten U 7D; U 10 und U 11 D mit einer maximalen Leistung von 195 PS angeboten. Dieser Standardlinienbus ersetzte die bisherigen Stadtbus-Ausführungen des Präfekt-Omnibusses. Durch die gelungene Gestaltung der Einstiege war es nicht mehr erforderlich, eine Omnibus-Variante mit 620 mm Fußbodenhöhe für den Stadtverkehr anzubieten. Die Fußbodenhöhe von 725 mm ergab einen stufenlosen Innenraum bis zur Frontbank. (Abb. 10 und 11)

Die Karosseriebetriebe bei denen BÜSSING seine Fahrzeuge aufbauen ließ, sind nicht mehr vollständig nachvollziehbar. Der Schwerpunkt der eigenen Fabrikation der Karosserie im Werk Braunschweig, Werk Braunschweig Querum und Werk Watenstedt lag in der Hauptsache bei den Stadtomnibussen und den Überlandomnibussen. Ab 1972, nach der Übernahme durch die MAN-Nutzfahrzeuge wurden einige Fahrzeuge noch weiter produziert, aber von MAN vertrieben und mit der eigenen Omnibusproduktion vernetzt.

Quellenangaben:

Alle verwendeten Bilder:
Heinrich-Büssing-Archiv Nordsteimke.
Fischer, Eckhard:
Die Firma Büssing. – Salzgitter 2010.



Abb. 9: Der Präsident 14 R von 1961

Abb. 10: Der Senator von 1961

Abb. 11: Der Präfekt von 1968

Frühere Okerläufe bei der Mühle Rüningen

Text von Prof. Dr. Wolfgang Meibeyer

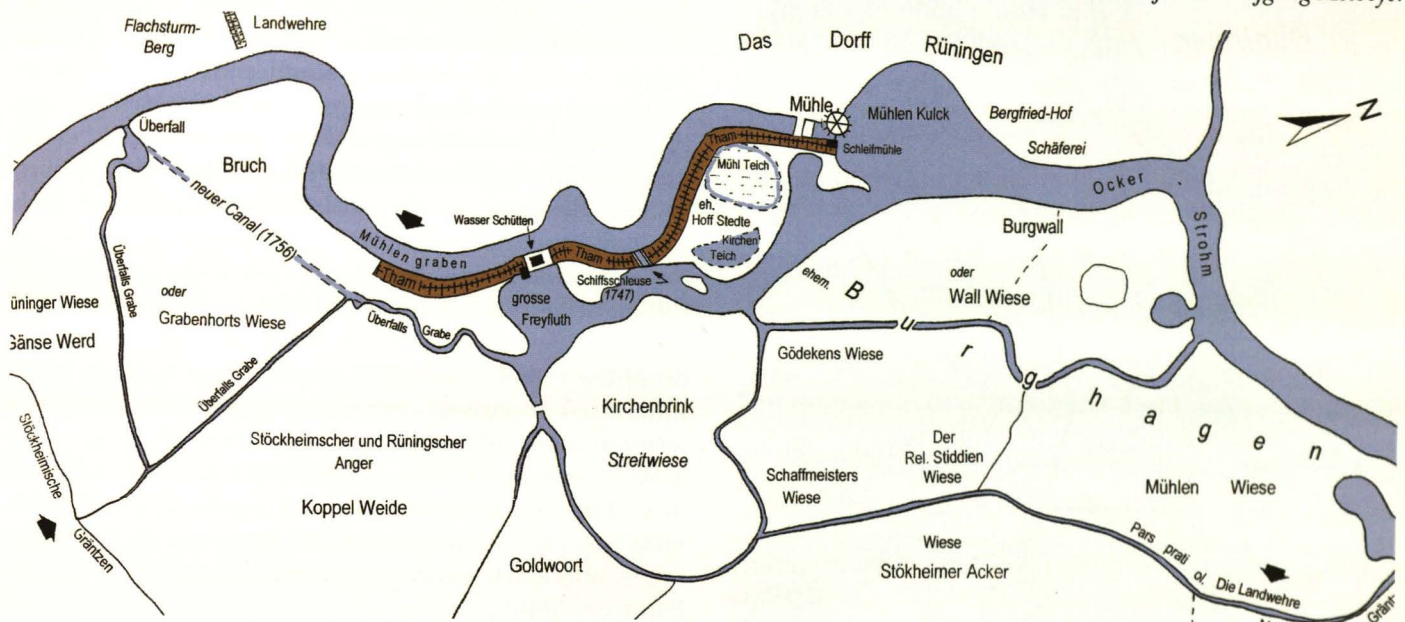


Abb. 1: Umzeichnung einer Karte der Okergewässer bei Rüningen um etwa 1720(?) mit Nachträgen (ca. 1756) sowie eigenen Ergänzungen (Stadtarchiv Braunschweig: H XI 43 h Rüningen 1).

Fluss- und Bachläufe dienen als naturgegebene Hemmnisse des Landverkehrs von je her als vermeintlich sichere und unstrittige Grenzziehungen zwischen unterschiedlichen Territorien. Das gilt auch für viele dörfliche Feldmarken hier bei uns. Dementsprechend trennt der Okerlauf zwischen Wolfenbüttel und Braunschweig von alters her die Gemarkungen der westlich und östlich anliegenden Orte – allerdings mit einer auffälligen Abweichung zwischen Rüningen und (Klein) Stökheim. Dort nämlich befindet sich einiges Rüniger Wiesenland auf der „falschen“, also der (Klein) Stökheimer Seite östlich der Oker. Streitigkeiten zwischen beiden Orten um Teile dieses Landes gab es bereits im 15. Jahrhundert¹. Die Erforschung der Hintergründe der dortigen Abweichung des Verlaufs von Flussbett und Grenze vor allem an Hand älterer Kartenüberlieferung fördert aufschlussreiche Neuigkeiten über die Entwicklung der örtlichen Gewässerverhältnisse der Oker sowie des Dorfes selbst seit dem Mittelalter zutage – darüber im Folgenden.

Eine undatierte Vermessung ohne Angabe des Geometers oder Zeichners (wohl bald nach 1700 entstanden) als Altkarte im Staatsarchiv Wolfenbüttel sowie ein mit Nachträgen (um 1756) versehenes Duplikat derselben im Stadtarchiv Braunschweig (etwa im Maßstab 1:2000) offenbaren wichtige Informationen – allerdings mehr durch den ihnen beigefügten ausführlichen Erläuterungstext als durch ihr eigentliches Kartenbild über die damaligen Gewässerverhältnisse bei der Rüniger Mühle².

Die in Abb. 1 vorliegende Abzeichnung dieser Altkarte, vom Verfasser nunmehr mit Einfügung der textlichen Erläuterungen und der späteren Nachträge in das Kartenbild versehen, gibt die Okergewässer bei der Mühle bereits im Wesentlichen so wieder, wie man sie dort bis etwa 1964, dem Beginn der

großzügigen Regulierung des Flusses, kannte und – was den eigentlichen Okerzulauf zur Mühle betraf – für natürlich gebildet zu halten pflegte. (Abb. 2) Entsprechend äußerte sich auch W. Bornstedt in seinem Rüniger Dorfbuch (S. 211). Dazu im Gegensatz bezeichnet jedoch die Altkarte diesen Zulauf aber ausdrücklich als Mühlengraben, der hier leicht mäandrierend auf die Mühle zufließt. Auf seiner Westseite berührt er unmittelbar die bäuerlichen Hofgrundstücke des Dorfes. Auf seiner talseitigen Ostseite begleitet ihn ein ca. 230 m lang aufgeworfener breiter Damm bis zur Mühle. Darauf verläuft heutzutage die Berkenbuschstraße. Somit erweist sich dieser zwischen dem westlichen natürlichen Anstieg des Geländes zur Dorflage hin und dem damals von den Mühlenbesitzern unterhaltenen Mühlendamm gleichsam eingezwängte Wasserlauf als gar nicht natürlich gebildet, sondern als ursprünglich einmal künstlich angelegter Kanalgraben für den Betrieb der mittelalterlichen Wassermühle! Keinesfalls ist dieser bisher als natürlich angenommene und als Oker verstandene Wasserlauf also wirklich der ursprünglich natürliche Fluss – selbst wenn er auch später noch gewohnheitsmäßig so als Oker bezeichnet wurde und auch weiter nordwärts unterhalb der Mühle hinter dem Mühlen Kulck sogar auf der Altkarte selbst als Ocker-Strom eingetragen erscheint.

Wo aber ist die wirklich natürliche Oker überhaupt zu suchen? Diese Frage beantwortet weitgehend der alte Verlauf der Gemeindegrenze zwischen Rüningen und (Klein) Stökheim, wie uns dieser seit der Braunschweigischen Generallandesvermessung des 18. Jahrhunderts, hier 1749/73 (Rüningen) und 1752 (Klein Stökheim) durchgeführt, exakt festgelegt und vermessen bekannt ist³. Im Wesentlichen ist eben dieser Grenzverlauf als identisch anzusehen mit dem tatsächlich natürlichen alten – während der Jahrhunderte zugeschlammten und verlandeten – Alt-Okerlauf, allerdings

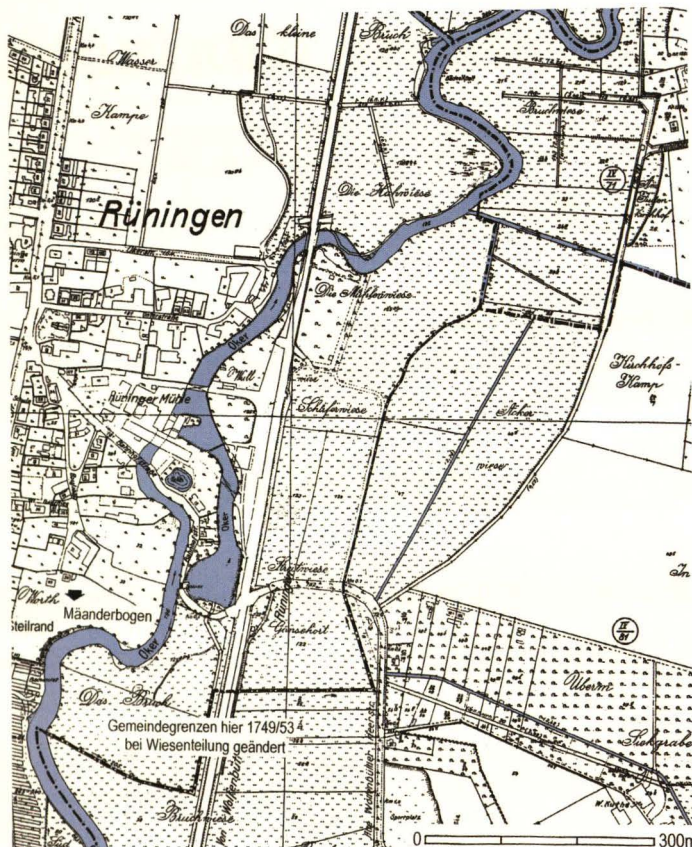


Abb. 2: Okergewässer bei Rünigen 1938. Verkleinerter Ausschnitt aus der Stadtkarte Braunschweig 1:5000, Bl. SW 21 (Vermessungsamt der Stadt, 1.8.1938).

mit Ausnahme des südlichen Abschnitts bei dem früher einmal umstrittenen Wiesengelände (Flurname: Streitwiese!). (Abb. 1 und 2) Dort wurde den Stöckheimern 1456 vertraglich zunächst eine Mitnutzung zugestanden⁴. Viel später kam es dann während der Landesvermessung zu einer Aufteilung des Geländes und entsprechender Veränderung der Grenzen in diesem Bereich⁵. Die eingangs angesprochene Beobachtung der häufigen Übereinstimmung von Feldmarksgrenzen und Flusslauf hat demnach auch hier ursprünglich gegolten, und erst im Nachhinein veränderte sich die Situation durch die Veränderung der Abflussverhältnisse, die schließlich zur Verlandung der Alt-Oker führten. Deren tatsächlich früher anderen, weiter östlichen Verlauf bestätigt darüber hinaus eine der nachträglichen Eintragungen in der nordöstlichen Ecke der Altkarte (vgl. Abb. 1). Dort wird ein mit der Meveroder Grenze übereinstimmender, an den Fluss angeschlossener Wiesengraben als einstmalige Landwehr (ol. Landwehre) bezeichnet. Die mittelalterliche Braunschweiger Stadtlandwehr war nämlich nur in den höher liegenden bodentrockenen Gelände-Abschnitten ihres Verlaufs als aufwändige Wall-und-Graben-Anlage ausgeführt. Wo sonst irgend möglich schloss man sie an Wasserläufe an, so zwischen Ölper und Veltenhof an den Okerlauf, im Norden und Osten der Stadt an Schunter und Wabe sowie zwischen Meverode und Rünigen wieder an die Oker, und diese Fließgewässer übernahmen dann die Funktion der Landwehr. Damit bezeugt auch der Landwehr-Hinweis auf der Karte hier den ehemaligen Oker-Flusslauf östlich von Rünigen, von dem nach 1700 nur noch ein Wiesengraben fortlebte, der hier in seiner Nachfolge weiterhin die Grenze zu Meverode und weiter südlich dann zu (Klein) Stöckheim bildete. (Abb. 1)

Wie kam es überhaupt zur Veränderung der Gewässerverhältnisse? Alles dürfte damit begonnen haben, dass man bei dem der hochmittelalterlichen Burganlage zugehörigen Herrenhof in Rünigen die Anlage einer Wassermühle beschloss. Dafür wurde von dem damals südlich des Dorfes im westlichen Randbereich der Talniederung fließenden natürlichen Okerlauf ein Kanal abgeleitet und dieser, notwendigerweise zur Aufrechterhaltung des Wasserstandes von einem langen Mühlendamm flankiert, der am östlichen Dorfrand neu angelegten unterschlächtigen Mühle zugeführt. Der damit wasserarm gewordene natürliche Alt-Okerlauf ist dann auch in Folge der häufigen (Harz-)Hochwässer nach und nach zugeschlammmt und verlandet. Um die Mühle durch zu viel Überschusswasser (etwa bei Hochwasser) nicht zu gefährden, ließ man dieses durch ein in den Damm eingebautes Wehr (Wasser Schütten) seitwärts in die Talaue ab (Freyfluth) und an der Mühle vorbei flussabwärts ablaufen; dazu diente ebenfalls zusätzlich der noch weiter aufwärts eingezeichnete Überfall mit angeschlossenen Wiesengraben (Überfalls Grabe) sowie nach 1756 ein neuer Canal. (Abb. 1) Östlich des Dammes bildete sich in der Talaue die in der Altkarte wiedergegebene, so ausdrucksvolle amphibische Sumpflandschaft durch das an der Mühle vorbei abgehende Flusswasser. Ganz offensichtlich hat der künstliche Mühlengraben bald den Großteil des Okerwassers geführt und dadurch seinen Fließquerschnitt erosiv immer mehr erweitert. So wurde er nach Wasserführung und Erscheinungsbild schließlich zu einem quasi natürlichen Fluss. Als sol-

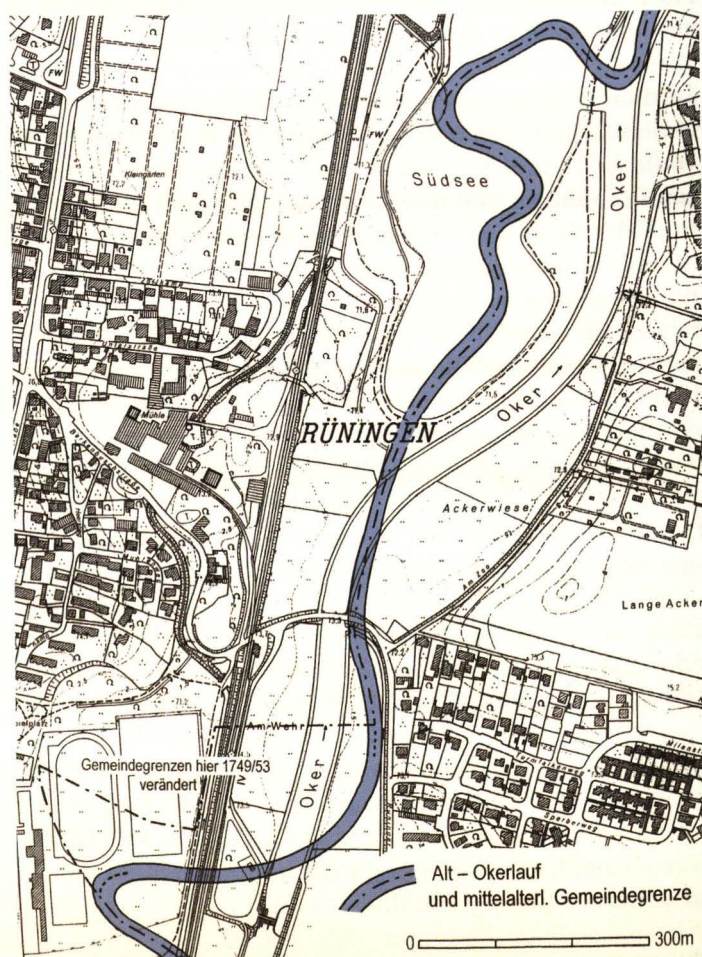


Abb. 3: Das neue Okerbett bei Rünigen 1986 mit Einzeichnung des mittelalterlichen Okerlaufs und der damaligen Gemeindegrenze. Verkleinerter Ausschnitt aus der Deutschen Grundkarte 1:5000, Bl. 3729/25a (Katasteramt Braunschweig 1986).

chen haben wir ihn in seinem Verlauf bis 1964 direkt neben der Berkenbuschstraße, damals noch Bahnhofstraße, auch erlebt. – Kurz zusammengefasst: Nach Ableitung des meisten Okerwassers durch den neuen Mühlengraben begann zwar das alte Okerbett zu verschwinden, der dadurch aber markierte Grenzverlauf zwischen den beiden Dörfern blieb trotzdem weiterhin gültig. – Südlich des Dorfes aber, direkt neben dem dortigen (westlichen) Landwehr-Wall (vgl. Abb. 1 und 2), erkennt man zudem einen ausgeprägten Mäanderbogen, mit dem sich der vom Mühlgraben ja wieder zu einem regelrechten Fluss mutierte Wasserlauf am Prallhang erodierend mit einem ansehnlichen Steilrand in den sandigen Terrassenkörper am Flachsturm-Berg hineingefressen hat. (Abb. 3)

Indem die Altkarte östlich des Mühlendamms zwischen dem zugeschlämmten Mühl Teich und dem Kirchen Teich eine Hoff Stedte, also einen (auch in den Akten der Landesvermessung so erwähnten)⁶ ehemaligen Hofplatz, anführt, wird deutlich, dass Mühlengraben und Damm bei ihrer Anlage in die alte Dorflage geradezu hineingeschnitten wurden und durch sie sogar ein bäuerliches Anwesen abgetrennt wurde – auch dieses ein beachtlicher Hinweis darauf, dass der Mühlenzufluss nicht dem ursprünglichen natürlichen Okerlauf entspricht.

Darüber hinaus eröffnet die Karte noch einen Ausblick auf einen Aspekt der älteren Topografie des Dorfes. Als möglicher Fingerzeig auf den ehemaligen Standort der wohl nur kleinen Rüninger Burganlage, als Burgwall 1464 in Lehnsbesitz der Braunschweiger Patrizierfamilie von Kalm erwähnt⁷, konnte bislang nur der Flurname Wall Wiese gegenüber der Mühle auf dem jenseitigen Ufer der vermeintlichen Oker geltend gemacht werden. Zweifel daran wegen der durch den dazwischen liegenden Flusslauf getrennten und daher fraglichen Lagebeziehung zwischen der Burg und ihrem zugehörigen Herrenhof (der in dem früheren Hof Nr. ass. 7 mit dem Bergfried an der Unterstraße zu sehen ist) werden durch den nun vorliegenden Nachweis des damals etwas

weiter östlich gelegenen Okerlaufs jetzt entkräftet. Die Altkarte spricht den Burgwall ebendort an, mit Gewissheit also unmittelbar bei dem Hof bzw. seiner Schäferei gelegen und von diesem im Mittelalter nur durch den selbst bewerkstelligten Wasserlauf unterhalb der Mühle getrennt. Damit darf auch der wiederholt erwähnte zugehörige Burghagen mit Recht vermutet werden in dem östlich anschließenden Wiesengelande bis zur Melveroder / (Klein) Stöckheimer Grenze. Das bestätigt sich auch dadurch, dass noch im 18. Jahrhundert dieses Gebiet in seiner Gesamtheit der Grundherrschaft derer von Kalm, als den letzten Besitznachfolgern der mittelalterlichen Burg- und Hofinhaber unterstand⁸.

Ein abschließender Hinweis mit Bezug auf einen nur wenige Jahrzehnte hindurch unterhaltenen Frachtschiffsverkehr auf der Oker zwischen Wolfenbüttel und Braunschweig lässt sich der nachträglich in die Altkarte eingezeichneten Schiffsschleuse entnehmen. Für den Bau der Schleusenkammer 1747 (vgl. Grundrissabbildung bei W. Bornstedt, S. 226) hat man den Mühlendamm durchstoßen müssen. In den 1760er Jahren war die Anlage bereits sehr schadhaft geworden; 1781/82 wurde sie – und damit auch die Okerschifffahrt – ganz aufgegeben und in den Folgejahren ihr Baumaterial auf Abbruch verkauft.

Anmerkungen:

- 1 Bornstedt, Wilhelm: Chronik des Pfahldorfes Rüningen. - Braunschweig-Rüningen, 1980. S. 171ff.
- 2 a) Niedersächsisches Landesarchiv Staatsarchiv Wolfenbüttel: K 2867, ergänzend dazu K 14064. b) Stadtarchiv Braunschweig: H XI 43 h Rüningen 1.
- 3 wie Anm. 2 a): K 3549 (Rüningen); K 3392 (Kl. Stöckheim).
- 4 wie Anm. 1.
- 5 wie Anm. 2 a): 20 Alt 326.
- 6 wie Anm. 2 a): 58 Alt 1998.
- 7 Meier, Heinrich: Quellen zur Genealogie der braunschweigischen Familie von Kalm. In: Harz-Zeitschrift 27, 1894, S. 460.
- 8 wie Anm. 5.



Impressum:

Herausgegeben vom Braunschweigischen Landesverein für Heimatschutz e.V.
www.bs-heimat.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion und des Braunschweigischen Landesverein für Heimatschutz e. V. wieder.

Vorsitzender: Dieter Heitefuß, Buchfinkweg 10, 38122 Braunschweig, vorsitzender@bs-heimat.de

Redaktion: Rolf Ahlers, Wendezeller Ring 10, 38178 Wendeburg, heimat@bs-heimat.de

Gesamtherstellung: Ruth Printmedien GmbH, Braunschweig, www.ruth.de

Appelhans Verlag, Braunschweig, 2011 - ISBN 978-3-941737-61-7 www.appelhans-verlag.de

Mitgliedsbeitrag pro Jahr 25,- Schüler und Studenten auf Anfrage

Bankverbindung: Konto 111 690, BLZ 250 500 00 Nord/LB Braunschweig

Liebe Leserin und lieber Leser,
das neue Heft der Braunschweigischen Heimat ist vollständig „in Farbe“ gedruckt, um die Abbildungen wirkungsvoller herauszustellen. Um diese Ausgestaltung zu finanzieren bitten wir sehr um Spenden.

Die Galauniform von Dr. Erwin Blasius:

In Taubenblau zum Herzogshof

Text und Fotos von Matthias Krüger

Im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert trug der deutsche Mann nicht nur den schlichten dunklen Einreihler. Wer durfte, kleidete sich in oft aufwendige Uniformen. Die meisten Beamten waren dazu sogar verpflichtet, und sie kamen

dieser Pflicht mit Stolz nach; denn die Amtstracht betonte Rang und Stand, verschaffte gesellschaftliches Ansehen und bezeugte patriotische Gesinnung.

Zu besonderen Ereignissen wurden Galauniformen angelegt, die die herausgeputzten zivilen Staatsdiener, zumal diejenigen bürgerlicher Herkunft, dem Militär ebenbürtig erscheinen ließen. Vor allem der streng reglementierte Zutritt zum Hof, die Teilnahme an Audienzen und Bällen des regierenden Fürsten, verlangte solchen prachtvollen Aufzug – auch im Herzogtum Braunschweig. Wie man sich eine Prunkmontur herzoglicher Beamter jener Epoche vorstellen muss, zeigt das Helmstedter Kreis- und Universitätsmuseum am Beispiel des Hoffracks von Kreisdirektor Dr. Erwin Blasius (1870-1959).

Blasius war nach dem Abitur in seiner Geburtsstadt Braunschweig, nach dem Jurastudium, der Promotion, dem Referendariat und der Assessorenzeit, die er von 1900 bis 1906 in Helmstedt verbracht hatte, Regierungsrat im Polizeipräsidium geworden, bevor er als Stellvertreter des Kreisdirektors zum Kreis Blankenburg wechselte (1912/13). Während dieser Zeit ließ er sich die tadellos erhaltene, taubenblaue Festuniform aus feinem, gewalktem Wollstoff schneiden.

Das vorne taillenkurze, eng sitzende Frackoberteil mit dem hohen, steifen, sicher unbequemen Kragen und die tressenbesetzte Hose, für deren strammen, faltenlosen Sitz jeweils ein unter den Schuhen zu befestigender Lederriemen sorgte, werden Dr. Blasius vorzüglich gestanden haben. Der Kragen, die Ärmelaufschläge und die rückwärtigen Taschenklappen („Schoßpatten“) sind in Silberstickerei reich verziert. Die Gestaltung der Ornamente gab u. a. neben der Tuchfarbe den Verwaltungszweig, die Funktion und die

Rangzugehörigkeit des Uniformierten zu erkennen. Die insgesamt 14 polierten silbernen Schmuckknöpfe – acht vorne, sechs hinten – tragen das sog. „kleine“ Staatswappen unter der Herzogskrone; sie betonen das festliche Gepräge der Kleidung.

Ob Erwin Blasius sich auch die Galauniform eines Kreisdirektors zulegte, als er 1914 zum Chef der Helmstedter Kreisbehörde befördert wurde, wissen wir nicht. Jedenfalls boten die anschließenden Kriegsjahre wenig Grund für Feierlichkeiten bei Hofe.

Die politischen Wirren ab 1918 und die turbulenten Jahre der Weimarer Republik erlebte der parteilose Dr. Blasius weiterhin an der Spitze der Kreisverwaltung. In seine Amtszeit, auf den 9. Dezember 1928, fällt die Eröffnung des Kreisheimatmuseums, aus dem das heutige Kreis- und Universitätsmuseum im Kellergewölbe des Juleums hervorgegangen ist.

Er war es, der im Juli 1933 auf Weisung der Braunschweigischen Staatsregierung die elf Nazi-Mordopfer von Rieseberg möglichst unauffällig bestatten und die Angehörigen benachrichtigen lassen musste. Das konnte der integre, „preußisch“ korrekte Beamte nicht verwinden. Vier Monate später beantragte er seine vorzeitige Pensionierung. Dem Antrag wurde sofort stattgegeben – aus „gesundheitlichen Gründen“, wie damals offiziell verlautete. – Dr. Blasius zog aus Helmstedt fort und starb in Gandersheim.



Dr. Erwin Blasius,
Gemälde von E. Körner,
1938; Foto: M. Schürmann.



Hoffrack, Kreis- und Universitätsmuseum Helmstedt



Hoffrack-Detail, Kreis- und Universitätsmuseum Helmstedt



100 Jahre mit alten Geschichten und neuen Ideen

Das Bortfelder Bauernhausmuseum feierte seinen Geburtstag

Text von Anne Czichowski, geb. Peper
(Braunschweigisches Landesmuseum)

Das Bortfelder Bauernhausmuseum, das „Geburtskind“, feierte am 19. Juni 2011 sein 100-jähriges Bestehen.

Die Gäste des Bortfelder Bauernhausmuseums wurden zum 100. Geburtstag zunächst in der Kirche St. Georg in Bortfeld begrüßt, denn durch die noch andauernden Sanierungsarbeiten am Bauernhausmuseum konnte das Museum nicht mit geeignetem Sitzmobiliar aufwarten. Trotz des regnerischen Wetters hatten sich zahlreiche Gäste und Mitglieder aus den Bortfelder Vereinen in der Kirche eingefunden, so auch einige Mitglieder der Volkstanz- und Trachtengruppe Bortfeld. Glückwünsche und Grußworte sprachen Pastorin Golze, Landrat Einhaus, Frau Dr. Pöppelmann, die auch die Grußworte von Frau von Reitzenstein vorlas, Herr Prof. Dr. Schnug und Frau Reulecke. Den Festvortrag hielt Herr Prof. Dr. Uwe Meiners, Direktor vom Museumsdorf Cloppenburg. Die feierliche Veranstaltung wurde von einem Flötenensemble der Kreismusikschule Peine, unter der Leitung von Maria Klemt, begleitet.

Nach den Ansprachen begaben sich die „Geburtsstagsgäste“ zu Fuß zum eigentlichen „Ehrendast“, dem Bauernhausmuseum. Dort bot sich neben Kaffee, Kuchen und selbstgebackenem Brot die Möglichkeit, die Tafelausstellung, welche das Braunschweigische Landesmuseum in Kooperation mit den Projektteilnehmern erstellt hatte, anzuschauen.

Auf dem Titelbanner bindet eine Geschenkschleife vier Farbquadrate zu einem Geschenkpaket. Dieses vierfarbige Geschenk steht für die vier Kooperationspartner des Bortfelder Bauernhausmuseums – den Landkreis Peine als Eigentümer und das Braunschweigische Landesmuseum als musealer Betreiber, das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege, das Julius Kühn-Institut und das Architekturbüro Kleineberg und Pohl. Zusammen stehen sie als vierfarbiges Bündnis für das neue Konzept des Bortfelder Bauernhausmuseums.

Die vier Textbanner greifen die zugewiesenen Farben aus dem Geschenkssymbol wieder auf und sind überschrieben mit den Titeln „Sammeln und Bewahren“, „Pflegen und Schützen“, „Präsentieren und Gestalten“ und „Forschen und Pflanzen“. Die einzelnen Aufgabenfelder bieten dem Betrachter mit den Erläuterungen und Abbildungen einen Einblick in den Status quo der Konzeptentwicklung der Projektgruppe.

1911

2011

100 JAHRE
BORTFELDER
BAUERNHAUS
MUSEUM

19. Juni 1911 – 19. Juni 2011

BRAUNSCHWEIGISCHES LANDESMUSEUM / LANDKREIS PEINE
NIEDERSÄCHSISCHES LANDESAMT FÜR DENKMALPFLEGE
KLEINEBERG UND POHL ARCHITEKTEN
JULIUS KÜHN INSTITUT

BRAUNSCHWEIGISCHES LANDESMUSEUM

Text: Anne Peper unter Mitarbeit von Elke Böhm,
Corinna Reulecke und Uwe Kleineberg

Grafik: Dagmar Klamann

Bildnachweise: Ingelborg Simon, Braunschweigisches Landesmuseum,
Hermann Ott, Landesamt für Denkmalpflege, Dieter Heuß,
Kleineberg & Pohl, Julius Kühn Institut

Das Bortfelder Bauernhaus ist nicht etwas Vergangenes, sondern ein Ort des Lebens

Text von Pastorin Susann Golze (Kirchengemeinde St. Georg)

Als die Planungen für „100 Jahre Bauernhausmuseum“ in Bortfeld bekannt wurden, sorgte das unter den Bortfeldern für einige Verwirrung: Wie, das kann doch gar nicht sein. Wir erinnern uns doch selbst noch daran, wie das Haus nach dem Krieg von Flüchtlingsfamilien bewohnt wurde.

Vielleicht ist gerade dies ein gutes Programm: Das Bauernhausmuseum nicht als etwas Vergangenes (leider löst ja der Gedanke an ein Museum bei manchem die Befürchtung nach staubtrockener Belehrung aus), sondern als ein Haus des Lebens – wie ja auch die Kirche, in der wir heute diesen Festakt begehen, ein Ort des Lebens ist.

Es wäre schön, wenn Menschen das Bauernhausmuseum in Zukunft so besuchen können: nicht aus sozusagen „folkloristischem Interesse“ (welches ja immer eine gehörige Portion innerer Distanz beinhaltet), sondern um zu erfahren, wie Menschen früherer Generationen die Herausforderungen ihres ganz anderen Lebens bewältigt haben.

Deshalb wäre das mein Wunsch: keine Ansammlung von Gegenständen, sondern Geschichten von Menschen, die hier gelebt haben. Das Ziel: Respekt darüber, wie sie ihr Leben geschafft haben und vielleicht sogar ein wenig lernen daraus.

Bauernhausmuseum, Museumswiese, Kirche und Kirchberg: Sie bilden das Zentrum von Bortfeld und gehören zusammen. Genau wie dieses Lebendigwerden von dem,



Pastorin Susann Golze beobachtet das Geschehen: Ortsbürgermeister Hennig Maasberg (li.) und Bürgermeister Hans Peter Reupert (re.) bei der Arbeit. (Hermann Otte)

was uns frühere Generationen hinterlassen haben. Auch die Botschaft der Kirche lebt von solchen Glaubens- und Lebensgeschichten!

Und wo sollte solche Erschließung von Bewahrung von lebendiger Geschichte besser aufgehoben sein als hier in Bortfeld, wo etwa durch die Trachten und das noch im Alltag gebrauchte Plattdeutsche manches lebendiger ist als woanders.

So schauen wir Bortfelder gespannt auf die Zukunft des Bauernhausmuseums.

Überlieferungen bedürfen der Pflege

Text von Landrat Franz Einhaus (Landkreis Peine)

Die Kultur einer Region wurzelt in der Gesamtheit dessen, was uns an Überlieferung verfügbar ist. Diese Überlieferungen bedürfen der Pflege, also der Heimatpflege, wie hier in Bortfeld dokumentiert. Die Heimatpflege aber belässt es nicht beim Schauen, beim Hören und Fühlen von Vergangenheit. Sie fordert auch auf zum Neugestalten und Mitgestalten!

Ohne die tatkräftige Unterstützung des Projekts „Bauernhausmuseum Bortfeld“ durch die Gemeinde Wendeburg und die Ortschaft Bortfeld wäre uns eine Realisierung kaum möglich. Es ist immens wichtig, dass sich die Bevölkerung mit einem solchen Projekt identifiziert und mit dazu beiträgt, dieses Museum mit Leben zu füllen. Wenn sich die Aktivitäten der Ort-



Volkstanz- und Trachtengruppe Bortfeld. (Hermann Otte)

schaft mit „ihrem“ Museum verknüpfen, kann das Ziel erreicht werden, hier künftig ein „lebendiges“ Museum zu haben. Ihnen, die sich um die Bewahrung dieses wichtigen Kulturgutes bemühen, sage ich ein herzliches Wort des Dankes.

Wer ich bin, das sagt meine Geschichte

Text von Dr. Heike Pöppelmann (Braunschweigisches Landesmuseum)

Jean Paul Sartre bringt mit vier Wörtern modernes historisches Denken auf den Punkt: Je suis mon passé. (= Ich bin meine eigene Vergangenheit.) Heute geht es in der Geschichtswissenschaft weniger darum, den Ablauf und die Entwicklung von Ereignissen darzustellen, sondern immer wieder zu erkunden, was sagt uns die Vergangenheit für die Gegenwart.

Wer ich bin, das sagt meine Geschichte.

Oder: Wie ist es dazu gekommen, dass wir so denken, fühlen und leben?

Das Braunschweigische Landesmuseum versteht sich als Schaufenster und Gedächtnis der Region, das zwar retrospektiv, aber gegenwartsbezogen Orientierung bieten möchte. Für die zukünftige Arbeit gilt, Menschen auf ihre Geschichte und Kultur neugierig und so das Museum zu einem Ort des Innehaltens zu machen.

Ein besonderer Aspekt ist dabei, dass seit der Gründung des Landesmuseums am 11. Oktober 1891 für die Ausstellungen keine eigene museale Architektur errichtet wurde, sondern dass vorhandene historische Gebäude genutzt werden: die herzogliche Kanzlei aus dem späten 16. Jahrhundert in Wolfenbüttel, die romanische und gotische Architektur (1130 bis 14. Jh.) der ehemaligen Klostergebäude von Hinter Aegidien und des Pauliner-Chors in Braunschweig, das frühklassizistische Stadt-

palais (Wohn-, Verlags- und Druckereigebäude 1799 - 1804) des Vieweg-Verlags in Braunschweig, das Woltersche Bauernhaus aus dem 17. Jahrhundert hier in Bortfeld. Die bisherigen musealen Präsentationen gehen bisher kaum eine Verbindung mit der historischen Architektur ein. Die Archäologie des braunschweigischen Landes findet sich in der herzoglichen Kanzlei. Im Braunschweiger Vieweg-Haus wird die faszinierende Geschichte des Herzogtums Braunschweig-Wolfenbüttel von den mittelalterlichen Anfängen bis zu seiner Auflösung 1918 sowie der Weg der Region bis in die jungen Jahre der Bundesrepublik Deutschland gezeigt. Einzig in Hinter Aegidien werden die erhaltenen Räume der Benediktinerabtei als historisches Denkmal präsentiert. Die historische Architektur als Exponat Nr. 1 selbstverständlich in die zukünftige museale Präsentation einzubinden und lebendig zu machen, wird einen wichtigen Bereich in dem neuen Konzept des Braunschweigischen Landesmuseums einnehmen.



Eröffnung des Bauernhausmuseums 1968. (Archiv BLM)



Besuch des Herzogs paa rs 1911. (Archiv BLM)

Nur mit der Ausstellung bäuerlicher Lebenswelten hier in dem Wolterschen Bauernhof von Bortfeld trat man in den konzeptionellen Dialog mit dem Denkmal ein. Die museale Präsentation, in Kontext mit der Architektur zu setzen, ist gerade in der Darstellung volkskundlicher Themen eine mehr als hundertjährige Tradition. In der Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts fand unter dem Eindruck eines beschleunigten Industrialisierungsprozesses eine Rückbesinnung auf die bäuerliche Kultur statt, die zur Gründung erster Freilichtmuseen führte.

1911, am 19.6., besuchte der damalige Prinzregent des Herzogtums Braunschweig, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, mit seiner Frau, Prinzessin Elisabeth zu Stolberg-Roßla, das Bauernhaus in Bortfeld. Man besichtigte das Haus und eine Ausstellung zum bäuerlichen Alltag, die von der Hausbesitzerin Ilse Wolter zusammengetragen war. Damit zählt das Bortfelder Bauernhausmuseum neben dem Ammerländer Bauernhaus in Bad Zwischenahn zu den ältesten Freilichtmuseen in Niedersachsen.

Auch im Vaterländischen Museum, dem Vorgänger des Braunschweigischen Landesmuseums, wurde schon kurz nach der Gründung mit dem Aufbau einer volkskundlichen Sammlung begonnen. 1927 hat der damalige Direktor Karl Steinacker ein Vierständerhaus von 1737 aus Bortfeld in den Hof des Museums Hinter Aegidien umsetzen lassen. Dort präsentierte man die volkskundliche Sammlung im authentischen Rahmen, so wie man diesen Rahmen damals verstand. Am 15. Oktober 1944 wurde das Gebäude durch Bomben zerstört.

1942 kaufte der Kreismuseumverband Braunschweig das Bauernhaus Nr. 50 von den Erben der 1941 verstorbenen Ilse Wolter, „um den kommenden Generationen die aus altgermanischer Wurzel erwachsene Wohnweise der alten Bauerngeschlechter in Nordniedersachsen vor Augen zu führen“ (Braunschweigische Heimat 32/2, 1941, S. 57). Hier spiegelt sich Volkskunde als verzerrtes völkisches Denkkonzept wider, instrumentalisiert durch die Blut- und Boden-Ideologie der Nationalsozialisten: Wolfgang Kaschuba, europäischer Ethnologe, führt die Analogie Blut und Boden weiter: Abstammung und Territorium, Biologie und Territorium, Biologie und Ideologie. (Wolfgang Kaschuba: Volkskundliche Wissenschaftskultur und Moderne. In: Institut für Europäische Ethnologie der Universität Wien (Hg.): Volkskultur und Moderne. Europäische Ethnologie zur Jahrtausendwende. Wien 2000, S. 105-122.)

Mit der Eröffnung des Bortfelder Bauernhausmuseums am 17. Juni 1968 konnte der damalige Direktor des Braunschweigischen Landesmuseums, Rolf Hagen, an die Tradition des kleinen volkskundlichen Freilichtmuseums anknüpfen. Nach 1945 konzentrierte man sich ganz im Stil nachkriegszeitlicher politischer Korrektheit auf die nüchterne Darstellung des bäuerlichen Handwerks und des Alltags.

„Aufgabe des Bauernhausmuseums, dessen Gebäude an sich schon ein sehenswertes Denkmal dörflicher Baukunst darstellen, ist es, das bäuerliche Tagewerk in seinen Geräten anschaulich vorzuführen. Das gilt gleichermaßen für das Reich der Hausfrau wie für die Arbeit auf dem Feld, im Stall und in der eigenen Werkstatt.“ (Rolf Hagen im Vorwort zu:

„Das Bauernhaus-Museum Bortfeld“ von Mechthild Wiswe. - Braunschweig, 1976).

Nachdem das Bauernhausmuseum 2005 aufgrund seines schlechten baulichen Zustandes geschlossen wurde, haben der Landkreis Peine und das Landesamt für Denkmalpflege in einer gemeinsamen Anstrengung das Gebäude mit einer Grundinstandsetzung gerettet. Besonders die verantwortliche Baudenkmalpflegerin Cordula Reulecke hat mit den baugeschichtlichen Untersuchungen und mit zahlreichen Ideen das Projekt vorangetrieben.

Jetzt stehen wir hier 100 Jahre später nach dem Besuch des preussischen Prinzregenten und erinnern an das Bortfelder Bauernhausmuseum, dessen museale Geschichte auf nur 240 m² ebenso ein Spiegel mentaler und kultureller Geschichte des 20. Jahrhunderts ist. Auch wenn eine Eröffnung des neuen Bortfelder Museums noch nicht in Sicht ist, haben sich fünf Partner gefunden, die sich für eine neue Perspektive des Bauernhausmuseums im 21. Jahrhundert engagieren: der Landkreis Peine als Eigentümer des Bauernhauses, die Baudenkmalpflege als Bewahrerin des Gebäudes, das Braunschweigische Landesmuseum als Vermittler von Geschichte und das Julius Kühn-Institut als Erforscher alter Nutzpflanzen. Gerade mit dem Projekt von Prof. Ewald Schnug erhält die Konzeption eine besondere Qualität. Wir vier Partner möchten mit dem fünften Partner, den örtlichen Heimatpflegern Rolf Ahlers und Bodo Fricke, die zusammen mit engagierten Bortfeldern für ein lebendiges Museum stehen, ein spannendes, zukunftsfähiges Konzept entwickeln.

Unser gemeinsamer Status quo ist im Bauernhaus in einer kleinen Banner-Ausstellung präsentiert – ein Geburtstagsgeschenk des Braunschweigischen Landesmuseums an Bortfeld und den Landkreis Peine. Für das Konzept der kleinen Ausstellung möchte ich Anne Peper danken, die seit 1. Dezember 2010 für die volkskundliche Sammlung des Landesmuseums zuständig ist. Nach 14 Jahren ist die Stelle der Volkskunde zwar befristet, doch erstmals wieder besetzt. Dafür danke ich dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur, das die Mittel zur Verfügung gestellt hat. Die Vorlagen für die Textbanner stammen aus einem Stoffmusterbuch, aus dem sicherlich auch die Bortfelder damals Stoffe für ihre Kleidung auswählen konnten. An dieser Stelle möchte ich, stellvertretend für den Landkreis Peine, Herrn Henning Heiß und Herrn Manfred Pape für ihr Engagement und für diese Veranstaltung zum 100-jährigen Jubiläum des Bauernhausmuseums meinen Dank aussprechen.

Auch heute noch steht das Freilichtmuseum in gewisser Form für einen Status quo einer scheinbar heilen Welt der bäuerlich-ländlichen Lebensweise. Die Grenzen der Vermittlung und der Anspruch der Authentizität müssen stets neu ausgelotet werden. So stellte Jan Vaessen, Leiter des Arnheimer Freilichtmuseums, fest: „Das einzige, was wir machen und machen können, ist eine Rekonstruktion der historischen Wirklichkeit; wir erzählen eine mögliche Geschichte. Wir bieten kein Abbild der historischen Wirklichkeit, wir präsentieren einen Entwurf einer denkbaren historischen Realität.“ (zitiert aus: Nina Gorgus, Der „Weiler der Königin“ in Versailles – eine Rezeptionsgeschichte, Österreichische Zeitschrift für Volkskunde, LVII/106, 2003, Heft 3, S. 303-324.)

Geschichte begegnet Wissenschaft im Bauerngarten

Text von Prof. Dr. Silvia Haneklaus, Dr. Elke Bloem und Prof. Dr. Dr. Ewald Schnug (Julius Kühn-Institut, Braunschweig)

Das Institut für Pflanzenbau und Bodenkunde des Julius Kühn-Instituts, ehemals Institut für Pflanzenernährung und Bodenkunde der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), blickt auf mehr als 60 Jahre der Verbundenheit und Zusammenarbeit mit Bortfeld und seinen BewohnerInnen zurück. Seit 2010 engagiert sich das praxisnahe Institut nun auch in der Ausrichtung des Bauerngartens im Bauernhausmuseum auf Einladung der engagierten Oberkonservatorin im Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege, Frau Cordula Reulecke. Mit ihr zusammen gelang es in inspirierenden Gesprächen ein innovatives Konzept für den Garten zu entwickeln, das bislang einzigartig in seiner Art ist. Im Vergleich zu den klassischen Bauerngärten in anderen Museen mit strengen Vorgaben für die Gestaltung wie zum Beispiel der Anlage der Wege samt Buchsbaumeinfassungen der Beete sowie dem Anbau von Nahrungs-, Heil- und Zierpflanzen, wurde in Bortfeld bewusst eine andere Anlage gewählt. Hier besteht der Garten aus einem einzigen Feld, auf dem typische Nutzpflanzen der Region in der Zeit von 1650 - 1850 zu finden sein werden. Hierbei sollen insbesondere alte „Braunschweiger“ Sorten wie zum Beispiel das Bortfelder Rübchen angebaut werden, um nicht nur An-

wohnern des Ortes, sondern insbesondere SchülerInnen des Umlandes in einem ganzheitlichen Konzept die Anbaumethoden (Sorten, Düngung, Fruchtfolge), Ernte- und Aufbereitungsverfahren sowie technische (Lampenöl) und ökotrophologische Nutzung einheimischer Nahrungs-

pflanzen in dieser Zeit nahe zu bringen. Und diese sprichwörtlich zu sehen, zu fühlen und zu schmecken. Dieses ambitionierte Vorhaben kann natürlich nur zusammen mit den Bortfeldern und in enger Zusammenarbeit mit dem Landkreis gelingen, um beispielsweise die erforderlichen landwirtschaftlichen Pflegemaßnahmen durchzuführen. Ziel ist es im Bauerngarten Geschichte lebendig werden zu lassen und das Interesse an der Regionalgeschichte, Volks- und Naturkunde nachhaltig zu fördern.



Blick über das Leguminosenfeld.
(Julius Kühn-Institut)

Die Verzahnung des Denkmalbelangs mit dem Museumsbelang ist bei unserem Geburtstagkind auf intensivste und anschaulichste Weise umgesetzt worden

Text von Bezirkskonservatorin Cordula Reulecke (Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege)

Sehr geehrte Geburtstagsgäste und Geburtstagsausrichtende, liebes Projektteam, die Grüße von mir, der letzten Rednerin, bevor es endlich zum Geburtstagkind geht, werden aufgeteilt sein auf drei verschiedene Betrachtungsebenen.

Als erstes möchte ich als Privatperson grüßen: Bereits mit 17 Jahren im Europäischen Denkmalschutzjahr war mir klar geworden, dass ich „Konservatorin“ werden möchte. Und dies wegen einer Kriegsrue in der Stadt Braunschweig, einer schönen klassizistischen Villa am Petritorwall, an der man von Peine über Vechelde kommend stets vorbeiführt.

Als ich im Jahr 1991 also vor genau 20 Jahren vom schönen Nordhessen und dortigen Denkmalschutzaufgaben zur Bezirksregierung Braunschweig wechselte, hatten mich nicht nur die vielfältigen Aufgaben einer Kulturdezernentin im Dezernat Kunst, Kultur und Denkmalpflege gelockt. Nein, getragen war diese Idee vor allem auch von dem Wunsch, zurückzukehren in die Region, in der ich aufgewachsen bin, um diese, meine Kulturlandschaft aktiv mit zu gestalten.

Meinen Geburtstagsgruß als Privatperson richte ich direkt an das Geburtstagsgeld selbst: Ich freue mich, dass sich im Landkreis Peine ein derart wichtiges Zeugnis der vorindustriellen Geschichte und des ländlichen Raumes erhalten hat und ich danke dafür, dass es – wie übrigens viele spannende andere

Baudenkmale auch – auf mich gewartet hat. Ich bin mir sicher, dass wir noch etliche Festivitäten und Jubiläen gemeinsam feiern können.

Meinen zweiten Geburtstagsgruß möchte als Bezirkskonservatorin der niedersächsischen Landesdenkmalpflege aussprechen:

Ich bin ein wenig auf Spurensuche gegangen und habe in unseren Archiven geblättert. Was war im Jahr 1911 aus Sicht der Denkmalpflege los?

Der Heimatschutz und der Naturschutz waren damals ebenfalls in Vereinsgründungen oder bestanden seit wenigen Jahren. So gründete sich im Jahr 1911 der Kreisheimatbund Peine, dessen 100-jährigen Geburtstag wir auch vor Kurzem begehen konnten.

Der 12. Tag für Denkmalpflege, eine bis heute aktive Veranstaltung, fand damals in Salzburg statt und dies zum ersten Mal zusammen mit dem Bund für Heimatschutz.

Seitens der Denkmalpflege hielt Prof. Dr. Dehio, einer der wichtigen Persönlichkeiten unseres Fachs, einen Vortrag über „Denkmalpflege und Museen“ mit folgendem Leitsatz: „Denkmalpflege und Museen sind Bundesgenossen und bekämpfen sich trotzdem.“

Hier in der braunschweigischen Region erhielt ein Herr mit Namen Prof. Dr. Karl Steinacker im Jahr 1911 das Ritterkreuz des Ordens Philipps des Großmütigen. Ein Herr namens Prof. Dr. Paul Jonas Meier wurde im selben Jahr zum Geheimen Hofrat ernannt. Warum ich diese beiden Personen erwähne? Nicht wegen dieser Ehrungen, sondern wegen Ihrer beruflichen Arbeiten.

Herr Steinacker war von 1910 bis 1935 der Leiter des Vaterländischen Museum, des heutigen Braunschweigischen Landesmuseums, Herr Meier von 1901 bis 1924 Direktor am Herzog Anton Ulrich-Museum. Beide zusammen waren die Autoren eines mehrere Bände umfassendes Werkes, genannt die „Bau- und Kunstdenkmäler des Herzogtums Braunschweig“, welches auch heute noch in meinem Alltagsgeschäft eine wichtige Unterlage darstellt. Sie sind in den Jahren 1900 bis 1924 entstanden. Im Band über den damaligen Kreis Braunschweig aus dem Jahr 1900 erwähnt Meier im Vorwort, dass „ein sehr breiter Raum ferner den Bauernhäusern gewidmet ist, an denen der Kreis Braunschweig ganz besonders reich ist“. Auf Seite 257 befindet sich dementsprechend auch bereits eine Baubeschreibung von unserem Geburtstagskind. Es hat also bereits vor 111 Jahren das Interesse der Wissenschaft geweckt und wurde als Baudenkmal beschrieben.

Was ist hierzu außerdem zu bemerken? Bei uns waren Museum und Denkmalpflege tatsächlich Bundesgenossen und bei der Inventarisierung, also der Erfassung der Bau- und Kunstdenkmale, sogar als Personalunion zu sehen. Diese Verzahnung des Denkmalbelangs mit dem Museumsbelang ist bei unserem Geburtstagskind auf intensivste und anschaulichste Weise umgesetzt worden und als Bundesgenossen oder besser Team-Partner verstehen wir uns.

Das Bauernhausmuseum Bortfeld ist seit 20 Jahren Bestandteil meines dienstlichen Tagesgeschäftes. Als zu Beginn der Jahrtausendwende die Schäden am Reetdach rapide zunahmen, hatte der Landkreis dankenswerter Weise gleich eine umfassende und denkmalfachlich vorbildliche Schadensermittlung beauftragt. Dieses Gutachten legte weiteren dringenden Handlungsbedarf offen und das Museum musste während der Bauzeit ausziehen. Hierdurch bot sich die einmalige Gelegenheit, am Baudenkmal selbst auf Entdeckungssuche zu gehen. Die bisherigen Betrachtungen hatten sich auf das Grundlegende dieses Haustypus und des ländlichen Lebens bezogen, aber nicht auf das konkrete Objekt selbst. Es konnten spannende neue Erkenntnisse für die Objekt- und Baugeschichte durch Restauratorin und Bauforscher ermittelt und sogar ein „Schatz“ geborgen werden.

In dieser Zeit und nach 15 Jahren Kenntnis der Kulturwerte im Gebiet von Gifhorn bis Göttingen entstand in mir die Idee zu einer kultur-touristischen Inwertsetzungsstudie für den Landkreis Peine und seine bedeutenden Kulturpotentiale. Der Arbeitstitel lautet: „Industrialisierung des ländlichen Raumes – Visualisierung einer sich verändernden Kulturlandschaft“ oder poetisch „Stadt und Land im Fluss der Zeit“. Mit diesen Leittexten wurden von mir schon

damals ZeitOrte definiert und diese mit Projektideen gefüllt. Sie wurden sowohl in den ILEK-Prozess, als auch in die kreisinternen Museumsleitkonzept-Diskussionen aus denkmalfachlicher Sicht eingebracht.

In dieser Studie steht das Bauernhausmuseum in Bortfeld als der eine, wesentliche Baustein für den Blick auf das Vorher, auf das vorindustrielle Leben.

Auf der Hofstelle in Bodenstedt, deren Eröffnung in genau vierzehn Tagen ansteht, werden die jüngeren Zeiten erschlossen bis hin zur jüngsten Vergangenheit.

Beide Konzepte sind in der kongenialen Zusammenarbeit mit dem Büro Kleineberg und Pohl entstanden. In diesen wurde „die Zeit“ unser Leitmotto. Zur Visualisierung von ZeitGeschehen wurden die „Sprechenden ZeitWände“ in Bortfeld und die „Begehbaren ZeitRäume“ in Bodenstedt entwickelt.

Ziel war und ist es, dass an zwei konkreten, nah beieinander liegenden ZeitOrten im Landkreis Peine ZeitReisen mit ländlichen Themen auch nicht bekannt-alltäglicher Art und mit zwei authentischen baulichen ZeitZeugen über denkmal-didaktische, kulturtouristische und museale Inszenierungen am originalen Ort des Geschehens im wahrsten Sinne begreifbar werden zu lassen. Und das für das ZeitGeschehen von 1650 bis 1950, also 300 Jahre.

Es wäre zu begrüßen, wenn sie auch als außerschulische Lernorte und für allgemeine Jugend- und Erwachsenenbildung genutzt würden.

Mein beruflicher Geburtstagsgruß richtet sich an alle, die an dem Gelingen, dem Entdecken und Wiederentdecken dieses baulichen Geschichtsexponates, das auch aus museumsge-schichtlichen Gründen als Baudenkmal zu verstehen ist, mitgewirkt haben und noch weiterhin mitwirken werden. Hierbei möchte ich die neuen Vertiefungsinhalte mit ethno-botanischem Schwerpunkt nicht unerwähnt lassen, die das überregionale Alleinstellungsmerkmal unseres Projektes mit tragen werden.

Aller guten Dinge sind drei und so grüße ich Sie zum Schluss vom Geburtstagskind selbst, denn wir Denkmalpfleger verstehen uns ja als das Sprachrohr für die stummen gebauten Zeugnisse der Geschichte. Manches braucht Zeit und Zeit ist nicht immer nur Geld. Ich bedanke mich in seinem Namen dafür, dass nun drei Säulen der Wissenschaft dieses Projekt tragen. Die vierte Säule ist der Ort, in dem es steht, denn die Bortfelder Bürger sorgen ebenfalls dafür, dass es so besonders gut behütet an zentraler Stelle zwischen Kirche und Festplatz all die Jahrhunderte überdauert hat. Der 375-ste Geburtstag steht demnächst an, im Jahr 2014. Er sollte dann sicherlich auf der Hofstelle gefeiert werden können.

Ich hoffe, ich habe nicht zu viel Zeit in Anspruch genommen

– herzlichen Dank.

Kartuffel-Woche

Melodie: Auf der Schwäb'schen Eisen-
bahne; Text: Rolf Ahlers, Foto Uwe Krebs

Alle Minschen, grut un lüttischig,
lebet nich von'n Brut alldäglich,
uk Kartuffeln möt mal sien,
denn de smecket üsch ganz fien.
Trulla, trulla, trullala,
trulla, trulla, trullala.
Uk Kartuffeln möt mal sien,
denn de smecket üsch ganz fien.

Mandag weit ik, wat ik koke
ohne Fleisch un ohne Knochen.
Mandag gift't Kartuffelbrie,
Speck, Zipollen mit dabie.
Trulla, trulla, trullala,
trulla, trulla, trullala.
Mandag gift't Kartuffelbrie,
Speck, Zipollen mit dabie.

Dinsdag, well ik jüch vartellen,
mot ik de Kartuffeln pellen.
Dinsdag smeckt ganz akkerat:
De Kartuffel as Salat.
Trulla, trulla, trullala,
trulla, trulla, trullala.
Dinsdag smeckt ganz akkerat:
De Kartuffel as Salat.

Middewoch' gift' ohne Schanne,
mal wat üt de grute Panne.
Middewoch' steiht up'n Disch:
Lecker Puffer, grut un frisch.
Trulla, trulla, trullala,
trulla, trulla, trullala.
Middewoch' steiht up'n Disch:
Lecker Puffer, grut un frisch.

Dönnerdag, nah veel Geschimpe,
make ik Kartuffelklümpe.
Dönnerdag smeckt ganz famos:
Klump nah Klump mit Bottersoß'.
Trulla, trulla, trullala,
trulla, trulla, trullala.
Dönnerdag smeckt ganz famos:
Klump nah Klump mit Bottersoß'.

Friedag brük' ik de Fritteuse,
maket ja nich veel Getöse.
Friedag freut sik üse Fritz,
it Kartuffeln as Pomm' frits.
Trulla, trulla, trullala,
trulla, trulla, trullala.
Friedag freut sik üse Fritz,
it Kartuffeln as Pomm' frits.

Sönnabend eet se alle veel,
Bratkartuffeln brün un geel.
Sönnabend sünd hille weg:
Bratkartuffeln mit veel Speck.
Trulla, trulla, trullala,
trulla, trulla, trullala.
Sönnabend sünd hille weg:
Bratkartuffeln mit veel Speck.

Wochen häbbet sebben Dage!
Wat kok' ik in düsse Lage?
Sönndag ne besonnere Spies':
Soltkartuffeln mit Gemüs'.
Trulla, trulla, trullala,
trulla, trulla, trullala.
Sönndag ne besonnere Spies':
Soltkartuffeln mit Gemüs'.

Mannichein reuhert, swupp-di-wupp,
gern mal in Kartuffelsupp'.
Leiwe Lüe, kieket an:
Mehr man mit Kartuffeln kann.
Trulla, trulla, trullala,
trulla, trulla, trullala.
Leiwe Lüe, kieket an:
Mehr man mit Kartuffeln kann.

Wehnsen is for veele Gäste
alle Mal dat allerbeste.
Wehnsen is en Dorp von Welt,
ringsherum Kartuffelfeld.
Trulla, trulla, trullala,
trulla, trulla, trullala.
Wehnsen is en Dorp von Welt,
ringsherum Kartuffelfeld.

*Hinweis: In Wehnsen, Ortschaft in der Gemeinde
Edemissen/Landkreis Peine, findet alljährlich im
September eine große Kartoffel-Veranstaltung
statt.*



Rudolfstraße Nr. 7

– *Kleine Chronik eines Hauses im westlichen Ringgebiet*

Text und Foto von Otto Pfingsten

Am 1. März 1899 beantragte der Techniker Staats im Namen des Maurermeisters Rambow bei der städtischen Bauverwaltung eine Genehmigung für „den Bau eines Wohnhauses auf dem Grundstück Rudolfstraße“; Bauzeichnungen waren angefügt. Schon 2 Wochen später wurde diese Genehmigung erteilt und bereits ein Jahr später – am 16. März 1900 – konnte Christoph Rambow dem Stadtbauamt mitteilen: „Der Neubau eines Wohnhauses auf meinem Grundstück Rudolfstr. No 7 ist fertig gestellt.“

Dieses Haus hat die Bombennächte des 2. Weltkrieges relativ heil überstanden und gehört heute zweifellos zu den schönsten Gebäuden im westlichen Ringgebiet. Für viele Menschen wurde dieses Haus im Lauf der Jahre mehr als nur ein Wohnort – es wurde ihnen zum Heim und zur Heimat.

Wie bereits erwähnt, war Bauherr des Hauses der Maurermeister und Architekt Christoph Rambow. Geboren war Rambow am 8. Oktober 1861 in dem kleinen Ort Burow, wenige Kilometer nördlich von Neubrandenburg/Mecklenburg. Im Alter von 24 Jahren war Christoph Rambow als junger Architekt nach Braunschweig gekommen; 3 Jahre später – am 16. Mai 1888 – hatte er in Lehrte die 2 Jahre jüngere Marie Lüderitz geheiratet. Und noch einmal 3 Jahre später – im März 1891 – wird Rambow endgültig heimisch in Braunschweig: Der ehemalige Mecklenburger beantragt und erhält die Braunschweiger Staatsangehörigkeit.

Gewohnt haben die Rambows damals in der Klosterstr. 4, aber mit größer werdender Familie zieht man in den nächsten Jahren öfters um: zunächst in die Maschstr. 32 (1891), dann in die Rudolfstr. 9 (1901) und ab März 1914 in die Rennelbergstr. 1b. Dort ist Christoph Rambow auch 1929 verstorben.

Christoph Rambow hatte neben seiner Tochter Lilly (geb. 25. Juli 1891) noch 4 Söhne. Der älteste war der am 8. Mai 1889 geborene Friederich. Es folgten in den kommenden Jahren der früh verstorbene Otto (geb. 31. Juli 1893), Christoph (geb. 20. Juni 1896) und Werner (geb. 16. Dezember 1897). Lilly war offensichtlich ein sehr unternehmungslustiges junges Mädchen: gerade erst 19 Jahre alt geworden, verlässt sie im September 1910 Deutschland und reist nach New York. Das Leben dort hat ihr – so können wir vermuten – sehr gefallen. Bald nach dem Weltkrieg folgen ihr ihre beiden jüngeren Brüder: Christoph wandert 1922 aus, 3 Jahre später ist auch der Ingenieur Werner in New York.

Nur Friederich bleibt seiner Heimatstadt Braunschweig treu und tritt in die Fußstapfen seines Vaters. Als Architekt wohnt und arbeitet er in der Schleinitzstr. 12; er stirbt dort 1959. Zusammen mit seiner Frau Helma geb. Reinecke (geb. im März 1895 in Bündheim) hat Friederich 3 Söhne: Otto (geb. 23. April 1916),

der auch Architekt wird (er hat sein Büro zunächst am Inselwall, später im Sackring 48); Günter (geb. 19. Juli 1920), der als Kaufmann seinem jüngeren Bruder hilft und Joachim (geb. 9. Februar 1922), der in der Bassestr. bzw. später in der Gudrunstr. als Architekt wohnt und arbeitet. So haben 3 Generationen der Familie Rambow als anerkannte und erfolgreiche Architekten in Braunschweig gewirkt. Die Steine vieler Häuser in dieser Stadt erinnern an ihr Tun.

Zurück zum Haus Rudolfstr. Nr. 7. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts – in den so genannten Gründerjahren nach dem gewonnenen Krieg gegen Frankreich – wuchs die Einwohnerzahl Braunschweigs rasant an. Neue Straßen mussten geplant, neue Häuser mussten gebaut werden. 1899 konnte Christoph Rambow von der Firma Krause und Stege Bauplätze an der Rudolfstraße erwerben, die damals bis zum Rudolfsplatz hin ausgebaut wurde. Die Häuser, die Rambow dort errichtete – zunächst Rudolfstr. 7, dann Rudolfstr. 9 bis 12 – waren für die gehobenen Schichten Braunschweigs konzipiert. Während die Eigentümer meist im Parterre wohnten und die 3 Obergeschosse vermietet hatten, hatten die Dienstboten auf dem Dachboden ihre Kammern; für sie war auch im Keller, neben Waschküche und Plätzezimmer, ein Badezimmer mit Wanne eingebaut.

Rambow selbst ist mit seiner Familie in das 1901 fertig gestellte Haus Nr. 9 eingezogen; dort leitete er auch zusammen mit seinem Partner Müller ein Architektenbüro. Das Haus Nr. 7 verkaufte er an den Bürgerschullehrer E. Krause, der mit seiner Familie in die Parterrewohnung einzog. Die übrigen Mitbewohner in diesen ersten Jahren waren: die Rentner R. Bergemann und W. Lemme, der Ingenieur J. Buben, der Kaufmann H. Dempewolf und der Lehrer P. Klie. Allerdings kann sich Bürgerschullehrer Krause nicht allzu lange seines Besitzes erfreuen: schon 5 Jahre später verstirbt er und der Besitz geht über an seine Witwe, nach deren Tod an Kinder und Enkel. Über 80 Jahre lang bleibt das Haus im Besitz der „Erbengemeinschaft E. Krause“ – nach dem 2. Weltkrieg ist zunächst deren Sprecherin die in Wolfenbüttel wohnende Maria Krause, in den 1960er Jahren ist es der Hannoveraner Gerhard Krause und wiederum ein paar Jahre später ist Anna Krause in Helmstedt Ansprechpartnerin für die Mieter. (So tief hat sich offensichtlich die „Erbengemeinschaft E. Krause“ in das Gedächtnis des Braunschweiger Amtsschimmels eingegraben, dass selbst noch im offiziellen Adressbuch der Stadt im Jahr 2011 sie als Eigentümer der Rudolfstr. 7 genannt ist.)

Wie fast alle Gebäude Braunschweigs hat auch das in der Rudolfstr. 7 in den Kriegsjahren gelitten. So erfahren wir aus einem Schreiben der „Vizewartin“ Gustel Becker an das Hochbauamt der Stadt – datiert vom 7. September 1947 – dass „von einem Keller die Wand durch den Druck der Sprengbombe ganz und gar eingedrückt“ ist und dass ein Ofen schon entfernt

werden musste wegen Einsturzgefahr; auch sei „das Treppenhaus ganz runtergerissen und noch mehr die Toiletten und Speiseschränke ...“ Bezeichnend für diese Zeit ist auch das Schreiben der Mitbewohnerin Henny Kämpe, das 2 Tage später im Bauamt der Stadt einging: „Unterzeichnete bittet höflichst um 2 Eimer Kalk und Gips ... für ihre durch Kriegseinwirkung beschädigte Wohnung in der Rudolfstr. 7 part. ...“

Vor dem Krieg lebten jeweils 7 bis 8 Familien in der Rudolfstr. 7 (als deren Berufe werden neben Lehrern, Kaufleuten und Rentnern auch ein Gerichtsvollzieher erwähnt und ein Stadtkassierer). Nach dem Krieg ist das Haus mit 18 Familien belegt, darunter viele Vertriebene bzw. Flüchtlinge aus dem Osten. Wie katastrophal noch Anfang der 1950er Jahre die Wohnungssituation in Braunschweig ist, geht aus Schreiben der Familie Fitzek hervor. Diese Familie hatte in der Rudolfstr. 7 im 1. Stock 2 Zimmer von zusammen 28,5 qm zugewiesen bekommen. Im Frühjahr 1953 hängt dort „der Deckenputz so durch, daß er droht herabzustürzen“. Das Bauaufsichtsamt fordert deshalb die Erbgemeinschaft Krause ultimativ auf, die Mängel bis zum 15. August 1953 zu beseitigen. Es geschieht allerdings nichts; als Begründung schreibt die Erbgemeinschaft im Dezember 1953: „Leider weigert sich der Mieter, da er keine Ausweichmöglichkeit hat, die Reparatur zuzulassen ...“ (Eine solche Ausweichmöglichkeit bekommt er auch nicht; in seiner Akte beim Bauamt ist handschriftlich vermerkt: „Familie Fitzek wird in der Liste der Wohnungssuchenden unter der Nr. 11 473 geführt und steht in absehbarer Zeit zur Zuteilung von Wohnraum noch nicht heran.“)

In den folgenden Jahren entspannt sich aber die Situation auf dem Wohnungsmarkt. In den 1960er Jahren werden von der Erbgemeinschaft viele Reparaturen in Auftrag gegeben, auch werden in allen Wohnungen nun Öfen eingebaut. Allerdings lässt der bauliche Zustand des Hauses immer noch viele Wünsche offen.

Das ändert sich erst Mitte der 1980er Jahre. Die Erbgemeinschaft verkauft das Haus an den Architekten und Immobilienhändler Jörg Seidel. Die Mieter ziehen aus und das gesamte Wohnhaus wird total saniert, Heizungen werden eingebaut und im 4. Stock, dem ehemaligen (Trocken-)Boden entstehen 2 weitere Wohnungen. 1987 ist dieser Umbau abgeschlossen, die Wohnungen werden einzeln verkauft. Das Erdgeschoss erwirbt

der aus Teheran/Persien stammende Arzt (Chirurg und Allgemeinmediziner) Dr. Parwis Parwini, der bis 2007 dort praktiziert. In die übrigen Etagen ziehen 15 Personen, von denen heute nur noch der Friseurmeister Klaus Faulborn hier wohnt.

Als besonderen Schmuck hatte Christoph Rambow das Haus mit einer etwa lebensgroßen Figur versehen, die in einer Nische oben im Zentrum des Gebäudes steht. Auf der von ihm 1899 eingereichten Bauzeichnung ist es ein Herold, der seine Fahne schwenkt – genau so eine Gestalt befindet sich noch heute in dem von ihm gebauten Haus in der Wilmerdingstraße.

In der Rudolfstr. 7 steht aber nun ein ganz anderer Mann: zu sehen ist ein vornehm gekleideter Fürst (?), dessen linke Hand auf einem Pfosten ruht. (Abb. 1) Eingemeißelt und deutlich zu erkennen ist auf der einen Seite des Pfostens der Buchstabe „W“ und darunter ein Anker. Über die Bedeutung kann nur spekuliert werden. Der Anker symbolisiert vermutlich die christliche Tugend der Hoffnung. (In der Apsis des Doms in Königs-Lutter – ausgemalt Ende des 19. Jahrhunderts von Hofmaler Adolf Quensen – findet sich ein ähnlicher Anker. Dort sind die 14 Tugenden als Frauengestalten dargestellt, die „Spes“ (Hoffnung) trägt als Attribut einen solchen Anker.)

Das „W“ könnte vielleicht ein Hinweis sein auf den Braunschweiger Herzog Wilhelm. Dieser Herzog – Sohn des legendären „Schwarzen Herzogs“ Friedrich Wilhelm und Enkel des ebenfalls im Kampf gegen Napoleon gefallenen Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand – war bei den Braunschweigern äußerst beliebt. – Nach Herzog Wilhelms Tod 1884 – er war ohne männlichen Erben verstorben – verhinderte Bismarck, dass der eigentlich erberechtigte Welfe Ernst August den Thron bestieg. Stattdessen wurde der preußische Prinz Albrecht Braunschweiger Regent. Welfentreuen Landeskinder war das ein Dorn im Auge. Ob der Neu-Braunschweiger Rambow mit seiner Fürstengestalt am Giebel seines Hauses der Hoffnung auf einen neuen Welfen Ausdruck geben wollte?

Noch schwieriger zu erkennen und zu deuten ist die andere Seite des Pfostens. Hier findet sich der Buchstabe „A“ (geschmückt mit einem V?), darunter ein Vogel (Adler?). Möglicherweise eine Verbeugung vor Preußen (Adler) und dem preußischen Prinzen Albrecht.

Abb. 1: Figur in der Fassade des Hauses Rudolfstraße 7 in Braunschweig



Zur Geschichte des Gauß-Denkmal

von Prof. Dr.h.c. Gerd Biegel

Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte an der TU Braunschweig

Braunschweig, Göttingen und Zeven sind die drei Orte, die im Leben und Wirken von Carl Friedrich Gauß eine wichtige Rolle gespielt haben und sich noch heute als „Gauß-Städte“ verstehen. In Zeven erinnern ein „Gauß-Zimmer“ und ein moderner „Gauß-brunnen“ beim Rathaus an den Aufenthalt des großen Gelehrten und seine hannoversche Landvermessung. In Göttingen befindet sich ein Gauß-Weber-Denkmal neben vielen anderen Orten, die in Verbindung mit seiner Zeit als Professor an der Göttinger Universität stehen. Auch in Braunschweig begegnet man an vielen Orten der Erinnerung an den großen Sohn der Stadt, in besonderer Weise aber gilt dies für das Gauß-Denkmal am Fuße des Gaußberges. Dieses Denkmal wurde am 27. Juni 1880 eingeweiht und von der Stadt Braunschweig übernommen.

Carl Friedrich Gauß wurde am 30. April 1777 in Braunschweig geboren. Von 1792 bis 1795 besuchte er mit Förderung von Herzog Carl Wilhelm Ferdinand das Collegium Carolinum, die Vorgängereinrichtung der heutigen TU Braunschweig. Nach seinem Studium in Göttingen lebte er hier als vom Herzog großzügig geförderter Privatgelehrter, ehe ihn die napoleonischen Kriege nach Göttingen zwangen, wo er bis zu seinem Tode lehrte und lebte.

Vorderseite und Rückseite des Geldscheines
Am Jahresende sind zehn Jahre vergangen; mit Ablauf des Jahres 2001 war er nicht mehr gesetzliches Zahlungsmittel: Der letzte 10 DM Schein (1991-2001) erinnert an Carl Friedrich Gauß.
Abbildungsnachweis: Deutsche Bundesbank, Frankfurt.



Zum 100. Geburtstag von Carl Friedrich Gauß am 30. April 1877 wollten die Professoren des Polytechnikums dem großen Gelehrten ein Denkmal setzen. Ein Antrag an die braunschweigische Landesregierung wurde dahingehend beantwortet, dass es zwar eine sehr gute Idee sei, eine solche Ehrung vorzunehmen, das Denkmal aber notwendigerweise aus Spenden finanziert werden müsste, „wenn es ein echtes Wahrzeichen dankbarer Gesinnung sein solle“. Im Übrigen hatte das Ministerium die Antragsteller an die Stadt Braunschweig verwiesen, „der es die Ehre eines solchen Werkes nicht vorwegnehmen möchte“. Mitglieder des Braunschweiger Kunstclubs gründeten daraufhin unter Vorsitz von Oberbürgermeister Heinrich Caspari ein „Comité für Herstellung eines Gauß-Standbildes“. Ein Spendenaufruf war weltweit erfolgreich, auch der braunschweigische Herzog Wilhelm (1806-1884) und Kaiser Wilhelm I. (1797-1888) beteiligten sich mit erheblichen Beiträgen.

Der Berliner Bildhauer Fritz Schaper (1811-1909), der gerade das Goethe-Denkmal im Berliner Tiergarten geschaffen hatte, gestaltete das Denkmal, dessen feierliche Grundsteinlegung am 30. April 1877 vor dem Hohen Tor stattfand. Gegossen wurde das Denkmal bei Georg Howaldt (1802-1883) in Braunschweig. Die Fertigstellung und Einweihung erfolgte am 27. Juni 1880 am Fuße des heutigen Gaußberges.

Bis dahin aber war es ein langer und schwieriger Weg, begleitet von einer echten Provinzposse. Neidgeplagt agitierten zunächst Göttinger Professoren gegen die künstlerische Qualität des Braunschweiger Denkmals und meinten, das Geld wäre sowieso besser in Göttingen angelegt! In Braunschweig aber stritt man um den geeigneten Standort, und zwar so heftig, dass sogar eine Puppe von Ort zu Ort getragen werden musste, um der Öffentlichkeit ein Meinungsbild der vorgeschlagenen unterschiedlichen Standorte zu ermöglichen. Schließlich einigte man sich auf den Platz am Fuße des damaligen Anatomieberges, in der falschen Annahme, dass Gauß „auf der Höhe des vom Fuße des Denkmals ansteigenden Anatomieberges die ersten Himmelsbeobachtungen angestellt hätte.“ Ein Trugschluss zwar, aber eine glückliche Entscheidung. Der Vorsitzende des Denkmalkomitees, Kammerpräsident Erich Griepenkerl (1813-1888) betonte in seiner Festrede: „Das ganze Deutschland nennt Carl Friedrich Gauß mit Stolz den Seinen, aber es gesteht uns – und das ist das weitere Zeugnis, welches wir aus der Aufnahme unseres Aufrufs empfangen haben – es gesteht uns das Recht zu, dem berühmten Sohne unseres Landes, unserer Stadt zum Gedächtnis der gegenwärtigen und kommenden Geschlechter ein unvergängliches Standbild zu errichten“.

Anschließend enthüllte er das Denkmal unter dem Jubel der Festgäste und übergab es an die Stadt Braunschweig mit den Worten: „Herr Oberbürgermeister, im Namen des Comités und Kraft dieses Documentes übergebe ich Ihnen als dem Haupt der Stadt dieses Denkmal in Schutz und Pflege. Möge derselbe Geist, in dem dieses Denkmal entstanden ist, auch alle Zeit walten bei seiner Erhaltung.“ Oberbürgermeister Wilhelm Pockels dankte und betonte ausdrücklich:

„Kraft Auftrages der städtischen Behörden Braunschweigs habe ich die Ehre, dieses Denkmal hiermit für alle Zeiten in die Obhut und Pflege der Stadt zu nehmen. In der Beschirmung und in der Wartung des herrlichen Standbildes – herrlich durch das Zusammenwirken seines edlen Vorwurfs und seiner meisterhaften Plastik – will die Stadt ehren das Andenken ihres Sohnes, dieses Heroen der Wissenschaft, in dem sich so staunenswerth die Größe des menschlichen Geistes offenbart hat. In treuer Fürsorge für das Denkmal wollen wir dieses Andenken als ein schönes Erbe übermachen den kommenden Geschlechtern, auf daß es fortleuchte, wie die Sterne am Himmel – ewiglich!“



Der Herbstzug des Kranichs ist ein besonderes Naturschauspiel

Text und Fotos von Rolf Jürgens

Der Kranich kommt im Wolfenbütteler Kreisgebiet nur als Zug- und Rastvogel vor. Sein lateinischer Name ist *Grus grus*, er wird auch als „Vogel des Glücks“ bezeichnet. In den herbstlichen Tagen werden je nach Witterung erste Trupps, die nach Süd- oder Südwest ziehen, zu sehen sein.

Mitte September verlassen die ersten Kraniche ihre nördlichen und östlichen Brutgebiete. Zehntausende Kraniche begeben sich auf ihren Flug in die südeuropäischen Überwinterungsgebiete. In dieser Zeit rasten im Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft bereits 10.000 Kraniche, in Brandenburg im Gebiet des Rhin-Havelluch sogar an die 22.000. Auch am Schaalsee (östlich von Lübeck), an der unteren Oder, der Mecklenburgischen Seenplatte und seit einigen Jahren auch in der Oberlausitz rasten Tausende von ihnen.

Jahr für Jahr pendeln die Kraniche auf der westeuropäischen Zugroute zwischen ihren Brutgebieten in Skandinavien sowie Mittel- und Osteuropa und ihren Winterquartieren in Südwestfrankreich, Spanien, Portugal und zum Teil in Nordafrika. Auf ihrer Reise in den Süden legen die Tiere Station in den traditionellen Kranichrastgebieten ein, um sich zu sammeln und letzte Kraftreserven zu tanken.

Auch in den Regionen nördlich von Stralsund treffen täglich weitere Kraniche ein. Sie fliegen in charakteristischen Keil- und Kettenformationen, und die Luft ist erfüllt von markanten Kranichrufen und Flügelschlägen der imposanten Großvögel. Am späten Abend kann man von einem Beobachtungsstand aus die Kraniche,

die in schier endlosen Ketten von ihren teils 30 bis 50 Kilometer entfernten Nahrungsplätzen kommend in die Schlafplätze im seichten Boddengewässer zum Schlafen einfallen, beobachten. Es ist täglich wieder ein faszinierendes Naturschauspiel. Mitte Oktober ist der Höhepunkt erreicht, und man kann rund 50.000 Kraniche zählen, die in den Schlafplatz des Flachwassers einfliegen. Am frühen Morgen, sobald es hell wird, fliegen die Kraniche aus ihren Schlafplätzen in endlosen Ketten und trompetend wieder in ihre Nahrungsgebiete.

In ihren Rastgebieten sind sie auf reichlich Acker- und Wiesenflächen zur Nahrungssuche sowie auf flache Gewässer zum Schlafen angewiesen. Die seichten Boddengewässer und Sumpfgebiete bieten ihnen nachts Schutz vor Feinden. Die Ansammlung von zehntausenden von Kranichen verstärkt diesen Schutzeffekt noch. Zahlreiche Getreidefelder und die renaturierten großen Areale der Feuchtbiopte kommen dem Kranich sehr entgegen.

Der große Kranichzug durch das Wolfenbütteler Kreisgebiet wird bei entsprechender Witterung von Mitte bis Ende Oktober bis Anfang November erfolgen. Im vergangenen Jahr zogen zwischen dem 6. und 10. November tausende an Kraniche über unser Kreisgebiet hinweg.

Und wer bedauert, dass die majestätischen Großvögel hier nur kurz auf dem Durchflug zu sehen sind, kann sich aufs nächste Frühjahr freuen, wenn die „Vögel des Glücks“ bei uns wieder Zwischenstation auf ihrem Weg in ihre nördlichen Brutgebiete machen.

